

# ARMUT IM ÖFFENTLICHEN DISKURS


Mediendiskurs- und Narrativanalyse über  
Armut, armutsbetroffene Menschen & vulnerable  
Gruppen in österreichischen Medien

UNTERSUCHUNGSZEITRAUM: 1.1.2024 - 31.12.2024

STUDIE IN KOOPERATION MIT



LebensGroß

 Bundesministerium  
Arbeit, Soziales, Gesundheit,  
Pflege und Konsumentenschutz



## Inhalt

Vorwort.....	6
Vorwort.....	7
Vorwort.....	8
Vorwort.....	9
Abstract.....	1
Medien wirken.....	4
Zielsetzung.....	4
Inhaltlicher Rahmen der Diskursanalyse.....	5
Auswahl relevanter Untersuchungsfragen.....	5
Methodik und Abgrenzung.....	7
Hard Facts rund um Armut und armutsbetroffene oder armutsgefährdete Menschen.....	9
Erhebliche materielle und soziale Benachteiligung.....	10
Vergleichsweise niedriges Haushaltseinkommen – Armutsgefährdung.....	11
Keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität.....	11
Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung.....	11
Wenn Medien über Armut berichten – das WIE im Fokus.....	12
Der Ton macht die Musik – und Sprache wirkt!.....	12
Respektvolle Armutsberichterstattung.....	12
Reden wir über Armut, dann reden wir über Menschen!.....	14
Arbeitslose und langzeitarbeitslose Menschen.....	15
Working Poor.....	15
Frauen.....	15
Alleinerziehende.....	16
Kinder und Jugendliche.....	16
Familien & Großfamilien.....	16
Menschen mit Migrationsbiografie.....	17
Menschen mit unsicherem Asylstatus.....	17
Senior:innen und alte Menschen.....	17
Menschen mit geringer formaler Ausbildung (Bildungsniveau).....	18
Die Themen im Armutsdiskurs – worüber wird gesprochen und was fehlt im Diskurs?.....	20
Armut muss erst einmal ins Blickfeld!.....	20
Wer beteiligt sich am Armutsdiskurs?.....	20

Der Armutsdiskurs im Verlauf eines Jahres .....	21
Themenranking – diese Themen bewegen im Armutskontext .....	24
Emotionen als starker Treiber für den Armutsdiskurs.....	25
Sozialhilfe, Mindestsicherung und Grundversorgung – Geld und Kosten als Trigger(-argument) .....	25
Charity gegen Armut – Symptombekämpfung mit großer Medienbühne .....	27
Obdachlosigkeit – Dominanter Medienfokus – weniger extreme Formen von Alltagsarmut bleiben zurück.....	30
Inflation und Teuerung machen „Alltagsarmut“ in der Breite sichtbarer .....	31
Wohnkosten als Belastung und schlechte Wohnbedingungen .....	32
Ernährungsarmut .....	33
Energiearmut .....	33
Strukturelle Rahmenbedingungen und grundlegende Themen, die Armut begünstigen .....	34
Ungleiche Bildungschancen und vererbte Bildung als Armutsfalle .....	34
Verteilungsgerechtigkeit als strukturelles Thema .....	35
Kinderarmut & Kindergrundsicherung.....	36
Themen, die trotz Relevanz fehlen .....	36
Prekärer Arbeitsmarkt und schlechte Bezahlung – spielen im Armutsdiskurs kaum eine Rolle	37
Unbezahlte Care-Arbeit und Gender Pay Gap im Kontext Armut .....	38
Armut im Kontext Klimawandel.....	38
Armut im Kontext Gesundheit & Behinderung.....	38
Armutsbetroffene und vulnerable Gruppen im medialen Diskurs – Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit.....	40
Armut generell und im Kontext einzelner vulnerabler Gruppen oft unsichtbar .....	40
Je emotionalisierender der Diskurs, umso stärker das Medienecho .....	41
Obdachlose Menschen – Obdachlosigkeit als „gute Geschichte“ und „Sinnbild“ für Armut ....	41
Menschen mit unsicherem Aufenthalt & Migrationsgeschichte.....	42
Frauen – zwischen Opferinszenierung und struktureller Benachteiligung.....	43
Kinder & Jugendliche .....	44
Ältere Personen und Senior:innen – große Betroffenheit, schwache Lobby .....	45
Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung sind medial weitgehend unsichtbar .....	46
Arbeitslose und Working Poor – große armutsbetroffene Gruppe, medial unsichtbar .....	47
Die Rolle der Politik.....	48
Erzählungen und Narrative über Armut – Erkenntnisse aus der Armutsforschung .....	52

„Deserving“ oder „Undeserving Poor“? – Wer verdient Unterstützung – und wer nicht? .....	52
Kultivierte Bilder & Erzählungen in einer Gesellschaft über Armut .....	52
Präsente Narrative aus der Armutsforschung .....	53
„Wer arm ist, ist selbst schuld“ (Selbstverschuldung) .....	53
„Die haben sicher etwas angestellt“ (Generalverdacht) .....	54
„Jede/r ist seines Glückes Schmied“ (Meritokratisches Denken) .....	54
„Wie wenig ist noch genug?“ (Minimalversorgung, paternalistische Haltung) .....	55
„Wer arm ist, verdient Mitleid und Hilfe“ (Mitleids- und Schicksalsperspektive) .....	57
„Armut ist ungerecht und eine Menschenrechtsverletzung“ (Rechtsanspruch auf Schutz vor Armut) .....	57
„Der Staat sorgt für Arme“ (Verantwortung des Sozialstaats) .....	58
„Armut ist komplex, viele Faktoren müssen berücksichtigt werden“ (Intersektionale Perspektive) .....	58
„Arm sein hat auch seine positiven Seiten“ (Romantisierung und Verharmlosung von Armut) .....	59
„Die verdienen das nicht!“ (Neid) .....	59
Erzählungen & Narrative über Armut – Ergebnisse aus der Mediendiskursanalyse .....	61
Präsente Narrative im Mediendiskurs .....	61
Verantwortung des Wohlfahrtsstaats .....	61
Intersektionale Perspektive .....	62
Menschenrechts-Perspektive .....	63
Minimalversorgung & Neid-Narrativ .....	63
Generalverdacht .....	64
Schicksal-/Mitleidsperspektive .....	65
Meritokratisches Denken & Selbstverschuldungs-Narrativ .....	66
Romantisierung von Armut/Leugnung/Verharmlosung .....	67
Armutsnarrative in Medien und der Politik .....	68
Erzählungen in Medien .....	68
Erzählungen in der Politik .....	70
Gezeichnete Menschenbilder im öffentlichen Diskurs .....	73
Die „Guten“ oder die „Schlechten“? .....	73
Von „Opfern“ und „Tätern“ – über Deservingness im medialen Diskurs .....	74
Exkurs: Diskriminierendes Wording im Armutsdiskurs .....	81
Mit oder über armutsbetroffene Menschen reden .....	82
Wer kommt zu Wort? .....	82

Personifizierung macht einen Unterschied .....	83
Fokus Medien – Wer, wo berichtet – und mit welchem Impact .....	84
Berichtsvolumen und Impact auf den öffentlichen Armutsdiskurs nach Medien.....	84
Berichterstattung in Medien nach Ressorts .....	84
Zusammenfassung & Quellenverzeichnis .....	87
Keyfindings.....	87
Quellenverzeichnis.....	91
Impressum .....	96

## Vorwort

„Wir arme Leut – Sehn Sie, Herr Hauptmann: Geld, Geld! Wer kein Geld hat – [...] Unsereins ist doch einmal unselig in der und der andern Welt.“ Woyzeck schlägt sich mit Teilzeitjobs für die Marie und sein Kind durch, ungesehen, zum Objekt degradiert, andauernd der Ignoranz seiner Umgebung ausgesetzt. Woyzeck erzählt in Georg Büchners Dramenfragment von einem Leben ohne soziale Anerkennung und „Gesehen-Werden“.



Sie sagen und schreiben: „Armut ist selbstverschuldet.“ Wer arm ist, habe sich nicht genug angestrengt. Damit werden strukturelle Ursachen – ungleiche Bildung, prekäre Jobs, teure Mieten – ausgeblendet. Aus einem gesellschaftlichen Problem wird individuelles Versagen. Oder sie leitetartikeln: „So schlimm ist es doch nicht.“ Leugnung und Verniedlichung. Solange niemand hungert, könne niemand wirklich arm sein.

Doch Armut bedeutet mehr als Geldmangel – sie bedeutet Ausschluss von Gemeinschaft, Kultur und Würde. Als Chancetod wirkt die Familialisierung von Kinderarmut: „Pech gehabt. Eltern sind für ihre Kinder verantwortlich bzw. kümmern sich halt nicht.“ Dieser ständische Fatalismus zementiert die Vererbbarkeit von Armut, um die zahlreichen Interventionen auszulassen, Kindern über gute Schulen, Begleitung und Ankerpersonen sozialen Aufstieg zu ermöglichen. Begleitet wird das vom Generalverdacht: „Missbrauchen eh alle Sozialleistungen.“ Das Bild des „Sozialschmarotzers“ rechtfertigt Kürzungen und Schikanen – und das dann immer bei allen.

Menschen als „Asoziale“ zu brandmarken, erinnert an historisch unheilvolle Zeiten. Ein verkürzter Leistungsbegriff liefert die moralische Basis: „Wer will, der schafft es.“ Wer es nicht schafft, gilt als „faul“ oder „Minderleister“. Hinter diesem meritokratischen Fehlurteil verbirgt sich die unausgesprochene Annahme, dass Menschen sich ihre Armut schon „verdient“ haben. Eng verwandt damit ist der Sozialdarwinismus: „Die Starken und Lebenstüchtigsten setzen sich durch.“ Soziale Ungleichheit hat dann nichts mit entstandenen Machtverhältnissen zu tun, sie darf auch nicht als Problem begriffen werden, sondern sie ist etwas ganz Natürliches. Das Recht des Stärkeren regiert.

Mächtig ist der Neiddiskurs: „Wenn andere (meist ärmere) weniger bekommen, geht’s dir besser.“ Ein rhetorischer Trick, der Personen mit ähnlichen Interessen spaltet, ohne dass irgendjemand gewinnt. Am Ende wird bei den „noch Ärmere“ gekürzt, ohne dass die anderen profitieren. Der Neid schadet einem selbst, weil man sich das, was einem nützt, selbst versagt. Der Neid sagt: „Du oder ich“, aber nie: „Wir beide.“ Bleibt die paternalistische Almosenhaltung. „Essen, Dach, Dusche – das genügt.“ Armen wird das Allernötigste zugestanden – sonst nichts. Dafür immer unterwürfig dankbar sein, aufrechter Gang unerwünscht. Doch Leben ist mehr als Überleben. Oder wie es Woyzeck schmerzhaft hinausschreit: Von der Welt gesehen werden – nicht als Karikatur, nicht als Schuhabstreifer. Als Person, als Mensch.

**Martin Schenk**

*Sozialexperte, Koordinationsteam der Armutskonferenz*

## Vorwort

LebensGroß beschäftigt sich seit vielen Jahren mit dem Thema Ausgrenzung und versucht mit ihren Dienstleistungen und der gesellschaftspolitischen Arbeit, dieser entgegenzuwirken. Eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe für Alle ist unserer zentraler Leitstern.

Seit 2023 dürfen wir das Projekt „Gute Chancen“ in der Steiermark umsetzen. Es ist ein niederschwelliges Projekt gegen Kinderarmut, das vom Bundesministerium für Soziales im Rahmen des Calls „Wirksam wachsen“ finanziert wird. „Gute Chancen“ richtet sich an armutsbetroffene Familien mit Kindern im Alter von 3 bis 7 Jahren. Es schließt die Lücke zwischen den Frühen Hilfen und dem verpflichtenden Kindergartenjahr bzw. dem Pflichtschulbeginn.

Das Team arbeitet direkt mit den Familien sowie mit vielen Institutionen, bestehenden Dienstleistungen und Vereinen. Die Projektmitarbeiter:innen versuchen, zu vernetzen und zum Thema Armut zu sensibilisieren bzw. Familien Schritt für Schritt, Möglichkeiten der Selbstwirksamkeit aufzuzeigen.

Seit wir uns mit dem Thema Armut befassen, fragen wir uns: Warum wird so selten über armutsbetroffene Gruppen wie Kinder, Alleinerziehende, Working Poor, Familien mit chronisch erkrankten Mitgliedern oder mit Angehörigen mit Behinderung gesprochen? Warum gibt es darüber so selten mediale Berichte? Viele Österreicher:innen haben Probleme damit, den Alltag für sich und ihre Kinder zu finanzieren – warum reden wir nicht darüber? Ist Armut in Österreich tabuisiert? Wie wird über Armut berichtet und über welche? Und vor allem: Was können wir gemeinsam gegen die Ausgrenzung tun?

Wir sind der Meinung, dass Medien in einer Demokratie eine große Bedeutung zukommt – auch oder besonders für das Thema der gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft.

Daher haben wir gemeinsam mit der Arbeiterkammer Wien und dem Armutsnetzwerk Österreich bei MediaAffairs diese Studie zum Thema „Armut im öffentlichen Diskurs“ beauftragt und um Leitlinien für mediale Berichterstattung gebeten.

Die Ergebnisse sprechen für sich. Wir haben zu tun.



Foto: LebensGroß | Traunfellner

**Susanne Maurer-Aldrian**  
*Geschäftsführerin, LebensGroß*

## Vorwort

Armut ist kein Randphänomen – sie betrifft Millionen Menschen in Österreich und ist Ausdruck tiefgreifender sozialer Ungleichheiten. Als Interessenvertretung von Arbeitnehmer:innen ist es der Arbeiterkammer Wien ein zentrales Anliegen, auf diese Ungleichheiten aufmerksam zu machen und für gerechte gesellschaftliche Rahmenbedingungen einzutreten. Die vorliegende Studie zeigt eindrucksvoll, wie Armut im öffentlichen Diskurs verhandelt wird – und wie sehr Sprache, Bilder und Narrative unsere Wahrnehmung prägen.



Foto: Lisi Specht

Die Ergebnisse dieser umfassenden Mediendiskursanalyse machen deutlich: Armut wird in Österreich nicht nur zu wenig thematisiert, sondern oft verzerrt dargestellt. Besonders betroffen sind jene Gruppen, die ohnehin strukturell benachteiligt sind – etwa Frauen, Alleinerziehende, Kinder, Menschen mit Behinderung oder Working Poor. Gleichzeitig zeigt die Studie, wie stark politische und mediale Erzählungen über „verdiente“ und „unverdiente“ Armut die öffentliche Meinung beeinflussen und damit auch politische Entscheidungen mitgestalten.

Die Arbeiterkammer Wien sieht es als ihre Aufgabe, diesen Diskurs kritisch zu begleiten und sich für eine respektvolle, faktenbasierte und solidarische Auseinandersetzung mit Armut einzusetzen. Es braucht eine klare Haltung gegen pauschale Schuldzuweisungen und diskriminierende Darstellungen. Stattdessen müssen die strukturellen Ursachen von Armut – wie ungleiche Bildungschancen, prekäre Beschäftigung, unbezahlte Care-Arbeit oder fehlender leistbarer Wohnraum – in den Mittelpunkt gerückt werden.

Diese Studie liefert dafür eine wertvolle Grundlage. Sie zeigt, wie wichtig es ist, nicht nur über armutsbetroffene Menschen zu sprechen, sondern mit ihnen. Sie macht sichtbar, wo der Diskurs versagt – und wo er gelingen kann. Die Arbeiterkammer Wien dankt allen Beteiligten für diese fundierte und differenzierte Analyse und wird sich weiterhin mit Nachdruck für soziale Gerechtigkeit und die Sichtbarkeit benachteiligter Gruppen einsetzen.

**Sybille Pirklbauer**

*Leiterin der Abteilung Sozialpolitik, Arbeiterkammer Wien*

## Vorwort

Gesellschaft und Demokratie erscheinen gegenwärtig verletzlicher und fragiler als noch vor einigen Jahren. Multiple Krisen und tiefgreifende nationale und globale Veränderungen stellen Österreich – als eines der reichsten Länder der Welt – vor Herausforderungen. Emotionale und populistische Ansagen sind darin lauter und öffentlichkeitswirksamer, als es eine Sachinformation je sein kann.



Foto: Susanne Einzenberger

Das Thema Armut lässt sich in diesen (Ver-)Stimmungsdiskurs nahtlos einreihen. Aufmerksamkeitshandeln und die Logik sozialer Medien begünstigen Zuspitzungen, das Konstruieren von Feindbildern und den Fokus auf polarisierende Einzelfälle. Der nüchterne Abgleich von Ursachen und Wirkungen, das sorgfältige Einordnen von Daten in Kontexte und nicht zuletzt die menschenrechtliche Perspektive bleiben dabei allzu oft auf der Strecke. Armut ist weder bloß individuelle Tragödie noch lediglich ein Posten im Budget oder eine Zahl aus der Statistik. Die Auseinandersetzung mit Armut ist eine gesellschaftspolitische Querschnittsaufgabe, die Subthemen wie Wohnen, Bildung, Erwerbsarbeit, Gesundheit, Migration oder auch Familien- und Gleichstellungspolitik berührt. Die Art und Weise, wie über Armut und armutsbetroffene Menschen gesprochen wird, ist dabei richtungsweisend für den Gesamtdiskurs. Beobachtbar ist ein rauer Ton, eine allzu rasche Schubladisierung in „Täter“ und „Opfer“. Zwischen „hilfswürdig“ und „selbst schuld“ liegen nicht nur moralische Kategorien, sondern sie markieren politische Weichenstellungen. Narrative über „deserving“ und „undeserving poor“ sind keine akademischen Fußnoten, sondern wirkmächtige Raster, die beeinflussen, welche Maßnahmen Mehrheiten finden und letztlich welche Menschenbilder gezeichnet werden.

Der hier analysierte Diskurs bestätigt zudem ein systematisches Bias: Sichtbar wird, was starke Bilder liefert oder Emotionen bedient. Unsichtbar bleibt, wo Armut strukturell und in der Breite, aber abseits der öffentlichen Bühne wirkt. An die Stelle der konstruktiven Auseinandersetzung treten dann Erregungsschleifen und Zuspitzungen: etwa mitleidsgetränkte Charity-Berichterstattung, spektakuläre Einzelfälle über Sozialbetrug, Neidargumente oder Generalverdacht im Kontext von Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte. Anekdotische Evidenz ist dabei ein breit eingesetztes Stilmittel, welches politisch zu mobilisieren vermag, aber fachlich in die Irre führt. Gerade deshalb braucht es die Korrektive von Wissenschaft und qualitativem Journalismus.

Die vorliegende Studie kartiert den medialen Armutsdiskurs in Österreich. Sie versucht, mit Daten und Fakten Transparenz, Klarheit und belastbare Zahlen bereitzustellen, und versteht sich als Einladung, Debatten zu versachlichen, Sprache zu prüfen und letztlich als Gesellschaft auch Verantwortung zu übernehmen.

**Maria Pernegger**

*Geschäftsführerin und Studienleiterin, MediaAffairs*

## Abstract

Man kann aus unterschiedlichen Perspektiven auf Armut schauen – je nachdem offenbaren sich unterschiedlichste Bilder. Der psychologische Aspekt bringt andere Einblicke und Aktionsrahmen als der soziologische, sozialstaatliche, volkswirtschaftliche oder etwa die menschenrechtliche Perspektive. Die vorliegende Diskursstudie streift einige dieser Facetten am Rande. Der primäre Fokus dieser Arbeit liegt auf dem medialen Diskurs. Wie Medien über Armut und armutsbetroffene Menschen und Menschengruppen berichten und wie sich öffentliche und politische Debatten rund um Armut gestalten. Dieser Blickwinkel eröffnet eine weitere Facette, die oftmals fehlt.

Über Armut wird tendenziell wenig gesprochen in „unserer Wohlstandsgesellschaft“. Armut ist oft stark tabuisiert und schambehaftet für Betroffene. Auf der anderen Seite ist der Kampf gegen Armut und soziale Ungleichheit eine komplexe Herausforderung – das kann auf unterschiedlichen Ebenen mitunter zum Wegschauen verleiten. Selbst auf der politischen Agenda bleibt Armut oft eine Randnotiz und scheint – wenn überhaupt – dann nur von punktuell Interesse zu sein. Insbesondere die gesellschaftspolitische, volkswirtschaftliche oder soziale Komponente von Armut erfährt im öffentlichen Diskurs angesichts ihrer Tragweite bemerkenswert wenig Beachtung. Am ehesten sind es polarisierende Einzelfälle über Armutsbetroffene oder emotionsgeladene Debatten, für die sich Medien interessieren oder an denen sich die Politik abarbeitet.

Armut und soziale Ausgrenzung sind in Österreich, immerhin in einem der reichsten Länder der Welt, dabei durchaus kein Nischenphänomen. Laut Statistik Austria waren 2024 etwa 16,9 Prozent der österreichischen Bevölkerung armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das entspricht gut 1,5 Millionen Menschen. Überdurchschnittlich häufig von Armut betroffen sind beispielsweise Alleinerziehende, kinderreiche Familien, Personen mit maximal Pflichtschulabschluss, Langzeitarbeitslose, chronisch kranke Menschen oder alleinlebende ältere Frauen.

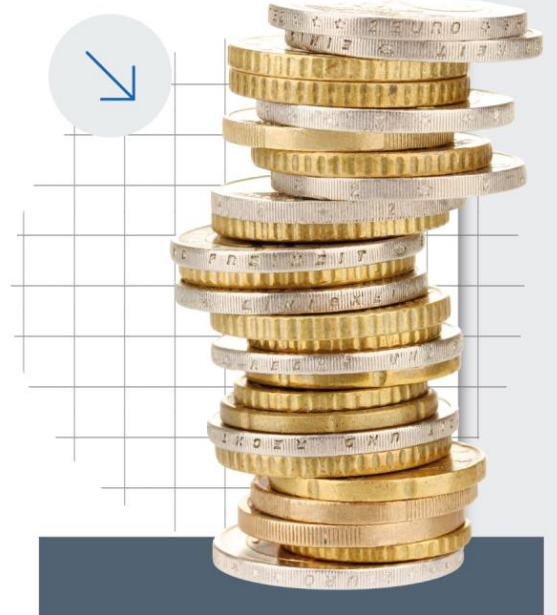
Armut wirkt individuell auf betroffene Menschen durch materiellen Schaden und psychischen Stress. Zur schwierigen materiellen Lage, ausgelöst etwa durch fehlende Ausbildung, prekäre Beschäftigung oder Langzeitarbeitslosigkeit, gesellen sich soziale und gesellschaftliche Ausgrenzung und Entwertung. Der Soziologe Heinz Bude beschreibt diese Ausgrenzung als „Exklusion vom Ganzen“, wenn bestimmte Bevölkerungsgruppen in einen „Teufelskreis von Benachteiligung und Ausschluss“ geraten und diese Dynamik dazu führt, dass sich Betroffene einer „Mehrheitsgesellschaft“ nicht mehr zugehörig fühlen und irgendwann resignieren (vgl. Bude 2004, S. 5f).

Armut ist aber weit mehr als ein individuelles Schicksal und eine Bürde für direkt Betroffene. Sie hat darüber hinaus massive gesellschaftliche Folgeeffekte. Das Gefälle zwischen Arm und Reich, zwischen „Mithalten-Können“ und „Abgehängt-Werden“ in einer Gesellschaft erhöht das Risiko für Spannungen, und der gesellschaftliche Zusammenhalt wird geschwächt. Zudem entstehen weiterreichende soziale und volkswirtschaftliche Folgen, die sich mitunter kostspielig zu Buche schlagen. Eine Studie aus Großbritannien zeigt, dass Armut hohe direkte und indirekte volkswirtschaftliche Kosten nach sich zieht. Diese Folgekosten bestehen nicht nur aus direkten Maßnahmen in Form von Hilfen und Zuschüssen zur Reduktion und Linderung von Armut seitens des Staates. Primär sind es indirekte Folgeerscheinungen durch die Existenz von Armut, die etwa

im Gesundheits- und Sozialbereich, durch entgangene Steuereinnahmen aufgrund schlechterer Erwerbschancen, durch die Folgen nicht ausgeschöpfter Bildungs- und Entwicklungspotenziale für Kinder und Jugendliche, hohe Folgekosten im Gesundheitssektor, fehlende Humanressourcen etc. auftreten – und zum Teil jedenfalls verhinderbar wären. Manche dieser Auswirkungen lassen sich nicht direkt in konkrete Zahlen fassen, aber Schätzungen und Berechnungen gehen von enormen Summen aus.

Die Intention dieser Aufstellung der „Kosten von Armut“ ist dabei nicht, Armutsbetroffene als „Kostenfaktor“ zu diskreditieren, sondern vielmehr ein Bewusstsein dafür zu schaffen, welche Kosten einer Gesellschaft entstehen, wenn Armut hingenommen wird. Die Autor:innen dieser Studie gehen so weit, dass sie einer an sich reichen, privilegierten Gesellschaft, die dennoch nicht angemessen für ihre benachteiligten Mitglieder sorgt, „moralisches Versagen“ attestieren (vgl. Bramley et al. 2016, S. 1).

## Ziele & Methodik



## Medien wirken

Medien spielen eine bedeutende Rolle in der Bewusstseins- und Meinungsbildung. Sie bilden in ihrem Wirken einerseits Realitäten ab und formen diese andererseits gleichzeitig mit. Medien verbinden in der Berichterstattung verschiedene gesellschaftliche Teilsysteme und erzeugen durch „permanente Informationsbelieferung ein gesellschaftliches Gedächtnis“ (vgl. Hartmann-Tews & Rulofs 2003, S. 38). Medien setzen Prioritäten, schaffen eine Bühne, geben Einordnung und liefern mitunter Schlagseiten bei bestimmten Themen mit – und entfalten so eine nachhaltige Wirkung.

Das individuelle oder gesellschaftliche Bild über Armut und Armutsbetroffene ist also nicht selten durch den medialen und politischen Diskurs geprägt, mit dem große Teile der Gesellschaft bewusst oder unbewusst konfrontiert sind und in dem es ausgeprägte Wechselwirkungen gibt.

Neben vielen strukturellen Ansätzen und Möglichkeiten, um Armut zu bekämpfen oder gar nicht erst entstehen zu lassen, spielen der öffentliche Diskurs und die darin transportierten Menschen- und Stimmungsbilder wahrscheinlich eine grob unterschätzte Rolle. Im öffentlichen und medialen Diskurs prallen im Kontext Armut oder bei Fragen über Verteilungsgerechtigkeit und soziale Verantwortung mitunter sehr unterschiedliche Positionen, Interessen und Werthaltungen aufeinander, die den Diskurs befeuern. Medien spielen als Sprachrohr und öffentliche Bühne für diverse Akteur:innen, Aussagen, Fakten, Einordnungen, aber auch Stimmungslagen oder Desinformation rund um das Thema eine relevante Rolle für Informations- und Bewusstseinsbildung und tragen so zur Meinungs- und Stimmungsbildung in der breiten Öffentlichkeit bei.

## Zielsetzung

Vorrangiges Ziel der vorliegenden deskriptiven Diskursanalyse ist es, einen Status quo über die mediale Auseinandersetzung mit den Themen Armut und sozioökonomische Ausgrenzung vulnerabler Gruppen in Österreich zu erheben. Hierbei fokussiert die Analyse auf den Themenkomplex Armut und die Armuts- bzw. Ausgrenzungsgefährdung an sich. Darüber hinaus wird besonders die mediale Repräsentanz, Darstellung und Inszenierung von armutsbetroffenen Menschen und definierten vulnerablen Gruppen, die aufgrund bestimmter Ausgrenzungsmechanismen (z.B. Behinderung, Migrationsgeschichte oder Asylstatus) betroffen sind, berücksichtigt.

Um ein aussagekräftiges Bild über den medialen und politischen Diskurs und die Inszenierungen von Armut und sozioökonomischer Ausgrenzung zu zeichnen, werden im Rahmen dieser Evaluierung ausgewählte reichweitenstarke und überregionale Medien über einen Zeitraum von einem Jahr detailliert analysiert und quantitativ sowie qualitativ ausgewertet. Diese Ganzjahresperspektive erlaubt es, „saisonale“ Schwankungen – etwa rund um Weihnachten, zu Schulbeginn, am Welttag zur „Beseitigung der Armut“ etc. – zu erfassen und zugleich Spitzen durch Einzelereignisse – etwa im Zuge des Nationalrats-Wahlkampfs – zu glätten und dadurch ein aussagekräftiges Gesamtbild über den medialen Armutsdiskurs in Österreich zu schaffen.

## Inhaltlicher Rahmen der Diskursanalyse

Welches Bild wird von Medien oder Politik über armutsbetroffenen Menschen gezeichnet? Kommt es zu sozialer Ausgrenzung durch mediale Konstruktion? Welche Narrative finden sich im Diskurs und wie/wann kommen diese zum Einsatz? Prägen Stereotype sowie sensible, problematische Wordings oder diffamierende Menschenbilder den Diskurs? Der inhaltliche Rahmen der Diskursanalyse ist wie folgt abgesteckt:

- Gesamte Berichterstattung rund um den Themenkomplex Armut, Armutsgefährdung und -bekämpfung sowie Beiträge über Armutsbetroffene in reichweitenstarken Leitmedien Österreichs im Jahr 2024.
- Die Berichterstattung über vulnerable Gruppen, die aufgrund bestimmter Ausgrenzungsfaktoren oder sozioökonomischer Benachteiligung von Armut oder Armutsgefährdung betroffen sind. Solche Ausgrenzungskriterien bzw. sozioökonomischen Hürden können beispielsweise Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Hürden und finanzielle Überlastung, Krankheit, Behinderung, geschlechterspezifische Armut oder ein ungewisser Aufenthaltsstatus sein.
- Folgende vulnerable Gruppen werden im medialen Diskurs in diesem Kontext besonders beleuchtet: Armutsbetroffene Menschen bzw. armutsgefährdete Erwachsene und Kinder/Jugendliche, Menschen mit Behinderung, Menschen mit Asylstatus. Darüber hinaus Menschen mit Migrationsgeschichte, Frauen, ältere Menschen, allerdings nur dann, wenn ein Konnex zu sozioökonomischer Benachteiligung oder Ausgrenzung hergestellt wird (z.B. Diskriminierung am Arbeitsmarkt aufgrund Migrationsgeschichte, unbezahlte Care-Arbeit bei Frauen als Altersarmuts-Falle, prekäre Arbeitsverhältnisse etc.).

## Auswahl relevanter Untersuchungsfragen

- Werden armutsbetroffene Menschen und vulnerable Gruppen, die von sozioökonomischer Ausgrenzung betroffen sind, in Massenmedien angemessen repräsentiert? (Referenzwert Statistik und Demografie in Österreich)
- Wenn über Armut und sozioökonomische Ausgrenzung vulnerabler Gruppen berichtet wird:
  - In welchem Kontext und mit welchen Subthemen wird Armut im medialen und politischen Diskurs aufgegriffen?
  - Welche Themen sind in diesem Kontext „berichtenswert“, welche Themen fehlen andererseits in diesem Diskurs, obwohl für Betroffene zentral? (Referenzwert Armutsforschung)
  - Kommen Armutsbetroffene zu Wort oder wird „über“ sie berichtet?
  - Wer bekommt eine mediale Bühne für die Positionierung im Themenkontext? (Betroffene, Politik, NGOs etc.)

- Welche Inszenierung armutsbetroffener Menschen oder vulnerabler Gruppen findet statt: Neutral – Defizite, Schwächen, Mängel – Potenziale und Stärken? Unterscheidung zwischen „deserving poor“ und „undeserving poor“.
- Welche Narrative finden Einzug in die mediale Berichterstattung?
- Mit welchen Themen und welchem Menschenbild werden einzelne vulnerable Gruppen und Armutsbetroffene in Medien repräsentiert oder in Verbindung gebracht?
- Welche Rolle spielt die Politik in diesem Kontext? Welche Themenschwerpunkte und Narrative finden sich in der politischen Kommunikation?
- Wie gestaltet sich die Art der Berichterstattung und Inszenierung? Passiert soziale Ausgrenzung durch mediale Konstruktion?
  - Wird sensibles oder diskriminierendes, diffamierendes Wording verwendet (z.B. „sozial schwach“; „soziale Hängematte“) – und in welchem Kontext?
  - Werden in der Berichterstattung Stereotype bedient?
  - In welchem Ausmaß wird über Einzelschicksale/Einzelfälle berichtet bzw. werden auch strukturelle Aspekte von Armut beleuchtet?
- Wie unterscheiden sich Medien bei Themensetting und Berichtsvolumen in diesem Themenkontext?
  - Zeigen sich mediale Unterschiede und unterschiedliche Schlagseiten im Umgang mit dem Thema und der Darstellung bestimmter vulnerabler Gruppen?
  - Auf welche Erzählungen und Narrative setzen unterschiedliche Medien?

## Methodik und Abgrenzung

Der Zeitraum der Analyse für die vorliegende Studie liegt zwischen 1.1.2024 bis 31.12.2024. Im Rahmen dieser Untersuchung wurden tausende Artikel über den Zeitraum eines Jahres gesichtet und letztlich knapp 1.600 Beiträge über Armut, Armutsbetroffenheit und die sozioökonomische Benachteiligung vulnerabler Gruppen einer umfassenden qualitativen Inhalts- und Narrativanalyse unterzogen. Hierbei wurde ein Fokus auf ausgewählte überregionale österreichische Medien gelegt, die eine hohe Reichweite und Sichtbarkeit in der breiten Öffentlichkeit erreichen: Kronen Zeitung, Kleine Zeitung, Standard, Presse, Österreich, Heute.

MediaAffairs hat eine hochdifferenzierte Analysemethodik entwickelt, die neben quantitativen Auswertungen (Berichtsvolumen nach Playern oder Medien, Themenschwerpunkte und -führerschaften, Bildpräsenzen, etc.) vor allem auch qualitative Elemente (beispielsweise Berichtstonalität, Narrativ-Analyse, transportierte Stimmungslage, sprachliches Framing, Bildsprache) berücksichtigt. Diese inhaltliche Text- und Bildanalyse weist einen hohen Differenzierungs- und Detaillierungsgrad auf. Die Analyse erfolgt wortgenau und gewichtet nach medialer Reichweite, um den Impact auf eine breite Bevölkerungs- oder Zielgruppe abzubilden.

MediaAffairs schränkt die Analyse nicht auf vordefinierte Schlagworte ein und wendet einen Mix aus induktiven und deduktiven Methoden an. Aus der Forschung bekannte Themen, vulnerable Gruppen oder Narrative werden nicht als starrer Rahmen oder Schlagwortliste vorgegeben. Vielmehr legt MediaAffairs Wert darauf, in der Analyse darüber hinaus maximal ergebnisoffen vorzugehen. Dieses Vorgehen gewährleistet, dass in der Diskursanalyse nicht nur das Erwartbare, sondern auch das mögliche Nicht-Erwartete, Überraschende entdeckt wird und in die Analyse aufgenommen werden kann. Die Grenzen dieser Analyse liegen in der räumlichen und zeitlichen Abgrenzung. Die Mediendiskursanalyse erfolgt mit starkem Fokus auf ausgewählte klassische Medien über den Zeitraum eines Jahres. Innerhalb dieses Untersuchungsrahmens kann es zu Verzerrungen oder Zuspitzungen durch Großereignisse oder politische Schwerpunktsetzung in der medialen Berichterstattung kommen. Gleichzeitig erlaubt der lange Zeitraum eines ganzen Jahres und die hohe Anzahl analysierter Artikel eine sehr valide Bestandsaufnahme zum medialen Armutsdiskurs.

Die hier vorgelegte deskriptive Diskursanalyse stellt Erkenntnisse der Armutsforschung zur respektvollen Berichterstattung über Armut dem aktuellen Sukkus der Berichterstattung gegenüber. Im Zuge der Analyse werden präsenste Narrative, Dynamiken, Schlagseiten und Entwicklungen im öffentlichen Diskurs dargestellt. Als qualitative Grundlagenstudie bietet sie eine Faktenbasis für die Weiterentwicklung des öffentlichen Diskurses und zur kritischen Reflexion mit Politik und Medien.

# Hard Facts über Armut & Armutsbetroffene



## Hard Facts rund um Armut und armutsbetroffene oder armutsgefährdete Menschen

Ab wann gilt jemand als arm oder armutsgefährdet? In der Forschung existieren unterschiedliche Definitionen von Armut und sozialer Benachteiligung. Einige orientieren sich am zur Verfügung stehenden Einkommen, andere greifen weiter und berücksichtigen die Möglichkeit der gesellschaftlichen und sozialen Teilhabe mit.

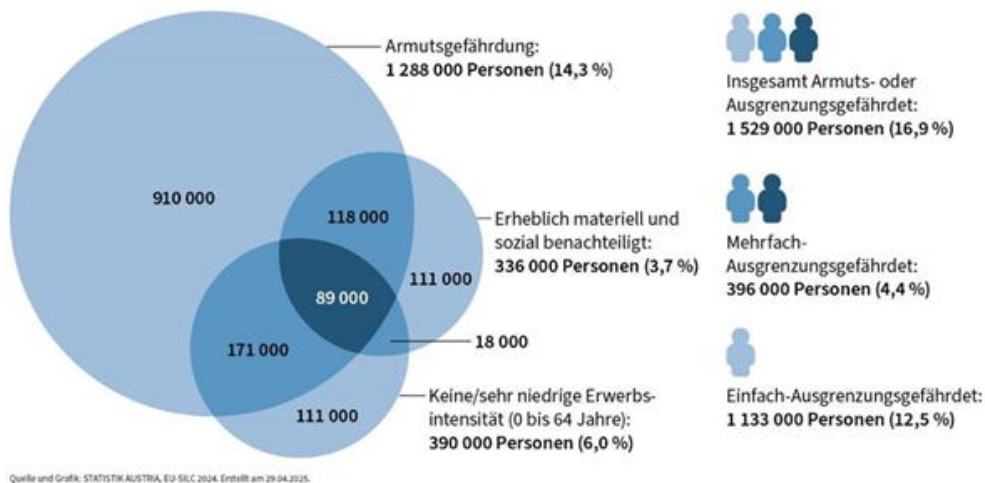


Abb.: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung 2024 in Zahlen (Quelle: Statistik Austria 2025, S. 5)

Österreichweit sind 1,529 Millionen Menschen armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das sind etwa 17 Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung. In absoluter Armut leben 336.000 Menschen. Sie können zentrale materielle und soziale Grundbedürfnisse nicht befriedigen. 4,4 Prozent der Bevölkerung sind zudem mehrfach ausgrenzungsgefährdet. Für sie kommen wenig Geld und schlechteste Lebensbedingungen zusammen. Hier treten Einkommensarmut und erhebliche materielle und soziale Deprivation gleichzeitig auf (vgl. Statistik Austria 2025, S. 5). Der Sozialbericht des Sozialministeriums nennt das Ziel, die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Menschen in Österreich bis 2030 um 204.000 auf 1.230.000 zu reduzieren (vgl. Sozialministerium 2024, S. 11). Die Armutsentwicklung in den letzten Jahren zeigt, dass sich in Österreich der Anteil der Betroffenen von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung in etwa konstant hält. Trotzdem haben sich Corona-Pandemie und Teuerung gerade in dieser Bevölkerungsgruppe empfindlich ausgewirkt.

Ein sprunghafter Anstieg von 2,3 Prozent im Jahr 2022 auf 3,7 Prozent im Jahr 2024 ist bei jenen Personen zu verzeichnen, die erhebliche soziale und materielle Benachteiligung erleben oder mehrfach ausgrenzungsgefährdet sind. Bei Personen mit maximal Pflichtschulabschluss ist fast jede/r Zehnte erheblich materiell und sozial depriviert (vgl. Statistik Austria, 2025).

Folgende Definitionen und Parameter finden sich in der Literatur zur Identifikation von Armut und Armutsgefährdung:

## Erhebliche materielle und soziale Benachteiligung

Auf europäischer Ebene werden regelmäßig Statistiken über Armutsentwicklung und Betroffenheit – die EU-SILC-Daten (Statistics on Income and Living Conditions) – veröffentlicht. EU-weit wurde im Jahr 2000 auch eine Definition für Armut festgelegt (und 2021 angepasst), damit länderübergreifende Vergleiche möglich werden. Folgende Kriterien finden Berücksichtigung:

Dem Haushalt ist es finanziell nicht möglich,

- unerwartete Ausgaben in der Höhe von 1.390 Euro aus eigenen Mitteln zu tätigen,
- einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren,
- Miete, Betriebskosten oder Kredite pünktlich zu bezahlen,
- jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine vergleichbare vegetarische Speise zu essen,
- die Wohnung angemessen warm zu halten,
- abgenützte Möbel zu ersetzen oder
- ein Auto zu besitzen.

Personen ab 16 Jahren ist es finanziell nicht möglich,

- eine zufriedenstellende Internetverbindung zu haben,
- abgenutzte Kleidung zu ersetzen,
- zwei Paar passende Schuhe zu haben,
- jede Woche einen kleinen Betrag für sich selbst auszugeben,
- regelmäßig kostenpflichtige Freizeitaktivitäten auszuüben oder
- einmal im Monat Freund:innen oder Familie zum Essen/Trinken zu treffen (EU-SILC 2024).

Aktuell gilt eine Person als „erheblich materiell und sozial depriviert bzw. benachteiligt“, wenn nach eigenen Angaben 7 dieser 13 Punkte zutreffen. „Dies gilt auch für Kinder und Jugendliche, wobei in dem Fall mindestens drei dieser Merkmale aus der Kategorie der Haushaltsmerkmale (1) bis (7) stammen müssen.

Außerdem zählt eines der Personenmerkmale (8) bis (13) zusätzlich auch für Personen unter 16 Jahren, wenn das jeweilige Merkmal für mindestens die Hälfte der Haushaltsmitglieder über 16 Jahren zutrifft“ (Statistik Austria 2025, S. 1f).

Zu beachten ist, dass Armut immer relativ zu sehen ist. Ein physisches Existenzminimum hängt von der „jeweiligen klimatischen, sozialen und zivilisatorischen Umgebung eines Individuums ab“ (Gäbler 2020, S. 11). Wenn ein Mensch von wenig Geld in einem anderen Land theoretisch gut leben könnte, bringt das nicht viel, wenn doch der Lebensalltag in einem an sich reichen Land bestritten und finanziert

werden muss. Erheblich materiell und sozial benachteiligte Menschen können in der Gesellschaft, in der sie leben, also existenzielle Bedürfnisse nicht befriedigen. „Depriviert“ sein bedeutet „beraubt sein“. In diesem „Beraubt-Sein“ „an gutem Wohnen, Gesundheit, Bildung, an Erholung oder Zukunftschancen“ sieht der Sozialexperte und Psychologe Martin Schenk nicht nur den Bruch eines Menschenrechts, sondern auch die fehlende Möglichkeit eines Lebens in Würde begründet (Schenk 2024, S. 13).

### Vergleichsweise niedriges Haushaltseinkommen – Armutsgefährdung

Als armutsgefährdet gelten Menschen, deren Haushaltseinkommen unter 60 Prozent des Median-Einkommens liegt. Laut EU-Definition (EU-SILC 2024) werden Einpersonenhaushalte mit einem Haushaltseinkommen unter 1.661 Euro pro Monat als armutsgefährdet bezeichnet. Lebt noch ein Kind unter 14 Jahren im Haushalt, so erhöht sich die Grenze um knapp 500 Euro pro Monat. In Österreich trifft Armutsgefährdung aufgrund des niedrigen Haushaltseinkommens im Jahr 2024 auf 14 Prozent der Bevölkerung zu (vgl. Statistik Austria 2025, S. 9).

### Keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität

Von keiner oder sehr niedriger Erwerbsintensität spricht man, wenn in einem Haushalt die Erwerbsintensität aller erwerbsfähigen Haushaltsmitglieder unter 20 Prozent des gesamten jährlichen Erwerbspotenzials liegt. Miteinberechnet werden nur Personen, die zwischen 18 und 64 Jahren alt und nicht in einer Ausbildung oder Pension sind (ebd. S. 2f).

### Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung

Die drei Definitionen „erhebliche materielle und soziale Benachteiligung“, „vergleichsweise niedriges Haushaltseinkommen“ und „keine oder sehr niedrige Erwerbsintensität“ können gleichzeitig auf einen Haushalt zutreffen. Die Anzahl jener Menschen in Österreich, die mehrfach ausgrenzungsgefährdet sind, ist in den letzten Jahren gestiegen.

Im Jahr 2024 waren 4,4 Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung von mehrfacher Ausgrenzungsgefährdung betroffen (ebd. S. 3f).

Neben diesen eher „technischen“ Definitionen und Kategorisierungen von Armut stellt Schenk weitere Perspektiven daneben, die sich dem Armutsbegriff noch einmal etwas anders annähern. Im Fokus stehen dabei der Mensch und seine Möglichkeiten. Wie oben bereits erwähnt, ist Armut relativ, und sie manifestiert sich in reichen Ländern anders als in einem armen Land. Daneben sind die *Freiwilligkeit* und die *Freiheit* zwei elementare Knackpunkte, ob nun von Armut oder bewusstem, freiwilligen Verzicht gesprochen wird. „Den Unterschied zwischen Hungern und Fasten macht die Freiheit“, bringt es Schenk exemplarisch auf den Punkt. Freiwilligkeit fehlt dort, wo schlechtere Lebensbedingungen und fehlende finanzielle Mittel Wahlmöglichkeiten in zentralen Lebensbereichen einschränken oder verunmöglichen. Oder auch dort, wo Verzicht keine bewusste, freiwillige Entscheidung darstellt, sondern ausweglos ist. Dieser Mangel an Freiheit fußt auf einem Mangel an Möglichkeiten und dieser wiederum auf einem Mangel an (finanziellen) Mitteln. Armut schränkt demnach für Betroffene Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten in vielen Lebensbereichen ein (vgl. Schenk 2024, S. 11f).

## Wenn Medien über Armut berichten – das WIE im Fokus

### Der Ton macht die Musik – und Sprache wirkt!

Der Ton macht die Musik, besagt ein bekanntes Sprichwort. Das gilt auch für die Armutsberichterstattung. Denn es geht dabei um weit mehr als um das Was und worüber berichtet wird. Mindestens so entscheidend in ihrer nachhaltigen Wirkung auf die gesellschaftlichen Haltungen und Wahrnehmungen ist daher die Art und Weise, in welchem Kontext und mit welcher Diktion über Armut und armutsbetroffene Menschen gesprochen wird. Dieses Wie trägt letztlich dazu bei, ob armutsbetroffene Personen und Menschengruppen tendenziell eher respektiert oder ausgegrenzt, verstanden oder verurteilt, unterstützt oder allein gelassen werden. Begrifflichkeiten mit klarer Schlagseite wie „Sozialschmarotzer“ oder „soziale Hängematte“ assoziieren eine direkte Mitschuld und persönliches Versagen der Betroffenen. Eine solche Diktion fördert Stigmatisierung und Distanz. Berichte, die armutsbetroffene Menschen vor allem als „Problemfälle“ oder „gesellschaftliche Belastung“ zeigen, begünstigen Pauschalverurteilung und Ausgrenzung.

Einen wichtigen Wirkungshebel und Gestaltungsraum hat hier auch die Politik. Medien berichten in der Regel sehr ausführlich über das politische Geschehen, entsprechend stark sind die Wechselwirkungen. Sieht die Politik eine Verantwortung im Kampf gegen Armut, wird sie die Auseinandersetzung nicht scheuen und das Thema mit seinen strukturellen Komponenten auf die politische Agenda bringen. Aber auch hier ist das Wie entscheidend. Fehlt beispielsweise die Sachlichkeit im politischen Diskurs, kann eine Debatte über Armut, Armutsbetroffene oder einzelne vulnerable Gruppen sehr schnell in einen polemischen Schlagabtausch ausarten, der auf den Rücken Armutsbetroffener ausgetragen wird.

### Respektvolle Armutsberichterstattung

In der Berichterstattung über Armut geht es letztlich immer – direkt oder indirekt – um Menschen, die von Armut betroffen sind. Darüber, wie angemessen über Menschen oder Menschengruppen berichtet werden soll, hat der österreichische Presserat zentrale, sehr allgemeine Grundsätze für publizistische Arbeiten formuliert. In diesem Ehrenkodex finden sich etwa folgende Formulierungen:

- Jeder Mensch hat Anspruch auf Wahrung der Würde der Person und auf Persönlichkeitsschutz.
- Persönliche Diffamierungen, Verunglimpfungen und Verspottung verstoßen gegen das journalistische Ethos.
- Die Intimsphäre jedes Menschen ist grundsätzlich geschützt.
- Pauschalverdächtigungen und Pauschalverunglimpfungen von Personen und Personengruppen sind unter allen Umständen zu vermeiden. (Presserat, 2019)

In Medien werden armutsbetroffene Menschen, entgegen journalistischer Qualitätsstandards, manchmal dennoch sehr einseitig oder stigmatisierend dargestellt. Das passiert etwa durch die Art und Weise, wie Menschen inszeniert werden, durch verwendete Sprache und Bilder, aber auch durch Fakten, Kontexte oder Dekontextualisierung rund um Armut. In einer Studie der Otto-Brenner-Stiftung, in der deutsche Fernsehsendungen über armuts- und ausgrenzungsbetroffene Menschen analysiert wurden, werden drei verbreitete Arten der Berichterstattung skizziert, die häufig beobachtbar sind:

Zum einen gibt es Sozialreportagen, die empathisch, sachlich, partizipativ, respektvoll gestaltet sind und die zudem die gesellschaftliche Perspektive und Verantwortung einweben und damit beitragen, Vorurteile aufzubrechen. Zum anderen wird ein verbreitetes Ausblenden und Leugnen von Armut (insbesondere auf der Politebene) festgestellt. Als dritte Herangehensweise in der medialen Auseinandersetzung mit Armut und Armutsbetroffenen wird der Fokus auf „Krawall“ und Skandale beschrieben – etwa indem besonders kuriose Gestalten, polarisierende Einzelfälle, obskure Fälle über Sozialbetrug, ein Vorführen der Betroffenen oder Voyeurismus und Zynismus Einzug in die Berichterstattung finden (vgl. Schneider in Gäbler 2020, S. 21). Es muss aber nicht immer der „laute“ Skandal sein, manchmal sind es klischeehafte oder stereotype Darstellungen und Erzählungen in der Berichterstattung, die mitunter Bilder und Vorurteile verstärken, die in den Köpfen der Menschen schon vorhanden sind – etwa wenn Beiträge über Armut auf „Betroffenheitskitsch“ oder Almosen und Charity setzen, anstatt strukturelle, gesellschaftliche Schieflagen und Ursachen, wie ungleiche Bildungschancen oder Wohnungsmangel, aufzuzeigen (vgl. Armutskonferenz 2018).

Die österreichische Armutskonferenz nimmt Medien angesichts ihrer Bedeutung, Rolle und Wirkungsmacht in der Gesellschaft in die Pflicht und hat einen Leitfaden für respektvolle Berichterstattung herausgegeben. Die vorliegende Diskursstudie nimmt diesen Leitfaden als relevante Richtschnur für gelingende und respektvolle Armutsberichterstattung und als Maßstab für die qualitative und inhaltliche Bewertung der medialen Berichterstattung. Der Leitfaden wurde von Mitgliedern der Armutskonferenz in einem partizipativen Prozess mit Expert:innen aus dem Sozialbereich, Forscher:innen und armutsbetroffenen Menschen entwickelt. Folgende Punkte werden im Leitfaden besonders hervorgestrichen und charakterisieren aus Sicht der Expert:innen eine respektvolle Berichterstattung (vgl. Armutskonferenz, 2018):

- eine bewusst gewählte Sprache ohne abwertende Formulierungen und Stigmatisierung im Wording
- die Verwendung einer klaren, sachlichen, wertfreien Sprache (z.B.: „armutsbetroffene Menschen“ statt „sozial Schwache“) forcieren
- Sachlichkeit und Respekt statt Polemik und Voyeurismus bei Wort- und Bildauswahl walten lassen
- Klischees, Stereotype und Schuldzuweisungen vermeiden. Armut fußt beispielsweise nicht immer auf Faulheit – armutsbetroffen zu sein bedeutet nicht gleichzeitig auch kriminell, bildungsfern oder drogenabhängig zu sein.
- Beleuchten der Strukturen, Rahmenbedingungen und der gesellschaftlichen Komponente und Ursachen für Armut und Ausgrenzungsgefährdung anstelle von Einzelfallberichterstattung
- Respektvoller Umgang mit Armutsbetroffenen. Das bedeutet beispielsweise, Betroffene nicht vorzuführen, aber auch nicht Mitleid und „Herz-Schmerz-Geschichten“, dafür Respekt, Sachlichkeit und Mitgefühl.
- Armutsbetroffene sind Expert:innen in eigener Sache. Armutsbetroffene Menschen sollen daher einbezogen werden. Credo: Nicht nur über Armutsbetroffene sprechen, sondern mit ihnen. Nicht hinter dem Rücken der Menschen agieren, sondern klar und transparent auf Augenhöhe kommunizieren und berichten.

- Armut kann viele Facetten haben. Armut ist nicht immer auf den ersten Blick sichtbar oder äußert sich nicht zwangsläufig in schmutziger Kleidung oder kaputten Wohnungen. Verschiedene Facetten von Armut und Armutsverläufen thematisieren und dafür Bewusstsein schaffen.
- Den Alltag von Armutsbetroffenen zeigen anstelle eines Fokus auf „Außergewöhnliches“ oder Extrembeispiele.
- Daten und Fakten statt Emotionen und Polemik
- Den richtigen Kontext geben, Zahlen verständlich einordnen, Kontexte klar benennen.
- Die gesellschaftliche Perspektive und Verantwortung berücksichtigen
- Dekontextualisierung kann sehr schnell zu Verzerrungen, Missverständnissen und zu Desinformation führen.
- Armutsbetroffene Menschen nicht immer bloß auf ihre Armut reduzieren – auch deren Würde, Stärken und Perspektiven zeigen.
- Respektvolle Bildsprache, Bilder in Abstimmung/Zustimmung mit den abgebildeten Menschen

Im Leitfaden findet sich auch ein Schwerpunkt zur Sensibilisierung für den Einsatz bestimmter Begrifflichkeiten. Wird über armutsbetroffene Menschen berichtet, dann sollen demnach keine Generalisierungen verwendet werden oder Ausdrücke, die von Betroffenen als abwertend oder diskriminierend empfunden werden. Etwa „Die Armen“ (Anm. reduziert Menschen auf ihre Armut), „sozial schwach“, „Sozialschmarotzer“, „Soziale Hängematte“, „arbeitsscheu“, „Armutskarriere“, etc. – dafür eignen sich eher „Menschen, die in Armut leben“, „ökonomisch benachteiligt“, „Menschen mit Armutserfahrung“, „von Armut betroffen“, „prekäre Einkommenssituationen“ (vgl. Armutskonferenz 2018, S. 10f).

Die vorliegende Studie berücksichtigt die Art und Weise der Berichterstattung über Armut und zeigt die verwendeten Narrative auf. Gleichzeitig geht es aber auch um die grundsätzliche Sichtbarkeit oder Unsichtbarkeit des Themenkomplexes und einzelner relevanter Subthemen von Armut im öffentlichen Diskurs.

## Reden wir über Armut, dann reden wir über Menschen!

Wenn über Armut im öffentlichen Diskurs gesprochen wird, dann kann das Thema einerseits als „Gesellschaftsphänomen“ gesehen werden oder auf der individuellen Einzelfallebene. Letztlich sprechen wir, wenn wir über Armut reden, immer über Menschen und Menschengruppen, die thematisiert oder adressiert werden. Einleitend werden vor allem jene Gruppen kurz skizziert und mit Blick auf die Statistik beschrieben und eingeordnet, die aufgrund ihrer zahlenmäßigen Größe in der Bevölkerung bedeutend sind und/oder im öffentlichen Diskurs besonders viel Aufmerksamkeit generieren:

## Arbeitslose und langzeitarbeitslose Menschen

Zwischen Arbeitslosigkeit und Armutsbetroffenheit gibt es eine starke Korrelation. Bereits eine längere Phase von Arbeitslosigkeit zwischen einem und fünf Monaten führt zu einem 19-prozentigen Risiko, um von Armut betroffen zu sein (vgl. Statistik Austria 2025, S. 38). Fast die Hälfte jener Personen, die mindestens ein Jahr aus dem Erwerbsarbeitsmarkt fallen, und damit laut Arbeitsmarktservice (AMS) als „Langzeitarbeitslose“ gelten, rutschen in die Armut – spätestens dann, wenn Ersparnisse aufgebraucht sind. Damit gehören arbeitslose (und in besonderem Maße langzeitarbeitslose) Menschen zur Gruppe mit dem höchsten Risiko für Armutgefährdung. Insgesamt waren im Jahr 2024 knapp 36.000 Personen in Österreich langzeitarbeitslos (vgl. AMS 2025, S. 5). Zwar gibt es finanzielle Ausgleichsleistungen im Fall von Arbeitslosigkeit (Anm.: aktuell beträgt das Arbeitslosengeld 55 Prozent des täglichen Nettoeinkommens) (vgl. Bundeskanzleramt Österreich 2025), allerdings können diese oft die Armutgefährdung nicht abwehren, wenn nur mehr wenige Reserven vorhanden und ein finanzielles Polster aufgebraucht ist. Die Ausgangslage ist insbesondere dann kritisch, wenn ein Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt über längere Zeit nicht gelingt. Überdurchschnittlich stark von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind Menschen mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft und insbesondere auch ältere Personen (vgl. AMS 2025, S. 5).

## Working Poor

Eine besondere Gruppe stellen die sogenannten „Working Poor“ dar: Menschen, die zwar am Erwerbsarbeitsmarkt tätig sind und einem oder mehreren Jobs nachgehen, aber dennoch nicht gut von ihrem Einkommen leben können. Laut der Eurostat-Definition sind Working Poor Menschen, die in einem Jahr mehr als sechs Monate entweder Vollzeit oder Teilzeit arbeiten und im erwerbsfähigen Alter sind. Ihr Jahreseinkommen liegt allerdings unter der Armutgefährdungsschwelle, die für Einpersonenhaushalte mit 1.661 Euro pro Monat definiert wird. Insgesamt sind 304.000 Menschen, also 8 Prozent der gesamten österreichischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, betroffen. Männer im erwerbsfähigen Alter fallen zu 8 Prozent unter Working Poor, Frauen zu 7 Prozent.

Die stärksten Effekte auf unterbezahlte/wenig bezahlte Erwerbsarbeit haben die Schul- und Berufsausbildung, die Art der Tätigkeiten, aber auch die Herkunft/Staatsbürgerschaft der Arbeiter:innen. Besonders häufig in der Gruppe der Working Poor finden sich im Jahr 2024 Menschen, die maximal einen Pflichtschulabschluss als höchste Ausbildung vorweisen können. Ein Fünftel dieser Personengruppe gilt als Working Poor. Bei den Männern mit maximal Pflichtschulabschluss sind es sogar ein knappes Viertel. Menschen, die Hilfstätigkeiten nachgehen oder Tätigkeiten, die in einer Gesellschaft als eher geringerwertig eingestuft werden, fallen zu 14 Prozent unter Working Poor. Zudem zählen 17 Prozent der nicht-österreichischen Staatsbürger:innen zu den Working Poor. Rechnet man die EU/EFTA-Bürger weg, so sind es sogar 27 Prozent. Zum Vergleich: Österreichische Staatsbürger:innen gelten nur zu 5 Prozent als „arme Arbeitende“ (vgl. Statistik Austria 2025, S. 23, 130, 181).

## Frauen

Der Gender Pay Gap beträgt in Österreich im Jahr 2023 18,3 Prozent. Damit liegt Österreich EU-weit am vorletzten Platz. Nur in Lettland ist der Unterschied aus Erwerbseinkommen zwischen Männern und Frauen mit 19 Prozent noch höher. Der EU-Durchschnitt liegt bei 12 Prozent (vgl. Statistik Austria

2025, S. 1). Entsprechend weit klafft auch die Geschlechterlücke bei der Armutsgefährdung auseinander. Frauen leben insgesamt mit einem deutlich höheren Risiko für Armutsgefährdung als Männer. Insgesamt sind im Schnitt 12 Prozent der Männer armutsgefährdet. Bei Frauen in verschiedenen Altersgruppen zeigt sich ein höheres Risiko:

- 18–34 Jahre: 16 Prozent
- 35–49 Jahre: 13 Prozent
- 50–64 Jahre: 13 Prozent
- 65+ Jahre: 19 Prozent (vgl. Statistik Austria 2025, S. 37).

Besonders armutsgefährdet sind Frauen, die unterschiedliche sozioökonomische Ausgrenzung erfahren und daher mehrfach belastet sind – etwa als Alleinerziehende, als prekär Beschäftigte und Working Poor oder beispielsweise als alleinlebende Pensionistin. In Fällen der mehrfachen sozioökonomischen Belastung liegt die Armutsgefährdung für Frauen mitunter deutlich über den hier aufgelisteten Durchschnittswerten.

### Alleinerziehende

Der österreichische Sozialbericht 2024 beziffert die Armutsgefährdungsquote bei Alleinerziehenden in Österreich mit 32 Prozent. Fast ein Drittel aller Alleinerziehenden ist von Armut bedroht – und damit auch jene Kinder, die in diesen Haushalten leben. Als Hauptgründe für diesen hohen Anteil der Armutsgefährdung werden neben der oftmals alleinigen Schulterung von Erwerbs- und Betreuungsarbeit primär die Teuerung sowie die Aus- und Folgewirkungen der Corona-Pandemie als treibende Faktoren genannt (vgl. Bundesministerium für Soziales 2024, S. 154). In einer aktuellen Studie der Statistik Austria werden im Jahr 2024 sogar 36 Prozent aller Alleinerziehenden als armutsgefährdet eingestuft (vgl. Statistik Austria 2025, S. 37)

### Kinder und Jugendliche

Eine besonders vulnerable Gruppe stellen Kinder und Minderjährige dar. 275.000 Kinder und Jugendliche zwischen 0 und 17 Jahren sind hierzulande im Jahr 2024 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Das sind 21 Prozent aller Minderjährigen in Österreich. Auch hier zeigen sich markante Korrelationen von Umständen, die Armut bei Kindern besonders begünstigen, etwa die Familiengröße, alleinerziehende Eltern oder Herkunft/Staatsbürgerschaft der Eltern. Besonders häufig sind Kinder aus Familien mit mehr als drei Kindern (31 Prozent) von Armut betroffen. Bei Kindern von Alleinerzieher:innen liegt der Anteil der Armutsbetroffenheit mit 51 Prozent noch einmal deutlich höher. Kinder ohne österreichische Staatsbürgerschaft sind zu 47 Prozent armutsgefährdet, Kinder mit österreichischer Staatsbürgerschaft zu 13 Prozent (ebd. S. 37).

### Familien & Großfamilien

Größere Haushalte mit mehreren Familienmitgliedern brauchen mehr Raum zum Leben und müssen höhere Fixkosten im Lebensalltag stemmen. Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind tragen in Österreich ein 8-prozentiges Armutsrisiko. Bei Haushalten mit zwei Kindern steigt die Gefährdung auf 12 Prozent an, ab drei Kindern steigt das Risiko für Armut sprunghaft auf 30 Prozent an (ebd. S. 37).

Das jährliche Haushaltseinkommen von Kleinfamilien (Mehrpersonenhaushalte mit einem Kind) ist signifikant höher als das Einkommen von Großfamilien (Mehrpersonenhaushalte mit mindestens drei Kindern): Pro Kind in einer Großfamilie stehen fast 30 Prozent weniger Einkommen zur Verfügung als für ein Kind in einer Kleinfamilie. Im absoluten durchschnittlichen Nettohaushaltseinkommen von Mehrpersonenhaushalten findet Niederschlag, dass das Ausmaß der Erwerbstätigkeit der Eltern von drei oder mehr Kindern meist geringer ist: Während das durchschnittliche Einkommen von Mehrpersonenhaushalten mit einem Kind im Jahr 2023 bei 77.511 Euro lag, konnten Großfamilien nur über ein durchschnittliches Einkommen von 73.892 Euro verfügen (vgl. Statistik Austria – EU SILC 2024).

### Menschen mit Migrationsbiografie

Veröffentlichte Zahlen der OECD zeigen, dass Menschen mit Migrationsbiografie im Durchschnitt häufiger von Armut betroffen sind als Menschen, die im Inland geboren sind. „In der EU leben 26 Prozent der Zugewanderten und 16 Prozent der im Inland Geborenen in relativer Armut“ (OECD 2023, S.106). Eine Studie der Statistik Austria bestätigt, dass 22 Prozent der nicht österreichischen Staatsbürger:innen aus dem EU/EFTA-Raum armutsgefährdet sind. Noch deutlich höher ist der Anteil von Menschen aus dem Nicht-EU-Ausland. Hier sind 43 Prozent gefährdet, in die Armut abzurutschen (vgl. Statistik Austria 2025, S. 35).

### Menschen mit unsicherem Asylstatus

Aus den klassischen Armutsstatistiken für einzelne Länder fallen in der Regel Menschen mit unsicherem Asylstatus heraus, weil gängige Analysen häufig auf Daten wie Mikrozensus und Haushaltsbefragungen basieren. Asylwerber:innen und Menschen mit unsicherem Aufenthalt werden in dieser Mediendiskursstudie jedoch bewusst als vulnerable Gruppe angeführt, die in der Regel finanzielle und materielle Deprivation erlebt und alle Kriterien für Armutsbetroffenheit und sozioökonomische Benachteiligung erfüllt. Zudem finden Themen wie Sozialleistungen, Teilhabe am Arbeitsmarkt etc. für Asylsuchende und Menschen mit unsicherem Asylstatus häufig ihren Niederschlag in der medialen Berichterstattung und der aktuellen politischen Debatte.

Asylwerber:innen in Österreich haben das Recht auf eine Grundversorgung. Dazu zählen eine Krankenversicherung, Verpflegung mit Grundgütern, Taschengeld, Geld für Bekleidung und eine Wohnmöglichkeit. Während des ersten Teils des Asylverfahrens werden Asylsuchende vom Bund versorgt, danach sind die Länder für deren Versorgung zuständig. Während des Asylverfahrens dürfen Asylsuchende die ersten drei Monate nicht arbeiten. Danach müssen sie eine „Beschäftigungsbewilligung“ beantragen. Laut Caritas erhält man eine solche Bewilligung meist nur für „Saisonarbeit in Landwirtschaft und Tourismus“ und oft nur dann, wenn für die angestrebte Stelle keine anderen Inländer:innen oder Ausländer:innen zur Verfügung stehen (vgl. Caritas Österreich, FAQs zum Thema Flucht und Asyl).

### Senior:innen und alte Menschen

Alleinlebende Männer in der Pension sind zu 16 Prozent gefährdet, in Armut zu leben. Bei den alleinstehenden Frauen im Pensionsalter liegt das Armutsrisiko mit 32 Prozent doppelt so hoch. Leben alte Personen in einem Mehrpersonenhaushalt zusammen, minimiert sich das Risiko für

Armutsgefährdung auf 9 Prozent (vgl. Statistik Austria 2025, S. 37). In Österreich klafft zwischen Männern und Frauen nach wie vor eine eklatante, geschlechtsspezifische Pensionslücke von 40,7 Prozent, was die deutlich stärker ausgeprägte Altersarmut bei Frauen erklärt (vgl. Statistik Austria Gender Pay Gap Pressemitteilung 2025, S. 2). Das AMS nennt als Hauptgründe für den Pensions-Gap bei Frauen den Gender Pay Gap und die hohe Teilzeitquote bei Frauen. Damit Frauen Familie und Beruf vereinen können, sind 50,7 Prozent der erwerbstätigen Frauen in Teilzeit angestellt. Oftmals übernehmen hauptsächlich Frauen die Kinderbetreuung sowie die unbezahlte Care- und Haushaltsarbeit. Dadurch verringern sich oftmals Erwerbseinkommen, anrechenbare Erwerbsjahre und letztlich auch Karrierechancen empfindlich (vgl. AMS 2024).

### **Menschen mit geringer formaler Ausbildung (Bildungsniveau)**

Einen entscheidenden Einfluss auf die Armutsgefährdung hat außerdem der höchste vorzuweisende Bildungsabschluss. Mit 26 Prozent sind Menschen mit einem Pflichtabschluss als höchster Ausbildung am häufigsten gefährdet, in Armut zu leben. Im Vergleich dazu sind Menschen, die eine Lehre oder eine mittlere Schule abgeschlossen haben, nur zu 10 Prozent armutsgefährdet. 11 Prozent der Menschen mit Matura sind gefährdet, in die Armut zu rutschen, Personen mit Universitätsabschluss zu 12 Prozent (vgl. Statistik Austria 2025, S. 37).

Bildung hat nicht nur einen großen Einfluss auf die Armutsgefährdung, Bildungskarrieren werden zudem in Österreich immer noch zu einem hohen Grad „vererbt“. So korrelieren Bildungsgrad der Eltern und Bildungschancen der Kinder eng. Je höher der Bildungsgrad der Eltern, umso signifikant höher stehen die Chancen für deren Kinder, selbst auch einen höheren Bildungsabschluss zu erreichen (vgl. Statistik Austria 2018, S. 4). Erhebungen zur Bildungsmobilität in Österreich aus den Jahren 2022/23 zeigen, dass 36,2 Prozent der 25- bis 44-Jährigen, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss haben, ebenso maximal einen Pflichtschulabschluss erreichen. Nur 9,4 Prozent dieser Personen erreichen einen Hochschulabschluss. Haben die Eltern einen Hochschulabschluss vorzuweisen, so erreichen deren Kinder zu 61,3 Prozent selbst einen solchen Abschluss (vgl. Statistik Austria 2024, S. 2).

# Themen & vulnerable Gruppen im Armutsdiskurs



## Die Themen im Armutsdiskurs – worüber wird gesprochen und was fehlt im Diskurs?

### Armut muss erst einmal ins Blickfeld!

Armut ist in unserer Gesellschaft stark tabuisiert. Es klafft zudem eine große Wissenslücke, und so manches Vorurteil über armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen sitzt tief. Zudem zeigt sich eine ausgeprägte Vermeidungshaltung im Umgang mit Armut. Arm sind jedenfalls immer „die anderen“. „Die, die faul vorm Fernseher sitzen, die ja wirklich nichts ändern möchten“ (Brodeser 2023, S. 15). Daniela Brodeser beschreibt in ihrem Buch „Armut“ aus Sicht einer ehemals Betroffenen, wie sie – ohne je damit gerechnet zu haben – durch eine Verkettung verschiedener unglücklicher oder schwieriger Umstände in Armut geraten konnte. Und sie gibt Aufschluss darüber, mit welchen Hürden, Vorurteilen und Ausgrenzungen sie als Armutsbetroffene folglich konfrontiert war. Brodeser erklärt verankerte Ressentiments und das sehr verbreitete Wissensvakuum bei jenen, die selbst keine Armutserfahrung haben, damit, dass armutsbetroffene und nicht-armutsbetroffene Menschen oft in völlig unterschiedlichen Welten leben. Der Alltag spielt sich in anderen Wohngebieten, anderen Schulen, anderen Jobs etc. ab. Zusätzlich sind Menschen, die in Armut leben, viel eher prekär beschäftigt, chronisch krank oder mit Pflege- und Betreuungspflichten beschäftigt, die nicht so einfach ausgelagert werden können (vgl. Brodeser 2023, S. 10ff). Gerade vor diesem Aspekt kommt den Medien eine besonders verantwortungsvolle Rolle zu, um einerseits zu informieren, aber auch um dem Thema als Gesellschaftsphänomen und armutsbetroffenen Menschen (immerhin 17 Prozent der Gesamtbevölkerung) eine Sichtbarkeit zu geben. Medien können durch die Art und Weise, wie sie über Armut und sozioökonomisch ausgegrenzte Gruppen berichten, im positiven oder negativen Sinn Stimmung und Bewusstsein schaffen.

Fakt ist aber auch, dass jede Debatte über Aspekte des Wie in der Berichterstattung über Armut obsolet wird, wenn es an einer grundsätzlichen Sichtbarkeit und Konfrontation mit dem Thema mangelt. „We ignore (poverty) because we share with all societies at all times the capacity for not seeing what we do not wish to see. Anciently this has enabled the nobleman to enjoy his dinner while remaining oblivious to the beggars around his door. (...) But while our failure to notice can be explained, it cannot be excused“ (Galbraith 1958 zit. n. Richter, S. 63).

Dieses Ignorieren verhindert die Auseinandersetzung. Es ist daher absolut notwendig, dass sich Diskurse über Armut in der öffentlichen oder politischen Debatte entzünden und abspielen, damit das Thema überhaupt erst ins öffentliche Blickfeld gerät. Denn darin liegt die essenzielle Grundlage für jede Bearbeitung und Lösung – der erste Schritt erfordert eine ausreichende Problemanzeige und öffentliche Sichtbarkeit (vgl. Richter, S. 63). Wird Armut auf verschiedenen Ebenen verschwiegen, werden vulnerable Gruppen und Betroffene sozioökonomischer Ausgrenzung ignoriert, dann fehlt der erste relevante Schritt zur Aktivität und Problemlösung.

### Wer beteiligt sich am Armutsdiskurs?

In Medien bleiben Armut und Armutsbetroffenheit tendenziell eher Randthemen. Zwar gibt es einzelne Themenbereiche oder vulnerable Gruppen, die starke Resonanz erfahren, oder vereinzelt Player, die medial eine große Bühne erhalten, aber insgesamt wird wenig über Armut berichtet. Insbesondere strukturelle Aspekte und die gesellschaftliche Dimension von Armut finden sich selten.

Etwa ein Viertel der Berichterstattung ist dabei unbesetzt und rein redaktionell (Redaktion). Das bedeutet, Medien schreiben eigeninitiiert und ohne, dass sich Akteur:innen aus Politik, Forschung, NGOs etc. dabei positionieren können. Etwa in Sozialreportagen, bei Porträts, Einzelfallberichterstattungen oder in Kommentaren ist das ausgeprägt. Meist ist jedoch eine Mix-Form zu finden, weil Journalist:innen beispielsweise die Expertise von Professionalist:innen aus Sozialarbeit, Politik, Forschung etc. in ihre Medienbeiträge über Armut oder vulnerable Gruppen einbeziehen.

Drei Viertel der Berichterstattung gibt Akteur:innen aus diversen Fach- oder Gesellschaftsbereichen eine Bühne. Das bedeutet, dass der Armutsdiskurs – sowohl inhaltlich als auch stimmungsmäßig – sehr stark von jenen Playern mitbestimmt oder vorgegeben wird, die via Medien Raum für Positionierung erhalten.

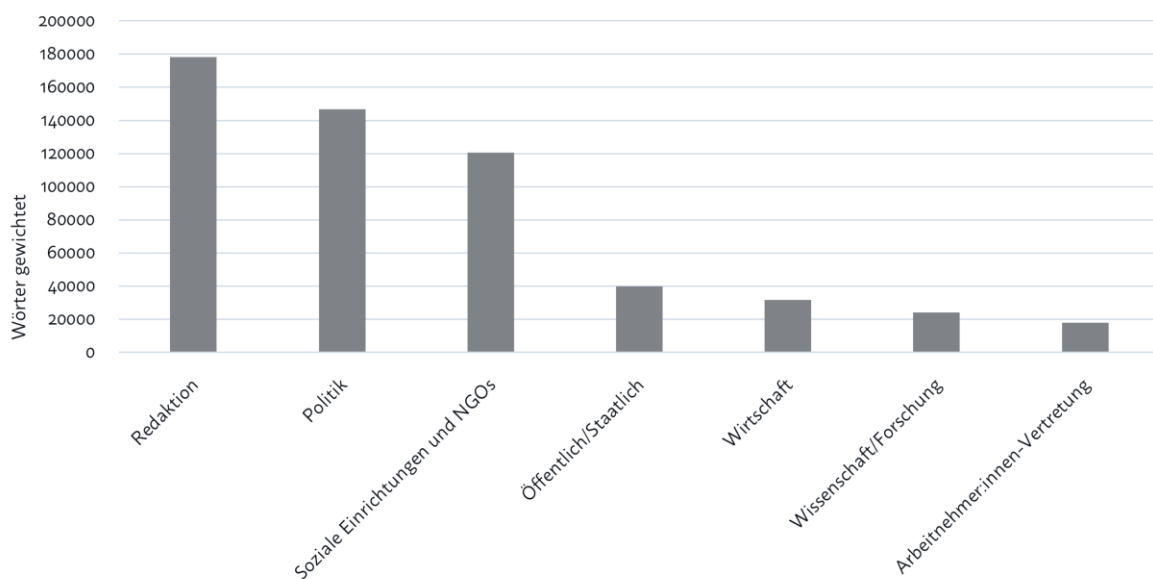


Abb.: Wer sich im Armutskontext medial positioniert

Besonders starke Sichtbarkeit erreicht hier die Politik, gefolgt von sozialen Einrichtungen wie Caritas, Armutskonferenz oder Volkshilfe. Unter öffentliche Einrichtungen fällt etwa das AMS, der Fonds Soziales Wien oder die Österreichische Gesundheitskasse (ÖGK). Unter Wirtschaft sind beispielsweise Wirtschaftsvertreter:innen und Unternehmen, die soziale Projekte unterstützen, zusammengefasst. Eine wichtige Rolle spielen zudem Wissenschaft und Forschung. Diese Kategorie umfasst beispielsweise die Statistik Austria oder Universitäten, die im Armutskontext Studien oder Statistiken bereitstellen. Auch Arbeitnehmer:innen-Vertretungen positionieren sich regelmäßig im Armutskontext, primär Arbeiterkammer, aber auch Gewerkschaften werden hier subsummiert. Unter „Sonstige“ finden sich weitere Expert:innen und Professionalist:innen.

### Der Armutsdiskurs im Verlauf eines Jahres

Im Jahr 2024 finden vor allem die Aus- und Nachwirkungen der starken Inflation Einzug in die Berichterstattung. Diese bestimmen den medialen Diskurs maßgeblich und sind auch im Wahlkampf omnipräsent. Armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen kommen durch diese Preissteigerungen

(etwa bei Wohnen, Energie oder Lebensmittelpreisen) überdurchschnittlich stark in Bedrängnis. Mediale Fixpunkte sind etwa der Equal Pay Day oder der Equal Pension Day, die insbesondere die vulnerable Gruppe der Frauen stärker in den Fokus bringen. Allerdings wird dabei selten der Armutskontext direkt gestreift, und die Sichtbarkeit des Themas bleibt sehr überschaubar. Auch der Tag der Armut im Herbst führt zu keinen großen Spitzen in der Armutberichterstattung.

Mediale Fixpunkte sind etwa der Equal Pay Day oder der Equal Pension Day, die insbesondere die vulnerable Gruppe der Frauen stärker in den Fokus bringen. Allerdings wird dabei selten der Armutskontext direkt gestreift, und die Sichtbarkeit des Themas bleibt sehr überschaubar. Auch der Tag der Armut im Herbst führt zu keinen großen Spitzen in der Armutberichterstattung.

Den mit Abstand größten Peak schafft die langanhaltende Debatte im Sommer 2024, als der Fall einer syrischen Familie bekannt wird, die mehrere Tausend Euro Sozialhilfe erhält. Dieser Veröffentlichung folgen umfassende Beiträge über Anreize, Sanktionen für Sozialhilfe-Bezieher:innen und insgesamt werden Treffsicherheit und Fairness des österreichischen Sozialsystems von vielen öffentlich präsenten Akteur:innen massiv in Frage gestellt. Debatten über Bezahlkarten und Sachleistungen statt Bargeld matchen sich mit Rufen nach grundsätzlichen Kürzungen bei Sozialleistungen für Nicht-Österreicher:innen.

Eine besonders hohe Aufmerksamkeit in der Vorweihnachtszeit erfahren diverse Wohltätigkeitsveranstaltungen und Charity-Aktionen (vorwiegend im Boulevard). Besonders hohe mediale Aufmerksamkeit erreicht zudem die Berichterstattung über obdachlose Menschen in den Wintermonaten.

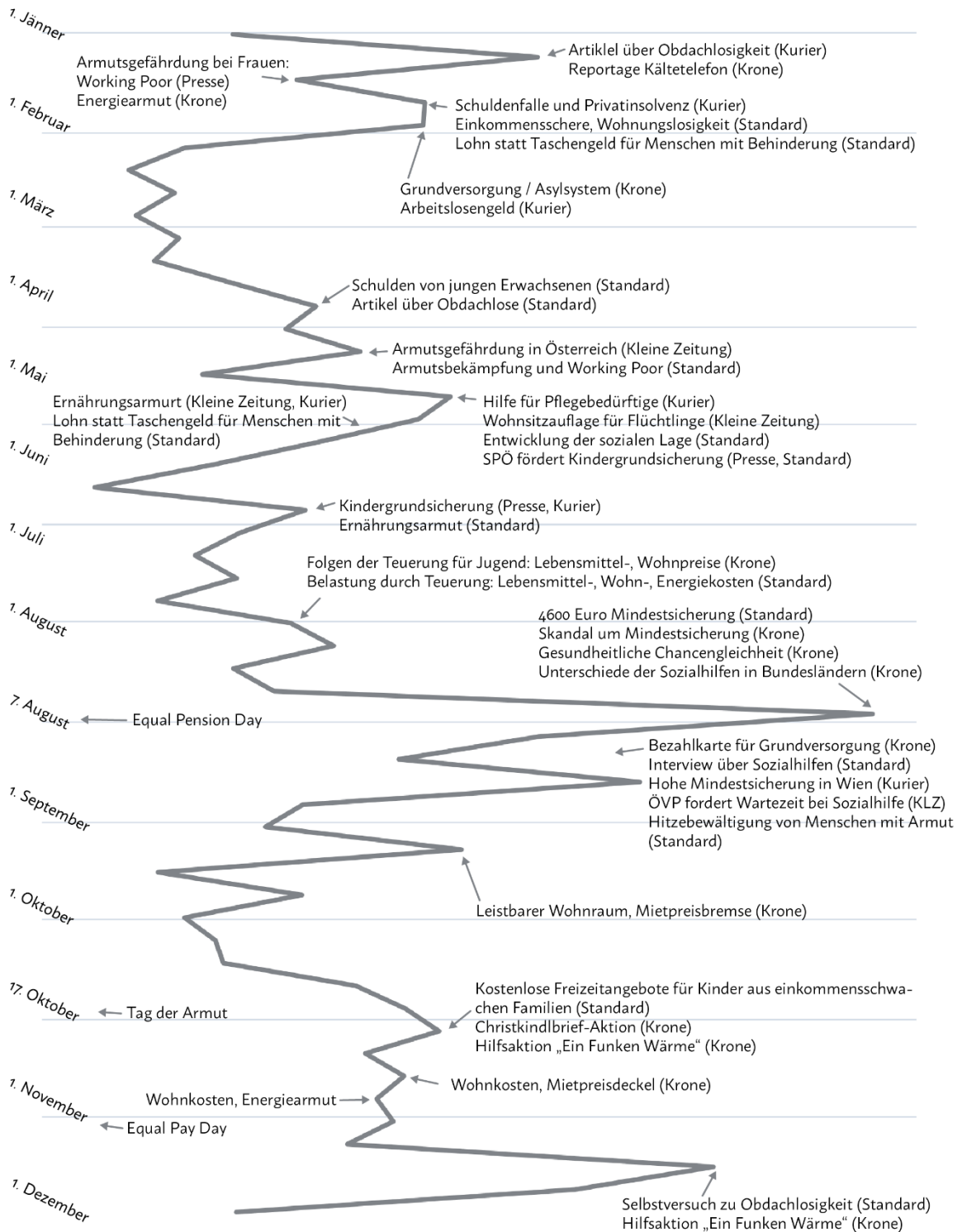


Abb.: Armutsberichterstattung im Verlauf eines Jahres (2024)

## Themenranking – diese Themen bewegen im Armutskontext

Welche Themen in welchem Umfang Einzug in die mediale Berichterstattung finden – oder auch nicht – führt vor Augen, wie und von wem der öffentliche Diskurs geführt wird und wie nachhaltig, aber auch mit welcher Intention der Themenkomplex Armut am öffentlichen, politischen und medialen Parkett behandelt wird.

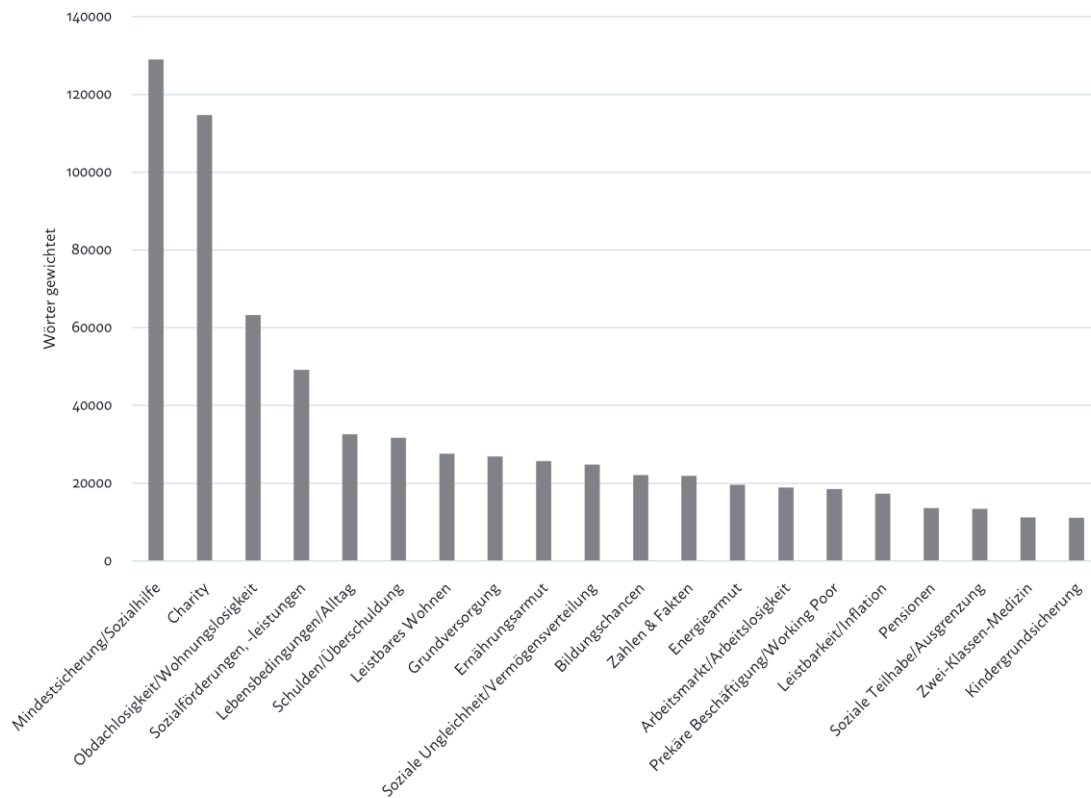


Abb.: Top-20-Themen im Kontext Armut

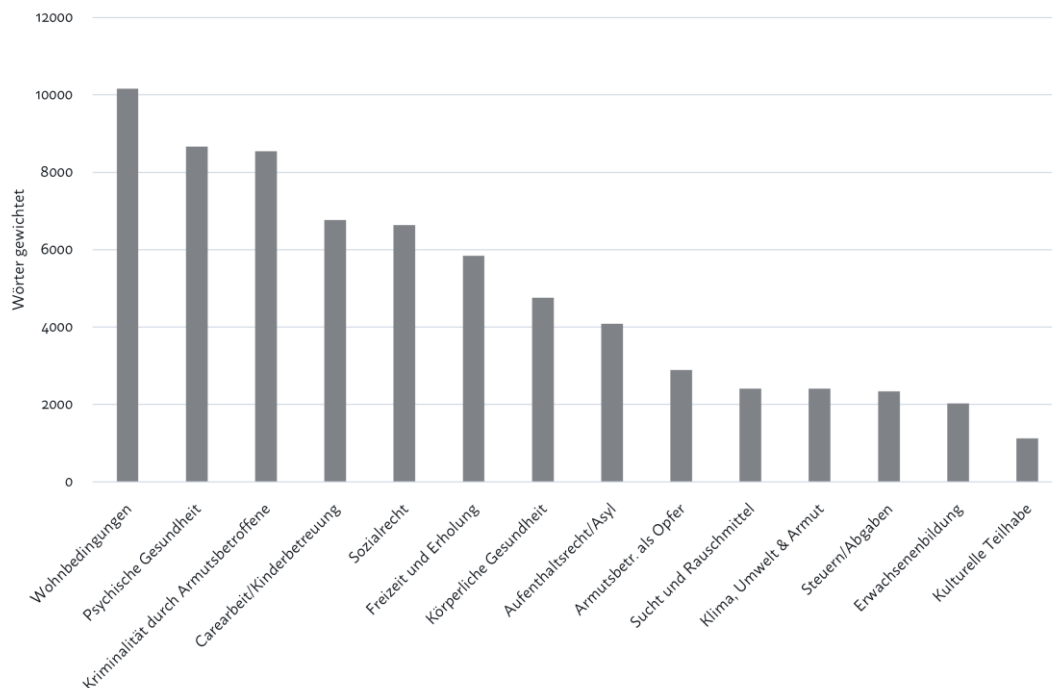


Abb.: Top 21-35 Themen im Kontext Armut

### Emotionen als starker Treiber für den Armutsdiskurs

Der mediale Diskurs im Kontext Armut wird im Untersuchungszeitraum stellenweise sehr emotional und bei einigen Themen auch polemisch geführt. Die mit Abstand präsentesten Themen im öffentlichen Diskurs – die Diskussion um Mindestsicherung/Sozialhilfe einerseits und Wohltätigkeits- und Charity-Beiträge für Armutsbetroffene und vulnerable Gruppen andererseits – stecken die beiden Pole, zwischen denen sich der mediale Armutsdiskurs sehr oft bewegt, recht gut ab. Denn dann, wenn die Berichterstattung von der reinen Faktenlage (z.B. statistische Entwicklungen über Armut) abweicht, zeigen sich in der Berichterstattung einige häufig auftretende Muster und Erzählstränge, welche den Verlauf und insbesondere die Diktion einer Debatte antreiben und maßgeblich bestimmen. Wichtiger Faktor dabei: Wer ist von Armut betroffen? Und weshalb? Je nachdem, wie diese Fragen beantwortet werden können, zeigt der Diskurs mitunter recht eindeutige Schlagseiten beim gezeichneten Menschenbild, bei der transportierten Stimmungslage gegenüber armutsbetroffenen Gruppen (dazu später), aber auch bei den aufgegriffenen Themen.

### Sozialhilfe, Mindestsicherung und Grundversorgung – Geld und Kosten als Trigger(-argument)

Als der bereits erwähnte Fall einer syrischen Flüchtlingsfamilie, die hohe Geldbeträge in Form von Sozialhilfe erhält,<sup>1</sup> bekannt wird – später tauchen noch andere vergleichbare Einzelfälle auf –, lässt dies die Wogen hochgehen. Die Geschichte hält sich hartnäckig im medialen Diskurs, und einige Parteien versuchen im Wahlkampf, das Thema so gut es geht für die eigene Positionierung auszuschlachten.

<sup>1</sup> <https://www.diepresse.com/18725106/4600-euro-bezieht-eine-syrische-familie-in-wien-zu-viel-sozialhilfe>

Der Fall wird zum plakativen Referenzbeispiel für ein dysfunktionales Sozialsystem, welches „die Anderen“ begünstigt und eine „Zuwanderung in unser Sozialsystem“ fördert. Das Thema Mindestsicherung wird so zum großen Politikum und aufgrund der enormen Resonanz zum mit Abstand relevantesten Thema im Armutsdiskurs. Gerechtigkeit, Fairness, Sozialbetrug oder die Attraktivität als Zuwanderungsland aufgrund bestehender Sozialleistungen sind nur einige jener Aspekte, welche die politische und mediale Debatte in der Folge in den nächsten Monaten beherrschen und weit ins Jahr 2025 hineinwirken.

Die Art und Weise, wie die Debatte von einzelnen Medien, aber auch von weiten Teilen der Politik geführt wird, begünstigt dabei immer wieder Pauschalverurteilungen und die Befeuerung einer Neiddebatte. Ein Stilmittel, welches hier regelmäßig zu Einsatz kommt, ist das der „anekdotischen Beweisführung“ (anekdotische Evidenz). Dieses beschreibt ein Argumentationsmuster, bei dem einzelne, oft besonders auffällige Einzelfälle als Beleg für eine allgemeine Behauptung herangezogen werden – unabhängig davon, ob diese Fälle repräsentativ sind oder nicht. Im medial viel diskutierten Fall der syrischen Familie wurde dies vielfach genutzt, um das österreichische Sozialsystem insgesamt als „unfair“ oder „zu großzügig“ darzustellen. Dabei wird aus einem Extrembeispiel ein generelles Muster abgeleitet („Wenn eine syrische Familie in Österreich so viel bekommt, dann ist das ganze System falsch“), ohne dass statistische Durchschnittswerte, gesetzliche Grundlagen oder Vergleichsfälle berücksichtigt werden. Eine solche Argumentation und Zuspitzung wirkt stark emotionalisierend und prägt dank enormer medialer und politischer Aufmerksamkeit die öffentliche Meinung.

Die Rechtslage in Österreich sieht im Jahr 2024 vor, dass Asylberechtigte ab dem Zeitpunkt, zu dem ihnen der Schutzstatus als Flüchtling zuerkannt wird, Anspruch auf Sozialhilfe bzw. Mindestsicherung haben. Asylwerber:innen haben grundsätzlich keinen Anspruch, für sie sieht der Staat eine Grundversorgung vor (nähere Infos zu aktuellen Anspruchsvoraussetzungen finden sich auf der Website des Sozialministeriums). In Österreich beziehen laut Integrationsbericht des zuständigen Ministeriums 2023 219.000 Menschen Mindestsicherung/Sozialhilfe. „Die Gruppe der Mindestsicherungsbezieher:innen setzt sich aus drei jeweils vergleichbar großen Gruppen zusammen: Österreicher:innen, Menschen mit Schutzstatus und andere Anspruchsberechtigte. In ganz Österreich beziehen 86.400 Asyl- und subsidiär Schutzberechtigte Mindestsicherung/Sozialhilfe. Diese Zahl ist seit Jahren konstant“ (Asylkoordination Österreich, 2024).

Aufgrund der medial und politisch zugespitzt geführten Debatte könnte der Eindruck entstehen, Mindestsicherung und finanzielle Sozialleistungen würden zu einem überwiegenden Teil auf Menschen „ausländischer“ Herkunft (primär auf Menschen aus Syrien) verteilt werden. Bezugnehmend auf die tatsächliche Verteilung und die Zahl der Anspruchsberechtigten ist das inhaltlich nicht korrekt und verzerrend. So zeigt die Analyse der Berichterstattung 2024, dass etwa die Hälfte der Gesamtdebatte im Kontext Mindestsicherung und Sozialhilfe bezugnehmend auf Menschen mit Migrations- oder Fluchtbiografie geführt wird. In dieser Darstellung nicht enthalten ist die Grundversorgung, welche für Asylbewerber:innen gedacht ist und die im medialen Diskurs für sich alleine zusätzlich noch einen relativ großen Teil der Berichterstattung einnimmt (Top 8 im Ranking der präsentesten Themen).

Dazu kommen noch Sozialförderungen und Sozialleistungen, worunter etwa das Arbeitslosengeld oder Ausgleichszahlungen für die Teuerung fallen und die zu einem großen Teil der „inländischen“ Bevölkerung ausgezahlt werden, aber im öffentlichen Diskurs überdurchschnittlich oft der Bezug zu Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte hergestellt wird.

Sozialleistungen kommen primär Österreicher:innen zugute. Studien zeigen: Ohne Sozialleistungen wäre ein Viertel der Menschen (25 Prozent) in Österreich (Anm.: Menschen mit unsicherem Asylstatus werden hier statistisch nicht miterfasst) armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Durch Sozialleistungen kann der Wert auf 14 Prozent reduziert werden (vgl. Huber 2025 – diesubstanz.at).

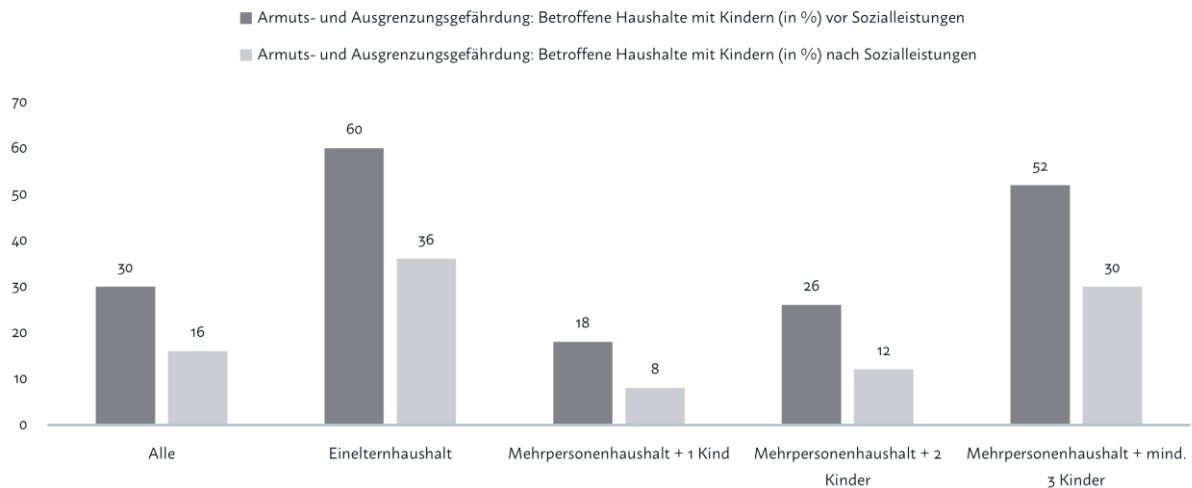


Abb.: Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung vor/nach Sozialleistungen (Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2024)

### Charity gegen Armut – Symptombekämpfung mit großer Medienbühne

Nach der Mindestsicherungs-/Sozialhilfe-Debatte, welche mit Abstand den meisten Raum im medialen Diskurs einnimmt, findet sich auf Rang zwei das Thema Charity. Darunter sind Veranstaltungen, Events, Spendensammelaktionen oder auch medial dokumentierte Überreichungen von Spendengeldern oder Sachleistungen an armuts- und ausgrenzungsbetroffene Personen subsumiert. Dass das Thema im Diskurs so präsent vorkommt, ist primär der übergroßen Bühne insbesondere in den Boulevardblättern geschuldet. Bei der Überreichung von Spenden und Almosen bekommen die Wohltäter:innen in der Regel eine mindestens so große Bühne wie die Spendenempfänger:innen selbst. Auch Medienhäuser profilieren sich dabei gerne als „die Guten“, die etwas für „die Schwachen und Armen in der Gesellschaft“ tun. Charity bringt allerdings bei all dem „gut gemeint“ zwangsläufig eine Machtasymmetrie zwischen Geber:in und Empfänger:in und paternalistische Strukturen zutage. Wer gibt, hat gleichzeitig die Macht zu entscheiden, wem, wann und wie geholfen wird. Wohltätigkeit ist demzufolge häufig mit der Frage verbunden, wer „würdig“ ist, Hilfe zu erhalten. Dazu wird später noch ausführlich auf die Unterscheidung der „deserving poor“ und „undeserving poor“ eingegangen.

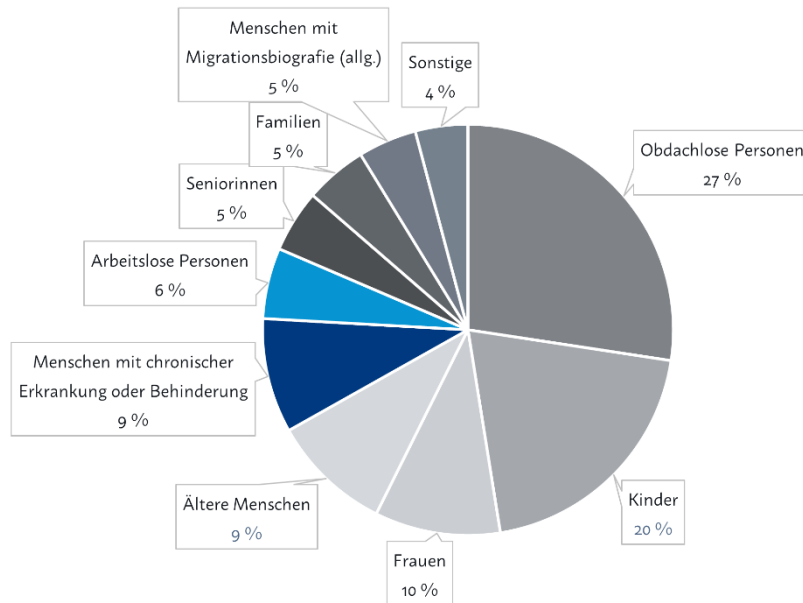


Abb.: Menschengruppen, die in Medien als Begünstigte von Charity-Aktionen erwähnt werden (2024)

Im medialen Diskurs zeigen sich klare Tendenzen, wer als „spendenwürdig“ gilt und wer eher nicht. In den meisten Fällen sind es hier obdachlose Menschen (stark unterstützt durch präsente NGOs in dem Bereich, aber auch durch eigeninitiierte Medienberichterstattung und -initiativen), armutsbetroffene Kinder – häufig darunter Kinder mit chronischen Erkrankungen oder Behinderungen, die bei medialen Charity-Aktionen als Begünstigte auftreten. Es kommen aber auch relativ viele Frauen, die von Armut, Altersarmut oder aufgrund von verschiedenen Schicksalsschlägen armutsbetroffen sind, im Rahmen der Charity-Berichterstattung vor. Dabei sind es oft NGOs, die gemeinsam mit Boulevard-Medien Spendensammelaktionen veranstalten. Zentrales Finding: Wichtig für die „Spendenwürdigkeit“ scheint jedenfalls die Herkunft der Menschen zu sein. Nur in vier Prozent der Fälle der doch recht umfassenden Charity-Berichterstattung werden Spenden an Menschen mit migrantischer Herkunft oder Fluchthintergrund übergeben.

#### Beispiele aus der Berichterstattung „Charity gegen Armut“:

In der medialen Darstellung von Charity zeigt sich oft eine sehr starke stereotype Opfer-Inszenierung der Spenden-Empfänger:innen. Diese werden meist stereotyp als bedürftige, arme, aber auch besonders dankbare Bittsteller:innen gezeigt. Dabei wird mit Emotionen und persönlichen Geschichten nicht gespart. Die Berichterstattung soll nach Möglichkeit berühren. Die Spender:innen auf der Gegenseite werden als warmherzig, hilfsbereit und großzügig dargestellt – als die Guten!

- Wärmestube der Caritas in „Heute“: „Doch inmitten aller Probleme gibt es auch schöne Momente. ‚Ein Gast sagt immer, wenn er kommt: Heute ist der schönste Tag seit gestern‘, so Schröckenfuchs. ‚Und davon kann man lernen!‘“ (Heute, 19.02.24)

- Der Kurier berichtet über einen kranken Mann und über die Finanzierung seines Rollstuhls und seiner Pflege. Die Ehefrau „zeigt sich gegenüber dem KURIER ‚sprachlos‘ beziehungsweise ‚den Tränen nahe‘. Sie muss aktuell nachts ihren Mann versorgen, tagsüber ist sie als Hausbesorgerin für 60 Wohnungen zuständig. ‚Und der Nachtdienst ist anstrengend, weil ich ja mehrmals aufstehen muss, um meinen Mann zu lagern oder ihn abzusaugen‘“ (Kurier, 24.04.24).
- Die Kronen Zeitung berichtet über die Weihnachtsaktion der Caritas und der Krone, bei der Wünsche erfüllt werden: „Sie haben meist niemanden, von dem sie am Heiligen Abend groß beschenkt werden – deshalb haben in den vergangenen Wochen kleine und große Klienten der Caritas in ganz Österreich im Rahmen der Christkindbrief-Aktion von ‚Krone‘ und Caritas wieder ihre Wünsche formuliert.“ (Kronen Zeitung, 06.11.24)
- Die Kronen Zeitung berichtet über eine Frau, die sich das Heizen nicht mehr leisten kann: „Aber nicht nur gesundheitlich ist die 78-Jährige sehr belastet. Eine gestiegene Jahresabrechnung für Strom und Gas, Ausgaben für einen erhöhten WC-Sitz sowie eine barrierefreie Umgestaltung des Badezimmers haben sie finanziell stark in Bedrängnis gebracht. Als dann auch noch die Gasterme und der Kühlschrank kaputtgegangen sind, wusste die Pensionistin nicht mehr weiter. ‚Es war plötzlich kalt bei mir daheim‘, schildert sie weiter.“ (Kronen Zeitung, 17.11.24)

Armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen stehen ganzjährig vor Herausforderungen. In der Berichterstattung hat Armut aber vor allem im Winter Hochsaison. Bei Charity zeigt sich ein markanter Anstieg der Berichterstattung in der Vorweihnachtszeit. Die „besinnliche Zeit“ wird hierzulande traditionell als Bühne für Wohltätigkeit genutzt.

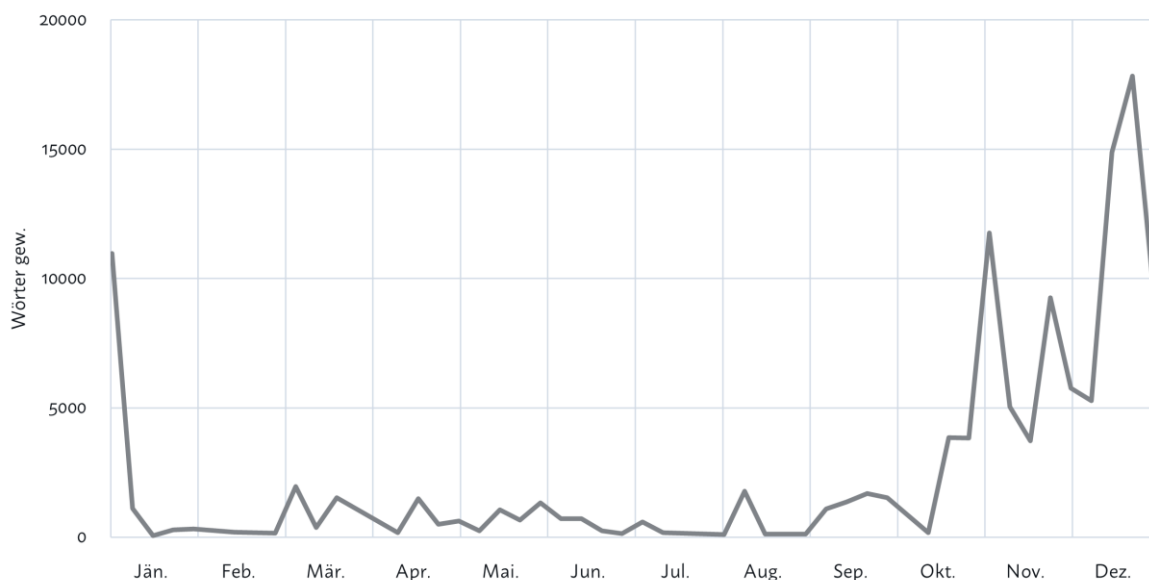


Abb.: Entwicklung Charity-Berichterstattung im Zeitverlauf

Mit Abstand am häufigsten berichtet die Krone über die eigene Charity-Aktion „Ein Funken Wärme“ und verpasst sich damit gleich auch selbst ein helfendes Image. Ein medial hervorstechendes Projekt der Caritas ist die Hilfe für Obdachlose, die sehr häufig in vielen verschiedenen Medien vorkommt. Dabei werden etwa der „Suppenbus“, das „Marienstüberl“ oder etwa das „Kältetelefon“ erwähnt. Auch die „Rückverteilung“ des Erbes von Marlene Engelhorn ist öfter präsent und hier relevant, wenn Projekte zur Armutsbekämpfung adressiert werden. Die Spendenaktion „Licht ins Dunkel“ des ORF ist eine bekannte und medial präsenste Marke, wenn es um das Lukrieren von Spenden und die Unterstützung von Sozialprojekten geht.

Aus menschenrechtlicher Perspektive sind Almosen weder menschenwürdig noch eine nachhaltige Form der Armutsbekämpfung, weil die strukturelle Perspektive und staatliche, gesellschaftliche Verantwortung umschiffert werden und Menschen zu Bittsteller:innen degradiert werden. Spenden können Armut zwar auf individueller Ebene ein Stück weit abfedern, ohne jedoch relevante Ursachen von Armut anzugehen oder überhaupt erst einmal zu thematisieren (etwa ungleiche Löhne, leistbarer Wohnraum, strukturelle Diskriminierung). So bleiben in der Charity-Berichterstattung strukturelle Faktoren, die zu Armutsbetroffenheit führen, fast immer ausgeklammert.

### **Obdachlosigkeit – Dominanter Medienfokus – weniger extreme Formen von Alltagsarmut bleiben zurück**

Im Armutsdiskurs sind Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit als Themen besonders präsent. Obdachlosigkeit erreicht in der Armutsbereichterstattung eine markant hohe Aufmerksamkeit, die sich durch die verhältnismäßig kleinere Gruppe der tatsächlich Betroffenen (2024: etwa 20.000 als wohnungslos bzw. obdachlos registrierte Personen lt. Statistik Austria, wobei von einer höheren Dunkelziffer auszugehen ist, siehe Verband der Wiener Wohnungslosenhilfe: Situationsbericht 2025) in Österreich so jedenfalls nicht begründen lässt.

Daher können für diese starke Verzerrung medienpsychologische Aspekte eine mögliche Erklärung liefern: Obdachlosigkeit ist schließlich eine besonders sichtbare, extreme Form von Armut. Sie wird – im Unterschied zu anderen Formen und Aspekten von Armut – häufig als „offensichtliche“ Armut dargestellt. Führen andere Arten von Armut oft zur gesellschaftlichen ‚Unsichtbarkeit‘ durch Exklusion von der sozialen und kulturellen Teilhabe, zwingt Obdachlosigkeit die davon betroffenen öfter in den öffentlichen Raum.

Medial transportierte Bilder von Schlaflagern in Hauseingängen und Parks zeigen zweifelsfrei Armut – vor diesem Kontrast wird jedoch die Situation jener, die als Wohnungslose in Notunterkünften und anderen prekären Arrangements Obdach finden, noch unsichtbarer. Die Sichtbarkeit unterscheidet Obdachlosigkeit von anderen Armutformen, wie etwa von den Working Poor oder von Altersarmut, die häufiger unsichtbar im Privaten stattfindet. Dazu kommt, dass Medien oft Themen bevorzugt aufgreifen, die sich bildlich darstellen lassen und starke Emotionen hervorrufen. Bilder von Menschen mit Schlafsäcken auf Straßen oder bei Essensausgaben haben nicht zwangsläufig einen hohen Nachrichtenwert, aber sie emotionalisieren und bewegen. Diese visuelle und emotionale Darstellbarkeit kann als zusätzlicher Faktor für die stärkere mediale Präsenz von Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit im medialen Diskurs angenommen werden.

Belege aus der Forschung zeigen, dass außerdem Medieninhalte mit bedrohlichem Inhalt oder negativ empfundene Ereignisse von den Medienrezipient:innen in der Regel mehr Aufmerksamkeit geschenkt bekommen als neutrale oder positive Nachrichten (vgl. beispielsweise Zhang et al. 2024, S. 30160ff). Obdachlosigkeit wird – oft implizit – als potenzielles Risiko für „jede/n von uns“ dargestellt. Eine Trennung, der Streit mit den Eltern, eine finanzielle Notlage – all das sind greifbare Szenarien, die zumindest kurzfristig in eine Wohnungslosigkeit führen könnten. Der Kurier bestätigt auf Basis von Erhebungen der Statistik Austria, dass immerhin sechs Prozent der Menschen in Österreich im Lauf des Lebens zumindest einmal von Wohnungslosigkeit betroffen sind. Was allerdings nicht bedeutet, dass all diese Menschen auf der Straße landen. Die meisten kommen bei Freund:innen unter, wohnen vorübergehend in Wohnwägen, Gartenhäusern etc.<sup>2</sup> – diese Art der Wohnungslosigkeit ist in der Öffentlichkeit nicht sichtbar, sie wird auch nur bedingt in den offiziellen Zahlen zu Wohnungslosigkeit bzw. Obdachlosigkeit sichtbar. Die oben zitierten Zahlen der Statistik Austria beziehen sich nur auf jene Personen, die entsprechend offiziell registriert wurden. Wenn Medien über Wohnungslosigkeit berichten, dann überwiegend über Menschen, die auf der Straße und in Obdachlosenunterkünften leben.

Einen „Vorteil“, den das Thema zudem aus journalistischer Sicht mit sich bringt, ist die Personalisierbarkeit – etwa im Zuge von Sozialreportagen, die medial im Untersuchungszeitraum eine besonders große Rolle spielen und wesentlich zur hohen Sichtbarkeit des Themas im medialen Diskurs beitragen. Obdachlosigkeit eignet sich als Thema, um komplexe soziale Probleme auf individuelle Schicksale herunterzubrechen – und diese Extremform von Armut greifbarer zu machen. Gleichzeitig besteht eine Gefahr der Verzerrung und Verharmlosung von anderen Formen der Armut, die als weniger „schlimm“ wahrgenommen werden können. So kann der Eindruck vermittelt werden, „erst wer auf der Straße lebt, ist wirklich arm“. Weniger sichtbare Armut verliert im Vergleich an Wucht und Dramatik, womöglich auch an Relevanz. Ist eine Familie, die sich die Nachhilfe für das Kind oder gesunde Lebensmittel nicht leisten kann, im Vergleich zu jemandem, der obdachlos ist, nun arm? Es ist ein starker medialer Fokus auf solche „Extremformen“ von Armut zu beobachten, andere Armutsformen hingegen bleiben eher unterrepräsentiert.

### Inflation und Teuerung machen „Alltagsarmut“ in der Breite sichtbar

Die Teuerungsentwicklung der letzten Jahre befeuert auch den Armutsdiskurs. Österreich erlebt von 2019 bis 2021 moderate Teuerungsraten zwischen 1,4 und 2,8 Prozent. Mit der Energie- und Versorgungskrise 2022 schnellte die Inflation auf 8,6 Prozent, bleibt auch 2023 mit 7,8 Prozent hoch und geht 2024 auf 2,9 Prozent zurück. Damit haben sich die Preise in nur fünf Jahren insgesamt um etwa ein Viertel erhöht (vgl. WKO, WIFO 2025) – was eine erhebliche finanzielle Belastung, insbesondere für Haushalte mit niedrigem Einkommen, darstellt.

---

<sup>2</sup><https://kurier.at/chronik/oesterreich/rund-20000-registrierte-obdachlose-mehr-als-die-haelfte-in-wien/402481628>

Leistung und Inflation als direkte Auswirkung auf armutsbetroffene Menschen findet sich erst relativ weit hinten im Ranking. Aber viele damit verbundene Themen werden grundsätzlich medial thematisiert. Allen voran die Sichtbarmachung von Auswirkungen auf den Lebensalltag und Lebensbedingungen (etwa Ausgaben für Kleidung, Mobilität, etc.) und bei existenziellen Themen wie leistbarem Wohnen, Ernährungsarmut oder Energiearmut. Letztere werden in dieser Diskursstudie extra dargestellt. Die starke Teuerung, die sich bei Lebensmitteln, Wohnen oder Energiepreisen besonders stark niederschlägt und daher auch in der breiten Bevölkerung, die nicht armutsbetroffen oder armutsgefährdet ist, spürbar und sichtbar ankommt.

Stark mit der Teuerung in Verbindung gebracht wird die steigende Überschuldung, die medial besonders umfassend rezipiert wird. Insbesondere bezugnehmend auf Jugendliche, die in den Medien als besonders gefährdete und vulnerable Gruppe hervorgehoben werden. Eine Veröffentlichung des Alpenländischen Kreditorenverbands (2023) zeigt, dass es vor allem bei den Jungen einen enormen Anstieg bei Verschuldung und Insolvenzfällen gibt (vgl. Alpenländischer Kreditorenverband, 2023).

Die verbreitete Betroffenheit bei Themen wie leistbarem Wohnen, steigenden Energiekosten oder Lebensmittelpreisen bringt ausgerechnet jene Themen, welche armutsbetroffene Menschen aus ihrem Lebensalltag als große finanzielle Hürde und Stressoren seit Langem kennen, in einen viel breiteren Diskurs und auf die politische und mediale Agenda. Diese Teuerung hat damit eine hohe Relevanz für die Gesamtbevölkerung, aber relativ gesehen einen noch viel stärkeren Einfluss auf ohnehin schon finanziell belastete Menschen und vulnerable Gruppen. Dennoch wird die (dramatischere) Auswirkung der Teuerung in diesen Bereichen auf sozioökonomisch benachteiligte Menschen in der Berichterstattung selten direkt und konkret hergestellt.

### **Wohnkosten als Belastung und schlechte Wohnbedingungen**

51 Prozent der Menschen mit Armutsgefährdung beschreiben die Wohnkosten als besonders starke Belastung. Durchschnittlich gehen für Wohnkosten in dieser Bevölkerungsgruppe 42 Prozent ihres gesamten Einkommens auf. Knapp die Hälfte der Menschen in absoluter Armut haben Zahlungsrückstände bei den Wohnkosten. Im schlimmsten Fall kommt es zur Obdachlosigkeit oder Wohnungslosigkeit. Armutsgefährdete Menschen haben zudem oftmals mit schlechten Wohnbedingungen zu kämpfen. 19 Prozent beklagen Feuchtigkeit oder Schimmel in der Wohnung, 20 Prozent leben in überbelegten Wohnungen, und zwei Prozent haben kein Bad oder WC in der Wohnung zur Verfügung (vgl. Statistik Austria 2025, S. 58, S 62-64, und Caritas Armut 2025).

Im vierten Quartal 2024 gaben 3,4 Prozent aller Menschen in Österreich an, dass sie im Rückstand mit der Miete oder Wohnkredit gekommen sind, genau gleich wie im Vorjahr zur selben Zeit. 13,4 Prozent der Mieter:innen von Gemeindewohnungen sind Ende 2024 in den Zahlungsverzug gekommen. (vgl. Statistik Austria 2024, S. 93f). In der Berichterstattung wird Leistung von Wohnen zu einem der wichtigsten Wahlkampfthemen im Nationalratswahlkampf 2024. Maßnahmen wie Mietpreisdeckel und Wohnkostenzuschüsse oder Diskussionen, wie leistbarer Wohnraum sichergestellt werden kann, halten sich aber weit über das Jahr 2024 hinaus im medialen Diskurs. Ein ausdrücklicher Bezug zu Armutsbetroffenheit oder -gefährdung wird immer nur punktuell und selten hergestellt. Konkret als armutsgefährdet durch die gestiegenen Wohnkosten werden insbesondere Familien, Senior:innen, allen voran ältere alleinlebende Frauen, aber auch Jugendliche im medialen Diskurs thematisiert. Vor

allem für junge und alte Menschen wird die Leistbarkeit von „gutem“ Wohnraum und passenden Wohnbedingungen als zunehmend herausfordernd beschrieben.

### Ernährungsarmut

Menschen, die sich Ausgaben des täglichen Lebens nicht mehr leisten können – wie Essen oder gesunde Lebensmittel –, fallen in die Gruppe erheblich materiell und sozial privierter Personen. Im Jahr 2023 waren das 336.000 Personen in Österreich, also 3,7 Prozent der Gesamtbevölkerung (vgl. Statistik Austria 2025, S. 5). Wie relevant Ernährung für ein gutes, gesundes Leben ist, verdeutlichen folgende Zahlen: 20 Prozent aller Todesfälle in der EU sind auf ungesunde Ernährungsweisen zurückzuführen. Besonders armuts- und ausgrenzungsgefährdete Menschen können sich oftmals keine gesunde Ernährung leisten. Sie greifen auf billigere Lebensmittel zurück, die einen höheren Fett- und/oder Zuckergehalt haben. Bei der Ernährung wird bei armutsgefährdeten Haushalten eher auf die Quantität als auf die Qualität gesetzt (vgl. Gesundheit Österreich 2024, S. 5).

Arm ist nicht nur, wer hungern muss. Von „materieller Ernährungsarmut“ wird gesprochen, wenn Nahrung „weder in ihrer Quantität noch ihrer physiologischen und hygienischen Qualität bedarfsdeckend ist, sei es durch einen Mangel an Mitteln zum Erwerb der Nahrung (in Form von Geld oder anderen Zugangsberechtigungen) oder durch einen Mangel an Nahrung selbst (fehlende Lebensmittel, fehlende Distributionswege)“. Daneben beschreibt „soziale Ernährungsarmut“ einen Zustand, der es „nicht erlaubt, in einer gesellschaftlich akzeptierten Weise soziale Beziehungen aufzubauen, Rollen und Funktionen zu übernehmen und/oder Sitten und Gebräuche einzuhalten, die jeweils im sozialen und kulturellen Umgang mit Essen und Trinken einer Gesellschaft zum Ausdruck kommt“ (Gesundheit Österreich 2024, S. 21f). Eine Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Soziales und Gesundheit stellt betreffend Ernährungsarmut in Österreich fest: Insgesamt gehen 57 Prozent der von Ernährungsarmut Betroffenen ab und zu, 7 Prozent öfters und rund ein Drittel nie auswärts zu essen. 58 Prozent der Menschen, die von sozialer Ernährungsarmut betroffenen sind, gehen nie auswärts essen (vgl. ebd., S. 55).

Dass Ernährungsarmut im medialen Diskurs eine so präzente Rolle spielt, ist ähnlich wie bei den Themen leistbares Wohnen oder Energiearmut auf die generell sehr präzente Debatte aufgrund der Teuerung und der massiven Preissteigerungen – insbesondere in diesen drei Lebensbereichen – zurückzuführen. Eine Mediendiskurs-Studie über Kinderarmut in Österreich zeigt, dass noch vor einigen Jahren Kosten des alltäglichen Lebens wie Wohnen, Energie oder Ernährung kaum im Armutsdiskurs Einzug gehalten haben (vgl. MediaAffairs 2018, S. 17f). Die medial und politisch omnipräsente Teuerungsdebatte der letzten Jahre scheint hier aufgrund der hohen Betroffenheit in der Gesamtbevölkerung auch das Bewusstsein für die besondere Betroffenheit vulnerabler Gruppen geschärft zu haben. Ernährungsarmut wird im medialen Diskurs besonders stark in Verbindung mit Kindern, Familien und älteren Personen hervorgehoben.

### Energiearmut

Der Begriff der Energiearmut ist erst seit dem markanten Anstieg der Energiepreise ein Begriff, der nun verstärkt im öffentlichen Diskurs Verwendung findet. Für Menschen, die stark armutsbetroffen sind, waren auch bereits vor der Teuerung Energiekosten eine fordernde finanzielle Belastung. Auch hier begünstigen die große Betroffenheit einer breiten Bevölkerungsschicht und der breite Diskurs darüber,

dass Energiearmut auch im Kontext armutsbetroffener und sozioökonomisch benachteiligter Menschen besprechbar und begreifbar wird.

Energiearmut hat viele verschiedene Facetten. Beispielsweise fällt darunter, wenn Energierechnungen nicht mehr beglichen werden können, die Wohnung nicht mehr angemessen warmgehalten werden kann oder alte/defekte Elektrogeräte nicht mehr ausgetauscht werden können (vgl. kea 2025). Ende 2024 geben 6,9 Prozent der österreichischen Bevölkerung an, dass sie sich Strom und Energie zum Heizen nicht mehr leisten können. Im Jahr 2023 liegt der Wert höher, da geben knapp ein Zehntel der Befragten an, die anfallenden Energiekosten im Haushalt nicht mehr stemmen zu können. Unter jenen Menschen, die in Gemeindewohnungen leben, geben sogar 21,8 Prozent an, dass sie sich die Kosten für Energie nicht mehr leisten können (vgl. Statistik Austria 2025, S. 95).

### Strukturelle Rahmenbedingungen und grundlegende Themen, die Armut begünstigen

Wie hier bereits öfter erwähnt, gibt es eine Vielzahl an strukturellen Rahmenbedingungen, die stark mit Armutsbetroffenheit korrelieren. Einige der wesentlichsten, die auch im medialen Diskurs aufgegriffen werden, werden hier aus Sicht der Mediendiskursanalyse näher beleuchtet: ungleiche Bildungschancen, ein prekärer Arbeitsmarkt und Langzeitarbeitslosigkeit, Kinderarmut und Verteilungsgerechtigkeit. Hier gibt es punktuell durchaus eine Affinität seitens einzelner Medien, insbesondere im Standard. Aber insgesamt finden diese strukturellen Themen in Verbindung mit Armut und ihre Auswirkung auf vulnerable Gruppen dennoch relativ selten Einzug in die mediale Debatte – es sei denn, es entfacht sich eine polarisierende, emotionalisierende und/oder politische Debatte daraus.

### Ungleiche Bildungschancen und vererbte Bildung als Armutsfalle

Bildung gilt als zentrale Voraussetzung für soziale Teilhabe, beruflichen Erfolg und individuelle Entwicklung. Dennoch zeigen zahlreiche Studien, dass Bildung in hohem Maße „vererbt“ wird: Der Bildungserfolg eines Kindes hängt somit stark vom sozioökonomischen Status und Bildungsniveau der Eltern ab. „Je höher gebildet die Eltern sind, desto größer ist die Chance für das Kind, eine höhere Bildung zu erreichen“ (Statistik Austria 2018, S. 4). Neuere Zahlen aus den Jahren 2022/23 zeigen, dass 36,2 Prozent der 25- bis 44-Jährigen, deren Eltern maximal einen Pflichtschulabschluss haben, genauso maximal einen Pflichtschulabschluss erreichen. Nur 9,4 Prozent dieser Personen erreichen einen Hochschulabschluss. Haben die Eltern einen Hochschulabschluss, so erreichen die Befragten zu 61,3 Prozent selbst einen solchen Abschluss (vgl. Statistik Austria 2024, S. 2).

Auch wenn das Bildungsangebot in den Pflichtschulen in Österreich in den meisten Fällen (sofern es sich nicht um Privatschulen handelt) grundsätzlich kostenlos zur Verfügung steht, wäre es ein Trugschluss zu glauben, Schule und Bildung wären gratis zu bekommen. Für Eltern von Schüler:innen fallen mitunter sogar sehr hohe Kosten an. Eine Schulkostenstudie von Foresight legt offen, dass Eltern im Schuljahr 2023/24 über 2.200 Euro für ein Schulkind ausgeben, was einem starken Anstieg der Schulkosten entspricht. Im Schuljahr 2020/21 lag der Wert noch bei knapp 1.500 Euro. Besonders hoch fallen die Kosten für Kinder von der 10. bis 13. Schulstufe mit 2.592 Euro ins Gewicht. Die Schulkosten setzen sich dabei nicht nur aus Materialkosten zusammen, sondern erhöhen sich insbesondere durch Betreuung und Verpflegung stark. Wer Nachmittagsbetreuung für sein Kind benötigt, legt dafür durchschnittlich auf 1.790 Euro pro Jahr aus. Dazu kommen Ausflüge und Klassenfahrten, die sich noch extra zu Buche schlagen (vgl. Foresight 2024, S. 3f).

Ein weiterer Faktor, der einen starken Impact auf die Bildungskarriere und Bildungschancen hat, sind Nachhilfekosten. Laut Nachhilfebarometer der Arbeiterkammer braucht mittlerweile jedes zweite Kind Nachhilfe, viele können sich diese allerdings nicht leisten. In Österreich wurden im Schuljahr 2023/2024 für private Nachhilfe 168 Millionen Euro ausgegeben. Pro Schulkind belaufen sich die Kosten für Nachhilfe auf durchschnittlich 750 Euro (vgl. AK 2024).

Weil am Bildungsweg wichtige Weichen gestellt werden, entscheiden sich hier nachhaltig weitere Berufs-, Karriere-, Einkommens- und letztlich Lebenschancen. Kinder mit vergleichbaren kognitiven Fähigkeiten werden je nach Herkunft unterschiedliche Bildungswege einschlagen (vgl. Statistik Austria 2018, S. 4). Dieses Phänomen führt dazu, dass das Bildungssystem nicht als Korrektiv sozialer Ungleichheit wirkt, sondern vielmehr dazu beiträgt, bestehende Unterschiede zu reproduzieren. Muss bei Bildung gespart werden, können Potenziale und Möglichkeiten – etwa durch fehlende Nachmittagsbetreuung oder nicht leistbare Nachhilfe – nicht ausgeschöpft werden. Diese ungleichen Bildungschancen haben langfristige Folgen: Wer mit geringem Bildungsniveau ins Erwerbsleben einsteigt, ist statistisch häufiger von Arbeitslosigkeit oder prekärer Beschäftigung betroffen.

Im medialen Diskurs werden Problematik und Gefahr der schlechteren Bildungschancen für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Haushalten vor allem von Playern wie der Arbeiterkammer, Armutskonferenz, Volkshilfe und anderen NGOs sowie von Vertreter:innen aus der Wissenschaft und Forschung immer wieder aufs Tapet gebracht und als große strukturelle Hürde – sowohl auf individueller als auch auf gesamtgesellschaftlicher Ebene – kommuniziert. Zudem wird Bildungschancengleichheit im Kontext von Armutsbetroffenheit und sozialem Aufstieg auch stark eigeninitiiert von Medien wie dem Standard oder Kurier aufgegriffen. Die Politik hält sich bei diesem Thema weitestgehend bedeckt und greift das Thema nur punktuell auf.

### Verteilungsgerechtigkeit als strukturelles Thema

Diskussionen über Verteilungsgerechtigkeit und soziale Ungleichheit sind ein Dauerbrenner in der öffentlichen Debatte und erleben traditionell insbesondere zu Wahlkampfzeiten ein Hoch. Zudem rücken die multiplen Krisen der letzten Jahre Themen wie faire Lastenverteilung und sozialen Ausgleich wieder verstärkt in den Fokus. Nicht zwangsweise gehen damit auch konkrete Ableitungen oder Debatten zur Armutsbekämpfung oder „einer Verteilung nach unten“ einher, die insbesondere sozioökonomisch benachteiligten Gruppen zugutekommen würden. Medien beschäftigen sich dabei mit Verteilungsgerechtigkeit nicht nur, um soziale Entwicklungen, gesellschaftliche Schief lagen und Veränderungen in der Vermögensverteilung zu dokumentieren. Ein starker Treiber für die hohe Sichtbarkeit des Themas in Medien ist zudem, dass die Debatte stark politisch aufgeladen ist und insbesondere im Vorfeld der Nationalratswahl 2024 sehr polarisierend vonstatten geht. Es zeigt sich ein Kampf um die Deutungshoheit rund um das Verständnis von sozialer Gerechtigkeit. Bei Themen wie Vermögenssteuern, Millionärs- oder Erbschaftssteuern konkurrieren völlig gegensätzliche Positionen miteinander. Während insbesondere sozialdemokratische Kräfte und Parteien links der Mitte auf die Notwendigkeit von Umverteilung, Vermögensbesteuerung und gezielten Entlastungen für untere Einkommensgruppen pochen, argumentierten bürgerliche und rechte Parteien stärker mit dem Leistungsprinzip und fordern mehr Eigenverantwortung.

Medial wird das Thema Verteilungsgerechtigkeit (für sich stehend) besonders stark von Expert:innen aus Forschung, Wissenschaft und Statistik besetzt und mit Zahlen untermauert. Neben der hohen Relevanz des Themas im parteipolitischen Kontext bringen etwa Arbeiterkammer oder Caritas das Thema konsequent in den Diskurs ein. Seitens der Politik wird das Thema Verteilungsgerechtigkeit sehr schnell mit anderen Themen in Verbindung gebracht – etwa im Kontext der polarisierenden Debatte um Mindestsicherung für Menschen mit Migrations- oder Fluchtgeschichte, aber beispielsweise auch rund die Einführung einer Kindergrundsicherung, wie sie von der SPÖ gefordert wird. Die Politik diskutiert außerdem eine Rückverteilung des letzten Drittels der kalten Progression zur Armutsbekämpfung (Anm.: welche 2025 von der neuen Regierung letztlich doch nicht umgesetzt wird), und es werden Steuerentlastungen insbesondere auch für kleine Gehälter als eine Maßnahme zur Armutsbekämpfung im Wahlkampf angekündigt.

### Kinderarmut & Kindergrundsicherung

Im medialen Diskurs findet sich die Kindergrundsicherung im Vergleich zu Themen wie Grundsicherung für Asylwerbende, Sozialhilfe/Mindestsicherung (auch hier primär die Diskussion im Kontext Zuwanderung und Ausländer:innen) oder leistbarem Wohnen erst relativ weit hinten. Dennoch ist die Kindergrundsicherung eine ganz konkrete Maßnahme, die vor allem an der strukturellen Benachteiligung und sozioökonomischen Ausgrenzung einer besonders großen und relevanten Zielgruppe ansetzt. Kinder zählen zu den größten armutsgefährdeten oder armutsbetroffenen Gruppen. Mehr als jedes fünfte Kind erlebt hierzulande Armut (vgl. Statistik Austria 2025, S. 37). Auch aus volkswirtschaftlicher Sicht machen Investitionen in gute Lebensbedingungen für Kinder und die Bekämpfung von Kinderarmut besonders viel Sinn, weil diese Investitionen einen nachhaltigen volkswirtschaftlichen Effekt haben. Eine Untersuchung aus Oberösterreich zeigt, dass jeder in frühkindliche Bildung investierte Euro 9-fach an die Gesellschaft zurückfließt (vgl. Dreer & Schneider 2012, S. 36).

Die Volkshilfe fordert bereits im Jahr 2018 eine Kindergrundsicherung (vgl. Volkshilfe 2018, S. 10). Im Jahr 2024 nimmt die SPÖ den Ball auf und macht die Kindergrundsicherung zu ihrem großen Thema in puncto Armutsbekämpfung. Letztlich wird eine Kindergrundsicherung auch im neuen Regierungsprogramm (2025) fixiert. Das hehre Ziel: Kinderarmut bis 2030 halbieren. Erreicht werden soll das durch die Stärkung der Familien und einer 2-Säulen-Kindergrundsicherung. Die erste Säule soll der Ausbau von Sachleistungen und der Infrastruktur für Kinder sein. Dazu zählt der Ausbau der Kinderbetreuung, kostenlose Mahlzeiten in Kindergärten oder Schulen, bessere Gesundheitsversorgung. Die zweite Säule konzentriert sich auf die finanzielle Unterstützung (vgl. Bundeskanzleramt 2025, S.114).

### Themen, die trotz Relevanz fehlen

Der Blick auf die mediale Debatte zeigt auch, dass viele armutsverstärkende Faktoren oder strukturelle Rahmen für Armutsbetroffenheit auf medialer oder politischer Ebene nach wie vor Randnotizen bleiben. Manchen Themen werden medial zwar aufgegriffen, aber wenig mit Armut in Verbindung gebracht, obwohl diese stark mit Armutsbetroffenheit oder -gefährdung korrelieren. Dazu gehören insbesondere Beiträge über Arbeitslosigkeit und Beschäftigungsentwicklung.

## Prekärer Arbeitsmarkt und schlechte Bezahlung – spielen im Armutsdiskurs kaum eine Rolle

Zahlen zur Entwicklung der Beschäftigung (etwa Erhebungen des AMS) finden medial regelmäßig ihren Niederschlag und werden traditionell breit diskutiert. Insbesondere dann, wenn wie zuletzt die Arbeitslosigkeit aufgrund der Rezession ansteigt. Trotz unmittelbarem Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Armutsbetroffenheit wird im Rahmen der Armutsberichterstattung bemerkenswert wenig über Arbeitsplatzverlust und prekäre Arbeitsverhältnisse im Kontext Armut berichtet. Dabei rutscht fast die Hälfte jener Personen, die mindestens ein Jahr aus dem Erwerbsarbeitsmarkt fallen (2024 waren das knapp 36.000 Personen in Österreich), in die Armut ab (vgl. AMS 2025, S. 5).

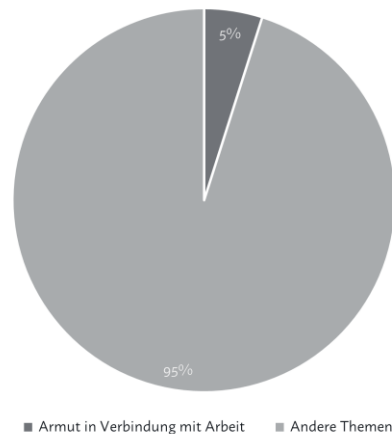


Abb.: Anteil Armut im Arbeitskontext

Auf politischer Seite ist es im Kontext Beschäftigung und Arbeitsmarkt vor allem die ÖVP, die medial in Erscheinung tritt. In ihrer Erzählung wird vor allem die Verbindung zwischen hoher Teilzeitarbeit und Armutsbetroffenheit hergestellt. Die ÖVP plädiert daher für mehr Vollzeitarbeit oder auch mehr Beschäftigung durch Erhöhung der Mobilität – insbesondere, um die Wirtschaft anzukurbeln. Strukturelle Rahmenbedingungen, die Vollzeitarbeit oder eine höhere Mobilität womöglich verhindern, werden in diesem Zusammenhang kaum erwähnt. Der zweite dominierende Erzählstrang: Menschen mit Fluchthintergrund sollen verstärkt Hilfstätigkeiten ausüben und sich insgesamt stärker mit Leistung einbringen.

Seitens SPÖ oder Arbeitnehmer:innenvertretung wird dagegen im Armutskontext eher die Gruppe der armutsbetroffenen Arbeitslosen aufgegriffen – beispielsweise indem auf Missstände in vielen systemrelevanten, schlecht bezahlten Branchen eingegangen wird oder auf Lohnungerechtigkeit, wo insbesondere Frauen als besonders gefährdete Gruppe in schlecht bezahlten Jobs erwähnt werden. Mit über 300.000 betroffenen Menschen in Österreich (vgl. Statistik Austria 2025, S. 23, 130, 181), die unter die Working Poor fallen, sind Frauen statistisch weitaus relevanter als manch andere Gruppe und im medialen Diskurs stark unterrepräsentiert.

## Unbezahlte Care-Arbeit und Gender Pay Gap im Kontext Armut

Im Rahmen der Debatten über unbezahlte Care-Arbeit oder den Gender Pay Gap, die medial durchaus als relevante Größe aufscheinen, wird kaum der Bezug zu Armutsbetroffenheit hergestellt. Beispielsweise bedeutet ein Gender Pay Gap ja nicht zwangsweise, dass Frauen, weil sie im Schnitt weniger verdienen, damit unmittelbar auch armutsgefährdet sind. Selten wird die (drohende) Armutsgefährdung (primär) für Frauen in Zusammenhang mit dem Einkommensgefälle oder der unbezahlten Care-Arbeit gebracht – wenn, dann meist punktuell im Rahmen des Weltfrauentages oder der Tage zum Gender Pay Gap oder Pension Gap. Außerdem werden die Themen fallweise im Hinblick auf drohende Altersarmut (Pensionen), im Kontext prekärer Beschäftigungen oder aufgrund unbezahlter Care-Arbeit aufgegriffen, die gerade Frauen in die Armut drängen können. Auf politischer Seite bleiben diese Themen im Jahr 2024 beziehungsweise auf Armut jedenfalls eine Randnotiz.

## Armut im Kontext Klimawandel

Menschen mit weniger finanziellen Mitteln sind den Klimaveränderungen mitunter stärker und schutzloser ausgeliefert als nicht armutsbetroffene Menschen. Eine Umfrage der Volkshilfe zu Klimakrise und deren Auswirkung auf armutsbetroffene Menschen zeigt, dass 80 Prozent der Befragten den Klimawandel stark oder sehr stark am eigenen Leben spüren. Einige der Befragten klagen über Kreislaufprobleme aufgrund von starker Hitze. Viele fühlen sich psychisch belastet durch die Klimakrise und empfinden ein „Gefühl der Ohnmacht“. Bei der Frage, von welchen Extremwetterern die Befragten am stärksten betroffen sind, geben die Armutsbetroffenen extreme Hitze knapp vor Kälte an. Bei der Wohnsituation werden Probleme wie fehlender Schatten oder unzureichende Isolierung genannt. Beinahe die Hälfte der Befragten gibt an, Schimmel in der eigenen Wohnung zu haben. Diejenigen, die aktuell keinen Schimmel in der Wohnung haben, geben an, früher Probleme damit gehabt zu haben (vgl. Volkshilfe 2024, S. 7, S. 11f). Armutsbetroffene Menschen sind also massiver mit den Auswirkungen konfrontiert, tragen auf der anderen Seite – insbesondere hinsichtlich Mobilitätsverhalten – aber weniger zum Klimawandel bei. So geben zwei Drittel der Befragten an, kein eigenes Auto zu besitzen. Sie nutzen überwiegend öffentliche Verkehrsangebote oder gehen zu Fuß. 87 Prozent der Befragten sind noch nie mit dem Flugzeug geflogen oder machen dies seltener als alle 5 Jahre (ebd. S. 14f). Bei Elektrogeräten entscheidet der Preis. Es wird nach der Frage entschieden: Ist die Reparatur, ein Neukauf oder ein gebrauchtes Gerät günstiger? Auch bei den Lebensmitteln wird primär auf den Preis geschaut. 95 Prozent geben an, dass der Preis der Grund für Kaufentscheidungen ist. Die Energierechnung konnten 70 Prozent der Befragten nicht bezahlen. (ebd.)

Im medialen Diskurs nimmt die Betroffenheit sozioökonomisch benachteiligter Menschen durch Klima- und Umweltauswirkungen eine marginale Größe ein.

## Armut im Kontext Gesundheit & Behinderung

Im medialen Diskurs rund um Armut und armutsbetroffene Menschen spielt das Thema Gesundheit eine stark untergeordnete Rolle.

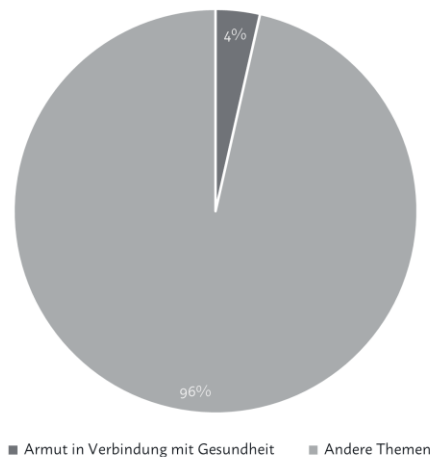


Abb.: Anteil Armut im Gesundheitskontext

Nur vier Prozent des medialen Armutsdiskurses befasst sich mit Gesundheitsthemen. Dabei gibt es einen signifikanten Zusammenhang zwischen Krankheit und Armutsbetroffenheit. Personen, die dauerhaft armutsgefährdet sind, weisen überdurchschnittlich häufig gesundheitliche Probleme auf. Ein Fünftel der dauerhaft armutsgefährdeten Menschen weist einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand auf. Zudem leben fast 40 Prozent der über längere Zeit armutsgefährdeten Personen mit chronischen Erkrankungen. Unter den dauerhaft armutsgefährdeten Personen sind 121.000 stark durch eine Behinderung beeinträchtigt (vgl. EU-SILC 24, Statistik Austria, S. 91). Auch chronische Erkrankungen oder eine Behinderung begünstigen Armut, auch weil eine Erwerbstätigkeit aufgrund körperlicher oder kognitiver Einschränkungen nicht oder nur eingeschränkt möglich ist. Laut Statistik Austria sind knapp ein Viertel der Menschen mit Behinderung armutsbetroffen, Menschen mit starken Einschränkungen sind sogar zu einem Drittel betroffen (vgl. Statistik Austria 2025, S. 50).

Bei Menschen mit Behinderung kommt dazu, dass diese besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen sind und insbesondere am ersten Arbeitsmarkt ausgesprochen schlechte Jobchancen haben. Im Frühjahr 2024 tritt der damalige Sozialminister Rauch mit dem Vorhaben an die Öffentlichkeit, dass auch für Menschen mit Behinderung künftig „Lohn statt Taschengeld“ ausbezahlt werden soll<sup>3</sup> – eine aus Sicht der Behindertenrechtskonvention wichtige Forderung, die aber medial wenig aufschlägt.

<sup>3</sup> <https://www.kleinezeitung.at/politik/innenpolitik/18269431/lohn-statt-taschengeld-bund-gibt-36-millionen-euro-frei>

## Armutsbetroffene und vulnerable Gruppen im medialen Diskurs – Sichtbarkeit und Unsichtbarkeit

### Armut generell und im Kontext einzelner vulnerabler Gruppen oft unsichtbar

Obwohl Österreich zu den wohlhabendsten Ländern der Welt gehört, ist Armut stark verbreitet. Wie eingangs erwähnt, sind etwa 17 Prozent der Bevölkerung armutsbetroffen oder armutsgefährdet. Gemessen an der hohen Verbreitung von Armutsbetroffenheit oder -gefährdung bleibt das Thema medial grundsätzlich recht wenig und nur punktuell rezipiert. Insbesondere die Tatsache, dass Armut in einzelnen vulnerablen Gruppen überproportional stark verbreitet ist, spiegelt sich in der medialen Berichterstattung so jedenfalls meist nicht wider. Die Armutskonferenz etwa weist darauf hin, dass besonders Kinder (21 Prozent), (Langzeit-)Arbeitslose (57 Prozent), Alleinerzieherinnen (43 Prozent) oder alleinstehende Frauen in der Pension (33 Prozent) armutsbetroffen oder armutsgefährdet sind. Auch Menschen mit chronischer Erkrankung und Behinderung sind überdurchschnittlich stark mit Armut konfrontiert (vgl. Armutskonferenz 2025 – Verteilungszahlen).

Vulnerable Gruppe	Anzahl der Betroffenen (Jahr)	Quelle
Chronisch kranke Menschen & Menschen mit Behinderung	~ 500.000	Statistik Austria und Sozialministerium (2025)
Working Poor	~ 304.000	Statistik Austria EU-SILC (2025)
Kinder (0-17 Jahre)	~ 275.000	Statistik Austria EU-SILC (2025)
Altersarmut	~ 210.000 (2018)	Richter 2018, S. 70
Asyl- und Schutzberechtigte in Mindestsicherung	~ 86.000	Asylkoordination Österreich (2024)
Obdachlose Menschen	~ 21.000	Registriert via Zentralem Melderegister, Statistik Austria (2024)
Langzeitarbeitslose	~ 18.000	AMS (2025)

Abb.: Armutsbetroffene/armutsgefährdete Personen in der Bevölkerung nach vulnerablen Gruppen

Die Ergebnisse der Medienanalyse zeigen, dass die Faktenlage über Armutsbetroffenheit in Anteilen der Bevölkerung also nicht zwangswise auch einen Richtwert für Umfang und Ausmaß der medialen Berichterstattung darstellt. Jene besonders von Armut betroffene Gruppen wie Menschen mit eingeschränkter Gesundheit (chronisch Kranke oder Menschen mit Behinderung), Working Poor, Kinder und Senior:innen finden gemessen am relativ hohen Anteil in der Bevölkerung vergleichsweise wenig Beachtung im öffentlichen Armutsdiskurs. Dafür sind andere vulnerable Gruppen – etwa obdachlose Menschen und asyl-/schutzberechtigte Menschen vergleichsweise überrepräsentiert. Die

Medienanalyse zeigt zudem, dass die höchste mediale Aufmerksamkeit jene Themen oder vulnerablen Gruppen erhalten, die sich für einen emotionalisierenden oder polarisierenden Diskurs eignen und/oder den Einzug in eine breite (oft ebenso emotional geführte) politische Debatte finden.

### Je emotionalisierender der Diskurs, umso stärker das Medienecho

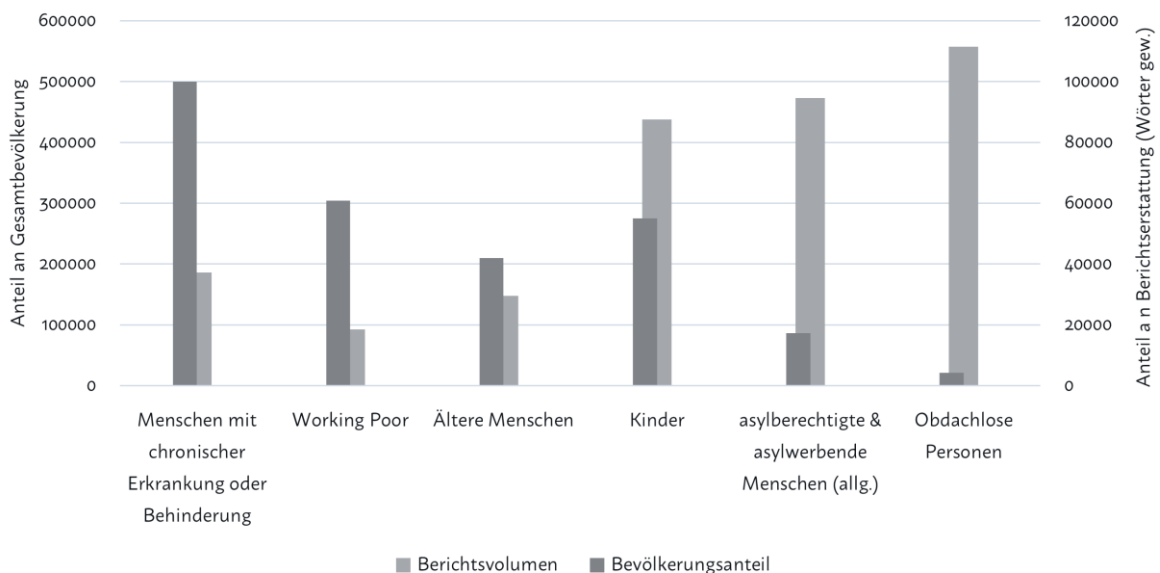


Abb.: Mediale Sichtbarkeit vulnerabler Gruppen vs. Anteil an Gesamtbevölkerung

### Obdachlose Menschen – Obdachlosigkeit als „gute Geschichte“ und „Sinnbild“ für Armut

Obdachlose Menschen stellen im Jahr 2024 jene vulnerable Gruppe dar, die im österreichischen Mediendiskurs über Armutsbetroffenheit und -gefährdung am stärksten präsent ist. Keine andere Gruppe erreicht so viel mediale Aufmerksamkeit. Diese bemerkenswert hohe Sichtbarkeit lässt sich durch mehrere Faktoren erklären, etwa durch die besonders sichtbare Form der Armut im öffentlichen Raum oder auch durch die symbolische und emotionale Aufladung von Wohnungslosigkeit als Ausdruck des Scheiterns sozialer Sicherungssysteme oder individueller Schicksale. Die Berichterstattung über obdachlose Menschen erfolgt dabei häufig in zwei gegensätzlichen Narrativen. Zum einen werden Hilfsaktionen in der kalten Jahreszeit oder Einzelschicksale porträtiert, die Mitleid erzeugen und auf Spendenbereitschaft abzielen.

Zum anderen finden sich immer wieder umfassende Sozialreportagen über Menschen, die wohnungslos sind oder generell in den Lebensalltag in der Obdachlosigkeit Einblick gewähren. Über keine andere vulnerable Gruppe werden so viele Geschichten und Einzelfallreportagen geschrieben. Auffällig ist in der medialen Berichterstattung dabei auch die überwiegend positive oder wohlwollende Darstellung von obdachlosen Menschen. Die hohe Affinität der Medien zum Thema Obdachlosigkeit ist zum Teil sicher in der guten Eignung für „Geschichten“ begründet (Obdachlosigkeit ist für viele Menschen eine völlig unbekannte Lebenswelt, das Thema ist stark emotionalisierend, hat eine enorme Symbolkraft). Im medialen Diskurs tragen insbesondere auch einzelne Hilfs- und Sozialorganisation stark zur Sichtbarkeit von Obdachlosigkeit und obdachlosen Menschen bei. Diese fungieren als

Sprachrohre für diese vulnerable Gruppe und setzen Themen wie Akuthilfe oder Präventionsstrategien immer wieder auf die Agenda. Eine hohe Öffentlichkeitswirkung über Medien erreicht auch soziales Engagement von Unternehmen im Rahmen der Obdachlosenhilfe, meist in der Winter- oder Vorweihnachtszeit. Auch die Politik positioniert sich primär im Winter – beispielsweise im Rahmen von kommunalen Kältehilfeprogrammen und Housing-first-Initiativen.

Gelegentlich erscheinen obdachlose Menschen auch in einem sicherheitspolitischen oder ordnungspolitischen Diskurs, beispielsweise im Zusammenhang mit Nutzung öffentlicher Plätze oder Konflikten um urbane Räume. Im Jahr 2024 haben einige brutale Anschläge auf wohnungslose Menschen zudem Debatten um sichere Räume für diese Gruppe angeregt. Die starke Präsenz von Obdachlosigkeit in den Medien steht dabei definitiv in einem Kontrast zur zahlenmäßigen Größe der Gruppe, die im Vergleich zu vielen anderen vulnerablen Gruppen definitiv eine statistische Randgruppe darstellen. Dies führt dazu, dass die mediale Repräsentation das Ausmaß der Armutproblematik im Verhältnis überzeichnet, während über andere Gruppen – etwa Langzeitarbeitslose oder chronisch kranke Menschen – weniger ausführlich berichtet wird.

### Menschen mit unsicherem Aufenthalt & Migrationsgeschichte

Sowohl Menschen mit unsicherem Aufenthalt als auch Menschen mit Asylstatus und Menschen mit migrantischer Herkunft werden als Gruppe besonders stark im Kontext des Armutdiskurses gezeigt. Polarisierende Einzelfälle, aber auch generell eine aufgeheizte Stimmung in der Bevölkerung gegen „zu hohe“ Sozialleistungen für „nicht österreichische“ Personen und Menschengruppen befeuern die Debatte. So zeigt eine Umfrage des Österreichischen Integrationsfonds, dass fast 90 Prozent der österreichischen Bevölkerung ein strengeres Vorgehen und gegebenenfalls Kürzungen fordern (vgl. ÖIF 2025, S. 41).

Dabei befasst sich die mediale Debatte, wenn es um Menschen mit Flucht- oder Migrationsgeschichte geht, zu einem überwiegenden Anteil mit finanziellen Leistungen (Sozialhilfe, Grundsicherung, Sozialleistungen und Transferleistungen). Bei asylberechtigten, bzw. asylwerbenden Menschen sind es über 80 Prozent, die den „Kostenfaktor“ in den Fokus rücken. Bei Menschen mit Migrationsbiografie, die armutsbetroffen oder armutsgefährdet sind, sind es auch über 70 Prozent.

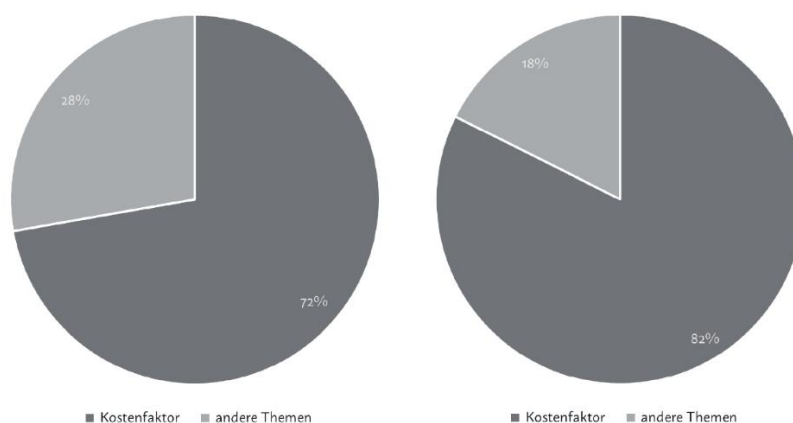


Abb.: Anteil „Kosten“ und finanzielle Leistungen bei Menschen mit Migrations- (links) oder Asylbiografie (rechts)

Themen wie Bildungschancen, Arbeitsmarkt oder soziale Teilhabe bleiben bei diesen beiden Gruppen absolute Randnotizen, was insbesondere auch bei den armutsbetroffenen Menschen mit Migrationsgeschichte bemerkenswert ist. Es ist ein sehr enger Fokus in der Debatte um Armutsbekämpfung in dieser Gruppe beobachtbar, der nachhaltige Integration und soziale, gesellschaftliche Teilhabe weitgehend ausklammert und primär die Gruppe als „Kostenfaktor“ abhandelt. Besonders stark wird dieser Spin in der Debatte von der Politik mitgegeben, die rechtliche Rahmen setzt.

### Frauen – zwischen Opferinszenierung und struktureller Benachteiligung

Frauen sind im Schnitt stärker armutsbetroffen als Männer. Die mediale Sichtbarkeit von Frauen als vulnerable Gruppe im Armutskontext erklärt sich primär durch eine besonders ausgeprägte Charity-Berichterstattung (beispielsweise Alleinerzieherinnen, Pensionistinnen, Mütter mit mehreren Kindern etc., die sich alltägliche Ausgaben für Wohnen oder Energie nicht leisten können und durch Spenden unterstützt werden). Dabei entspricht die Darstellung der betroffenen Frauen in diesem Kontext im Boulevard oft einer emotionalisierenden Opfer-Inszenierung.

Außerdem ist auch unter der Gruppe der armutsbetroffenen Frauen Obdachlosigkeit als Top-Thema an der Spitze mit dem höchsten Berichtsvolumen zu finden. Es finden sich sehr umfassende, zum Teil doppelseitige Beiträge über Obdachlosigkeit und Wohnungslosigkeit in den reichweitenstarken Medien. Deutlich öfter als bezugnehmend auf Männern wird bei Frauen in diesem Kontext die „versteckte“ Wohnungslosigkeit (Anm. Frauen, die keine eigene Wohnung haben, aber bei Familie oder Bekannten unterkommen) thematisiert.

Bemerkenswert ist, dass multiple strukturelle Benachteiligungen, denen viele Frauen ausgesetzt sind und die eine reale Gefahr für Armutsgefährdung darstellen, erst weiter hinten im Medienpräsenz-Ranking im Kontext Frauenarmut zu finden sind. Armutsbetroffenheit bei Frauen ist vielschichtig und zu einem großen Teil strukturell und geschlechtsspezifisch erklärbar. So zählt Österreich im Jahr 2024 immer noch zu den Ländern mit einer besonders hohen geschlechtsspezifischen Lohnlücke, was regelmäßig mediale Aufmerksamkeit erzeugt. Frauen sind zudem viel häufiger in Teilzeit beschäftigt, leisten einen überproportionalen Teil der unbezahlten Pflege- und Betreuungsarbeit und sind zudem oft in Branchen tätig, in denen niedrigere Löhne gezahlt werden (z. B. Pflege, Handel oder Reinigung). All diese Faktoren, aber auch stereotype Rollenerwartungen und Diskriminierung führen dazu, dass viele Frauen letztlich von Armut oder Altersarmut betroffen sind. Frauen werden in Medien auch wesentlich öfter als Männer mit Betonung auf das Geschlecht als strukturell benachteiligte Gruppe hervorgehoben. In Summe werden bei keiner anderen vulnerablen Gruppe so viele unterschiedliche Themen im Armutskontext aufgegriffen: Die Lebensbedingungen armutsbetroffener Frauen, unbezahlte Care-Arbeit oder prekäre Beschäftigung bei Frauen, die Leistbarkeit von Wohnen, aber auch Themen wie Überschuldung, Ernährungsarmut, etc. finden medialen Niederschlag.

Allerdings bleiben all diese genannten Themen (abseits von Charity und Obdachlosigkeit) im medialen Diskurs meist Randnotizen und punktuelle Beiträge. Zudem wird (etwa im Kontext Gender Pay Gap oder unbezahlter Care-Arbeit) der Konnex zur Armutsgefährdung kaum hergestellt. Strukturelle, geschlechterspezifische Benachteiligung von Frauen, die zu Armut führen kann, bleibt so ein Randthema, welches abseits des Weltfrauentages oder rund um den Equal Pay Day medial kaum

aufschlägt oder meist nicht konkret ausgesprochen wird. Es wird zwar über den Gender Pay Gap berichtet. Dass dieser ein wesentlicher Treiber ist für Frauenarmut, findet sich – wenn überhaupt – als Nebensatz.

Wenn Medien umfassender über Frauenarmut berichten, dann sind es meist redaktionell eigeninitiierte Beiträge oder Positionierungen von NGOs, Forschungseinrichtungen und Interessensvertretungen, die das Thema aufs Tapet bringen. Während Standard, Kurier oder Kleine Zeitung relativ umfassend eigeninitiiert über verschiedene Aspekte der Frauenarmut berichten, spielen strukturelle Dimensionen in den Boulevardmedien meist eine sehr untergeordnete Rolle.

In Summe erscheinen also relativ viele Beiträge über Aspekte, die Frauenarmut beeinflussen oder erklären, aber in der Regel sind es verhältnismäßig kleine Beiträge, die sich zudem tendenziell eher in den reichweitschwächeren Medien finden. Damit erreichen diese strukturellen Themen in Folge auch weniger öffentliche Sichtbarkeit als jene Themen, die auch vom reichweitenstarken Boulevard stark gepusht werden und meist Einzelschicksale zeigen.

### Kinder & Jugendliche

Das Erleben von Armut und das Leben mit Armut haben nachhaltige Folgen und Auswirkungen auf alle Lebensbereiche von Kindern und Jugendlichen. Die Volkshilfe zeigt in ihren Forschungen, dass Kinder nicht nur früh wissen, dass es in der eigenen Familie Geldprobleme und eine Armutsbetroffenheit gibt, sie solidarisieren sich zudem und übernehmen die Sorgen der Eltern. Das zeigt sich etwa, indem armutsbetroffene oder armutsgefährdete Kinder die Eltern in Schutz nehmen, sie keine Wünsche oder Interessen äußern oder keine Pläne für die Zukunft artikulieren wollen. Kinder merken, was alles nicht möglich ist, und haben ein Sensorium dafür, was in der Familie als Belastung empfunden wird. „Sie passen sich dem scheinbar (Un-)Möglichen an. Es kann vorkommen, dass ein Kind beispielsweise den Eltern oder/und den Mitarbeiter:innen einer elementaren Bildungseinrichtung kommuniziert, dass es etwa zum Theaterausflug nicht kommen möchte. Unsicherheit und Mangel sind nämlich stets präsent. Kinder erleben die Beschämung, die ihre Eltern als Armutsbetroffene in der Gesellschaft erleben, direkt mit. Deswegen versuchen viele armutsbetroffene Familien, ihre finanziellen Mängel zu verdecken“ (Volkshilfe 2022, S. 11).

Neben dem individuellen Schicksal, der Scham und den fehlenden Möglichkeiten wird auch die gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Dimension von Kinderarmut thematisiert. Die OECD beziffert die Folgekosten von Kinderarmut für Österreich mit jährlich 3,6 Prozent des BIP (derzeit etwa 18 Milliarden Euro). Dazu tragen etwa schlechtere Arbeitsmarktchancen und damit verbundene Einkommensverluste (im Jahr 2024 sind das 8 Mrd. Euro) zu Buche. Gesundheitliche Einschränkungen als Folge von Kinderarmut belaufen sich im Jahr 2024 auf etwa 10 Mrd. Euro. Kinderarmut ist komplex, und es gibt viele strukturelle Ursachen und Hebel, die in Bewegung gesetzt werden müssen. Die OECD pocht besonders auf das Fördern gleicher Bildungschancen, etwa durch frühkindliche Bildung, Ganztagesbetreuung, Sprachförderung oder gute Vorbereitung für den Schuleinstieg für alle Kinder. Die OECD empfiehlt zudem, Transferleistungen für Familien gerechter zu gestalten (vgl. a&wblog 2024 – Zusammenfassung der OECD-Studie).

Im medialen Diskurs erlangt Kinderarmut traditionell immer wieder im Kontext Charity eine Bühne. Spendenaktionen für armutsbetroffene Kinder sind (gerade in Krisenzeiten) ein Dauerbrenner und

haben insbesondere in der Vorweihnachtszeit Saison. Durch Wohltätigkeitsveranstaltungen und einschlägige Berichte werden strukturelle Themen von Kindern und Jugendlichen nur selten thematisiert, aber sie schaffen in Medien immer noch eine hohe Sichtbarkeit – auch deshalb, weil Einzelschicksale als berührende Geschichten, in der Regel mit Fotos, gerade im Boulevard gut „funktionieren“.

Im Jahr 2024 erreichen Initiativen gegen Kinderarmut primär durch die SPÖ Aufmerksamkeit und erfahren erstmals seit Langem eine verhältnismäßig große Bühne in der österreichischen Innenpolitik. Durch das Einbringen der Kindergrundsicherung als zentrale Forderung in den Nationalratswahlkampf wird breite, öffentliche Sichtbarkeit geschaffen. In der Folge finden sich Themen wie gleiche Bildungschancen oder bessere medizinische, psychologische Gesundheitsversorgung für Kinder verhältnismäßig weit vorne im medialen Diskurs. Insgesamt zeigt sich zudem im Kontext Kinderarmut eine Sensibilisierung rund um Alltagsherausforderungen armutsbetroffener Kinder, etwa Ernährungsarmut oder gute Wohnbedingungen für Kinder werden stärker aufgegriffen.

Anders als bei den anderen vulnerablen Gruppen wird bei Kindern stärker die soziale und gesellschaftliche Teilhabe als berichtenswerte Dimension von Medien aufgegriffen – etwa die Möglichkeiten zur Ausübung von Hobbies oder Sport, Freundschaften pflegen, Urlaube und anderen Freizeitaktivitäten, die für nicht-armutsbetroffene oder armutsgefährdete Kinder zur Normalität gehören. Die Debatte um die Kindergrundsicherung macht dabei viele Themen auf und bereitet auch abseits von finanziellen Aspekten und Geldtransferleistungen den Boden für eine breitere Debatte auf. Die breite Debatte trägt jedenfalls dazu bei, dass Kinder als vulnerable Gruppe eine Sichtbarkeit im öffentlichen Diskurs erreichen.

### Ältere Personen und Senior:innen – große Betroffenheit, schwache Lobby

Ältere Menschen sind überproportional von Armut betroffen – insbesondere alleinstehende Senior:innen, allen voran ältere Frauen. In der Armutsdebatte und Sozialberichten zeigt sich traditionell eine stärkere Fokussierung auf die Erwerbsphase. Angesichts der Tatsache, dass viele Menschen (im Jahr 2018 210.000 Personen) von Altersarmut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, findet sich Altersarmut bemerkenswert weit hinten in der öffentlichen Debatte. „Sie droht als Residualkategorie in die Nichtigkeit abzustürzen“. Richter sieht erst in der verstärkten Sichtbarmachung und Thematisierung von Altersarmut die Grundlage für die Anerkennung des Themas und der Problematik. „Ziel muss die Installation einer frequenten Berichterstattung sein, welche ältere Menschen und ihre Lebensbedingungen umfänglich in den Blick nimmt und im Zuge dessen das Thema Altersarmut immer und immer wieder auf die gesellschaftspolitische Agenda zurückbringt, um bemerkt und anerkannt zu werden!“ (Richter 2018, S. 70).

Richters Befund der „Nichtigkeit“ aus dem Jahr 2018 behält auch im Jahr 2024 seine Gültigkeit und wird in dieser Medienanalyse bestätigt. Zwar wird im Zuge des Wahlkampfs rund um die Debatte der Pensionsreform Altersarmut am Rande aufgegriffen, aber eben nur am Rande. Im Kontext der Diskussionen um Pensionserhöhungen und Pensionsantrittsalter spielt Altersarmut nur eine marginale Rolle. Am ehesten wird sie als strukturelles Problem vor dem Hintergrund der starken Teuerung bei Grundbedürfnissen wie Nahrung und Wohnen, die Haushalte von älteren Personen besonders treffen, aufgegriffen. Anders als Menschen im Erwerbsleben, die etwa durch Arbeiterkammer oder

Gewerkschaften starke Interessensvertretungen haben, die auch eine hohe mediale Sichtbarkeit erlangen, haben ältere Personen eine weniger starke Lobby im öffentlichen Diskurs (ausgenommen die Pensionistenvertreter:innen der Parteien).

Ähnlich wie bei der Kinderarmut finden sich auch bei den Senior:innen überdurchschnittlich häufig Beiträge über prekäre Lebensbedingungen, einen schwer zu stemmenden finanziellen Alltag, und Themen wie Wohnen, Energiearmut, aber auch Ernährungsarmut sind überproportional präsent. Altersarmut bei Frauen wird punktuell vor allem rund um den Equal Pay Day oder Equal Pension Day aufgegriffen – vor allem von NGOs, Interessensvertretungen und Forschungseinrichtungen. Einen sehr hohen Anteil in der Berichterstattung über armutsgefährdete und -betroffene alte Menschen macht auch hier die Charity-Berichterstattung aus (Top 2 hinter der Pensionsdebatte im Kontext Altersarmut) - auch hier primär im Boulevard und gemeinsam mit Sozialeinrichtungen und Sozial-NGOs.

### **Menschen mit Behinderung oder chronischer Erkrankung sind medial weitgehend unsichtbar**

Ein Viertel der österreichischen Bevölkerung zwischen 15 und 89 Jahren in privaten Haushalten fühlt sich bei Aktivitäten im Alltag gesundheitsbedingt eingeschränkt, weil sie mit einer Behinderung oder einer chronischen Erkrankung lebt. Das sind fast 2 Millionen Personen, darunter etwas mehr Frauen als Männer (vgl. Statistik Austria & Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz 2025, S. 37). Fast ein Viertel dieser Menschen (23 Prozent) sind armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Menschen mit starken Einschränkungen sind zu fast 33 Prozent gefährdet. Menschen mit weniger starken Einschränkungen sind zu fast 19 Prozent gefährdet (ebd. S. 50). Damit stellt diese Gruppe mit etwa 500.000 armuts- und ausgrenzungsbetroffenen Personen die statistisch größte Gruppe dar. (Anm.: Es gibt viele Menschen, die mehreren vulnerablen Gruppen gleichzeitig angehören – etwa alt und chronisch krank, oder migrantischer Hintergrund und chronisch krank).

Die große Vertretung dieser vulnerablen Gruppe der chronisch kranken oder behinderten Menschen in der österreichischen Bevölkerung führt nicht dazu, dass strukturelle Rahmenbedingungen oder Ursachen für Armutsbetroffenheit oder -gefährdung in dieser Gruppe medial rezipiert werden. Am ehesten findet dies im Rahmen der Mindestsicherungsdebatte und rund um finanzielle Transferleistungen statt, aber auch das nur am Rande. Ein Vorstoß des grünen Sozialministers für „Lohn statt Taschengeld“ bringt zudem die Situation für Menschen mit Behinderung am Arbeitsmarkt und prekäre Arbeitsverhältnisse in den politischen Diskurs ein.

Ansonsten sind es primär eigeninitiierte Beiträge von Medien und Initiativen von NGOs, die sich manchmal rund um den Armutskomplex zur Lebenssituation chronisch kranker und behinderter Menschen äußern. Die Themen reichen dabei von der finanziellen Absicherung – etwa in Form von Sozialhilfen und Pflegegeld-Ansprüchen – bis zur sozialen Teilhabe und Wohnbedingungen. Die Kombination von Krankheit/Behinderung und Obdachlosigkeit findet sich zudem auch überdurchschnittlich oft.

Insgesamt scheinen die Themen chronische Krankheit und Behinderung sehr stark tabuisiert. Die Gruppe der chronisch kranken Menschen ist eine, die medial, aber auch politisch weitgehend unsichtbar bleibt. Eine Ausnahme stellt auch hier das Thema Charity dar (Top-1-Thema in dieser Zielgruppe), wo Menschen mit Behinderung und chronischen Erkrankungen am ehesten als Spendenempfänger:innen medial in Erscheinung treten.

## Arbeitslose und Working Poor – große armutsbetroffene Gruppe, medial unsichtbar

Auch die Gruppe der langzeitarbeitslosen Menschen und Working Poor ist medial stark unterrepräsentiert im Armutskontext, obwohl diese Gruppe sehr stark von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen ist. Gerade prekäre Arbeit und die große Gruppe der Working Poor in Österreich (Anm.: 304.000 Betroffene) haben eine enorme gesellschaftspolitische Relevanz. Der Aspekt der Arbeit, von der man nicht leben kann, findet in der Berichterstattung aber fast keine Beachtung. Im Kontext armutsbetroffener, arbeitsloser Menschen wird zwar viel über Sozialleistungen berichtet, aber weder über die Tatsache, dass es viele Working Poor gibt, noch über die strukturellen Rahmenbedingungen und Dysfunktionen, die zu prekärer Arbeit führen. Armutsaktivistin Brodesser beschreibt die Lage so: „Ohne unsichere, unterbezahlte Jobs würde unsere Gesellschaft in der heutigen Form nicht funktionieren. (...) Die Gesellschaft baut also darauf, dass viele Menschen zu schlechten Bedingungen arbeiten. Der Glaube, dass jeder Job besser ist als keiner, trägt dazu bei, dass prekär bezahlte Jobs immer wieder nachbesetzt werden“ (Brodesser 2023, S. 21f).

Diese Untersuchung zeigt: Weder die gesellschaftspolitische Dimension noch die betroffene Gruppe der Working Poor bekommen im medialen und politischen Umfeld die notwendige Aufmerksamkeit. Fakt ist: Nur ein Prozent der Berichterstattung im Kontext Arbeitslosigkeit und Armut thematisiert Working Poor. Und die vulnerable Gruppe der Working Poor bleibt eine konsequent verschwiegene.

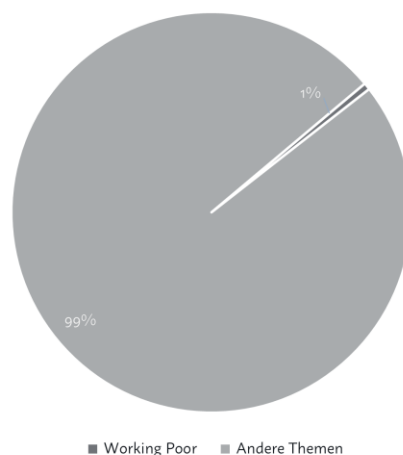


Abb.: Anteil der Working-Poor-Debatte im Kontext Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit Armutsbetroffener

Natürlich beschäftigt sich die Politik mit Arbeitsmarktpolitik. Sie stellt nur den Zusammenhang zwischen Arbeit und Armut kaum her. Im Kontext der Armutsberichterstattung nimmt sie nämlich fast ausschließlich auf arbeitslose Menschen mit Migrationshintergrund oder Fluchtgeschichte Bezug. Daneben sind es Anreize und Sanktionen für Menschen, die sinngemäß „nicht (genug) arbeiten wollen“, deren Arbeitsleistung aber für den Arbeitsmarkt und den Wirtschaftsstandort relevant wäre. Wenn also über arbeitslose Menschen im parteipolitischen Kontext gesprochen wird, dann primär darüber, wie über Sozialleistungen gesteuert werden kann (etwa durch Leistungskürzungen) und wie mehr Menschen in den Arbeitsmarkt gebracht werden können. Vor allem die ÖVP forciert die stärkere Teilhabe am Arbeitsmarkt, etwa durch die Forderung nach mehr Vollzeit statt Teilzeit, insbesondere aber auch die Knüpfung von Sozialleistungen an Erwerbstätigkeit bzw. Leistung.

Umstände wie Mobilität, Vereinbarkeit oder prekäre Arbeitsverhältnisse, die insbesondere für vulnerable, armutsbetroffene Gruppen ein Hindernis sein können, werden in der politischen Debatte weitgehend ausgeblendet und finden auch insgesamt kaum Niederschlag im medialen Diskurs.

## Die Rolle der Politik

Grundsätzlich wird die Armutsdebatte wesentlich von der politischen Ebene geprägt – insbesondere dann, wenn es einzelne Subthemen im Armutskontext in den Wahlkampf-Diskurs schaffen und damit viel Aufmerksamkeit generieren. Ein Fünftel der Gesamtdebatte über Armut ist von den politischen Parteien besetzt. Damit hat die Politik direkt, aber auch indirekt durch Diktion, Themensetzung oder Stimmungsmache einen enorm starken Hebel und Einfluss auf den öffentlichen Armutsdiskurs, auf gesetzte Maßnahmen und darauf, welche Menschenbilder im Zuge dessen gezeichnet werden.

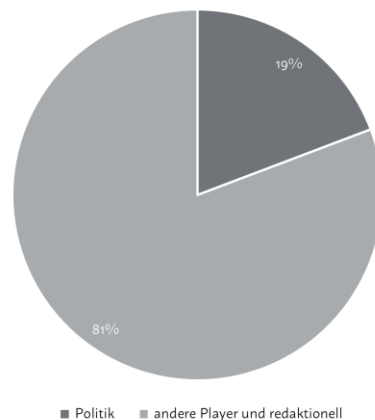


Abb.: Anteil der Politik an der Gesamtdebatte im medialen Diskurs

Wenn Armut seitens der Politik vorrangig mit individuellen Defiziten statt mit strukturellen Rahmenbedingungen und Ursachen (wie Niedriglöhnen, fehlenden Bildungschancen, Wohnraumsituation, Arbeitsmarkt etc.) in Verbindung gebracht wird, liegt der politische Fokus tendenziell eher auf Sanktionen statt auf Unterstützung oder Strukturreformen.

Die Analyse der Parteipräsenzen im Kontext Armut zeigt: Mit großem Abstand am stärksten prägt 2024 die Regierungspartei ÖVP die Debatte um vulnerable und sozioökonomisch ausgegrenzte Gruppen über Medien mit. Sie zeichnet im Jahr 2024 für das Innen- und Sicherheitsressort verantwortlich und positioniert sich vor allem in Kontext Asyl und Integration. Das für Armutsbekämpfung relevante Sozialressort liegt in der Zeit bei den Grünen, die an der medialen Armutsdebatte aber insgesamt nur zu 14 Prozent partizipieren können. Hinter der ÖVP folgt, gemessen an der Medienresonanz, die SPÖ. Sie erreicht knapp 30 Prozent an der parteipolitisch besetzten Armutsberichterstattung. Die FPÖ bekommt, obwohl sie vehement für die Kürzung von Sozialleistungen für Flüchtlinge eintritt, eine verhältnismäßig kleine mediale Bühne. Bei ähnlicher inhaltlicher Ausrichtung kann sich hier die ÖVP medial deutlich stärker als die FPÖ positionieren. Neos kommen auf vier Prozent, die KPÖ als

Kleinpartei, die nicht im Nationalrat vertreten ist, ist im Kontext Armut mit immerhin zwei Prozent auffällig sichtbar. Sie nutzt den Wahlkampf, um KPÖ-Kernthemen wie Vermögensverteilung, Verantwortung des Sozialstaats, aber auch Leistbares Wohnen zu platzieren.

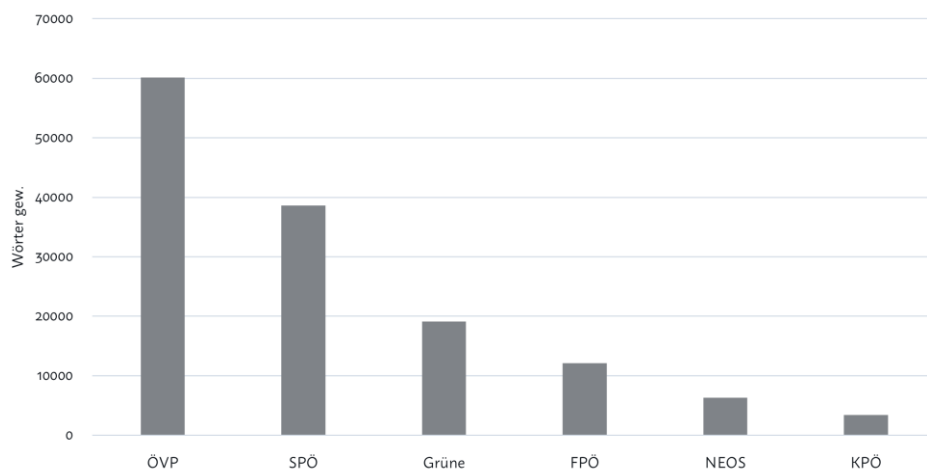


Abb.: Anteil der Parteien an der Armutsdebatte

Die Personengruppe, mit der sich die Politik im Armutskontext am stärksten auseinandersetzt, ist mit großem Abstand jene der Menschen mit Asyl-/Fluchthintergrund oder mit Migrationsbiografie. Menschen mit Asyl-/Fluchthintergrund sind im politischen Diskurs die mit Abstand am stärksten adressierte Gruppe im Kontext (finanzieller) Transferleistungen wie Sozialhilfe/Mindestsicherung oder Grundversorgung. Auch die relativ starke Thematisierung von Familien als vulnerable Gruppe ist zu einem guten Teil auf die Mindestsicherungsdebatte und umstrittene Sozialleistungen für Großfamilien mit Fluchthintergrund zurückzuführen.

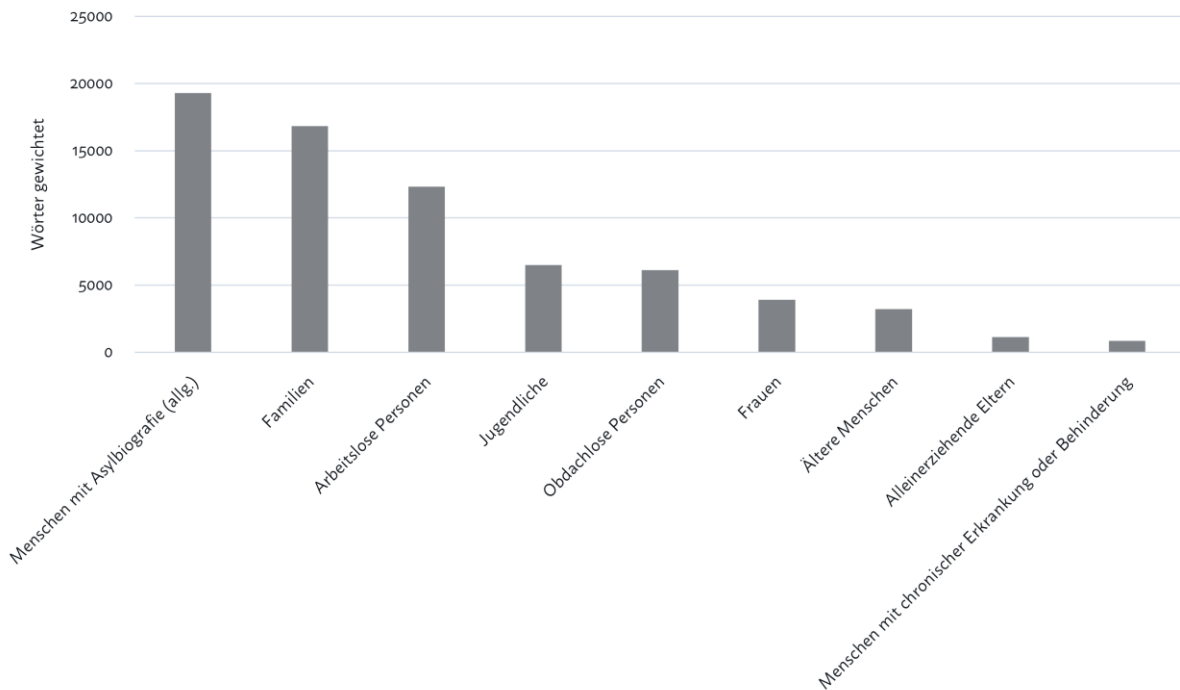


Abb.: Vulnerable Gruppen, mit denen sich die Politik beschäftigt

Abseits davon fällt als größere, konkret adressierte Gruppe (auch hier werden in der Debatte Kinder mit Flucht-/Migrationshintergrund selbstverständlich berücksichtigt) nur jene der armutsgefährdeten Kinder auf. Hier ist primär die SPÖ im Rahmen der Forderung nach einer Kindergrundsicherung aktiv.

Die Darstellung zeigt gleichzeitig, dass große Bevölkerungsgruppen, die einer Armutsgefährdung ausgesetzt sind, in der Politik (insbesondere auch im stark polarisierenden Wahlkampf) kaum mitberücksichtigt werden, wenn es um Armutsbekämpfung und Prävention geht. Die starke Medienpräsenz weniger Gruppen im politischen Kontext untermauert allerdings auch, dass die Medien bevorzugt hitzig geführten Debatten viel Raum geben. Der Blick auf den Fokus der Politik zeigt: Es gibt viele vulnerable Gruppen, die gemessen an Größe und Armutsgefährdung seitens der Politik teilweise grob vernachlässigt werden. Das sind allen voran armutsbetroffene Familien (abseits der ausschließlich auf syrische Großfamilien fixierten Debatte), Frauen, Menschen mit chronischen Erkrankungen und Behinderung, die große Gruppe der Working Poor und nicht zuletzt die alleinerziehenden Menschen in Österreich.

# Erzählungen & Narrative aus der Armutsforschung und im Armut-Mediendiskurs



## Erzählungen und Narrative über Armut – Erkenntnisse aus der Armutsforschung

Neben den medial aufgegriffenen Themen und den präsenten vulnerablen Gruppen wird in dieser Untersuchung dargestellt, welche Erzählungen und Narrative sich bezogen auf einzelne Gruppen, Themen und insgesamt im Kontext Armut zeigen. Sie geben Aufschluss über transportierte Stimmungen, Schlagseiten und so gezeichnete Menschenbilder. Die Art der Erzählung beeinflusst den Diskurs über Armut enorm.

In einem ersten Schritt werden einzelne Narrative im Armutskontext – abgeleitet aus der Armutsforschung – erklärt und beleuchtet. In einem zweiten Schritt wird untersucht, inwiefern diese Narrative über Armut im untersuchten medialen Diskurs zur Anwendung kommen.

### „Deserving“ oder „Undeserving Poor“? – Wer verdient Unterstützung – und wer nicht?

Als Unterscheidung im Umgang mit armutsbetroffenen Personen bzw. als Richtlinie in Armutspolitiken tauchen seit dem 19. Jahrhundert in der Forschung immer wieder die Begriffe der „deserving poor“ und der „undeserving poor“ auf. Dem zu Grunde liegt einfach gesprochen die Frage, wer unter den armutsbetroffenen Menschen Unterstützung, Mitleid oder Hilfen einer Gesellschaft verdient und wem diese eher nicht zugestanden werden und wer damit tendenziell als „undeserving poor“ gilt. In einer weit länger andauernden Auseinandersetzung der Menschheit mit der Frage, wie Gerechtigkeit in der Verteilung von und Zugang zu sozialen und ökonomischen Ressourcen aussehen kann, hat das bis heute in diesem Kontext zitierte English Poor Law von 1834 die Wahrnehmung von Armut – und folglich die Narrative rund um Armutdiskurse und Armutsbekämpfung – tief geprägt:

*„The 1834 English Poor Law distinguished between the ‘deserving’ and the ‘undeserving’ poor, the former being those who through no fault of their own— disability, age, sickness—could not provide for themselves, and the latter being the feckless and work-shy, a burden on their communities and undeserving of any but the harshest of treatment from hardworking people and the instruments of the state. The Poor Law was replaced by the modern welfare state, yet its legacy lives on—except that, of course, we have removed the outmoded notion that there are some in our society who will always need the support of others in favour of a rhetorical championing of ‘hardworking families’. “ (Golightley & Holloway 2016, nach Solas 2018, S. 62).*

Der Fortbestand dieser Unterscheidung hat nicht nur Tradition in der Politik o.ä., sondern ist zurückzuführen auf sozialpsychologische Faktoren wie etwa die Just-World-Fallacy (vgl. z.B. Smith 1985/2010, S. 17). Der Kerngedanke hier: „die Welt ist gerecht und jede/r bekommt, was er/sie verdient“. Demnach sind armutsbetroffene Menschen selbst schuld an der eigenen Misere, etwa weil sie zu faul sind oder sich zu wenig anstrengen. Dabei sind diese Zuschreibungen von Kategorien heute nicht mehr absolut, aber immer noch essenzieller Bestandteil politischer Aushandlungen, etwa in der Diskussion um Verknüpfen von Sozialleistungen an bestimmte Bedingungen und Voraussetzungen.

### Kultivierte Bilder & Erzählungen in einer Gesellschaft über Armut

Halman und van Oorschot (2000) verweisen auch auf Georg Simmels (1908, nach Halman/van Oorschot 2000, S. 2) Untersuchung nicht nur von Armut, sondern des Bildes von Armut und armutsbetroffenen Personen, das in einer Gesellschaft kultiviert wird. Sie bekräftigen damit Simmels Annahme, dass die Vorstellungen von Armut und die angenommenen Ursachen die Armutspolitik einer

Gesellschaft maßgeblich prägen (Halman/van Oorschot 2000, S. 2). „In other words, the economic, political, ideological, and class base of the welfare state has been studied quite extensively, but its cultural base has received only modest attention.“ (ebd.) Van Oorschot und Roosma (2017, nach Przybylska 2021, S. 128) haben diese multifaktorielle Beurteilung von Deservingness schließlich im CARIN-Modell ausformuliert. CARIN steht für folgende Faktoren, die bezogen auf Deservingness entscheidende Faktoren sind:

- „need“: Der Grad der Bedürftigkeit einer Person – „the greater the level of need, the more deserving“
- „control“: Der Grad der Kontrolle, des Einflusses und der (Eigen-)Verantwortung für die eigene Situation – „the less control, the more deserving“
- „identity“: Die Identität der armutsbetroffenen Menschen – „the closer to „us“, the more deserving
- „attitude“: Die Haltung, das Verhalten der Betroffenen, wenn sie Unterstützung erhalten, etwa wie dankbar sich diese zeigen – „the more compliant, the more deserving“
- „reciprocity“: Das Maß der Erwidmung, was geben Armutsbetroffene im Gegenzug zurück, wenn sie Unterstützung erhalten? – the more reciprocation, the more deserving (vgl. Jeene et al. 2013, S. 1104).

Auf diesem Modell basieren etwa auch empirische Erhebungen über die Gewichtung einzelner Kriterien in Abhängigkeit von der Identität der Beurteilenden (vgl. Jeene et al. 2013, S. 1103ff). „According to van Oorschot and Roosma (2017), the social legitimacy of differently targeted social benefit is shaped by three approaches – the institutional characteristics of social benefits, the public images of the target groups and the perception of their deservingness, where the latter seems to be the key factor.“ (Przybylska 2021, S. 128). Die als am gewichtigsten angenommenen Kriterien (van Oorschot 2000 nach Przybylska 2021, S. 130) innerhalb des CARIN-Frameworks (*control*, *attitude*, *reciprocity*, *identity* und *need*) finden sich als wesentliche Bestandteile medial wirksamer Narrative und Erzählungen über Armut und Armutsbetroffene im öffentlichen Diskurs. Narrative fußen meist nicht nur auf einem Kriterium, sie zeichnen sich insbesondere durch ihre Art der Argumentation aus. Dabei ist aber für manche mediale Narrative eine stärkere Betonung eines oder mehrerer Kriterien zu beobachten.

### Präsente Narrative aus der Armutsforschung

#### „Wer arm ist, ist selbst schuld“ (Selbstverschuldung)

Im Vordergrund der Betrachtung zur jeweiligen Einschätzung der Deservingness armutsbetroffener Personen steht hier das Kriterium „control“: Ist die Person aufgrund eigener Handlungen und Entscheidungen von Armut betroffen – aufgrund schlechter Finanzplanung, frivolem Konsumverhalten oder schlicht Faulheit (vgl. Pöschl 2016, S. 128, Przybylska 2021, S. 131)?

*„Mag die Leistungsgesellschaft ‚den Armen‘ schlechthin auch keinen Vorwurf machen, so verdächtigt sie doch den konkreten Sozialhilfeempfänger latent, ein solcher ‚Sozialschmarotzer‘ zu sein – denn wo Schulden sind, muss doch auch Schuld zu finden sein, und in der Tat: Wie die Armutsforschung zeigt, nehmen Menschen Sozialleistungen missbräuchlich in Anspruch. Das gilt für etwa 1 bis 3 % der Bezieher, für mehr jedoch nicht. [...] So beruht der Missbrauchsvorwurf auf einem klassischen Vorurteil, das wirkt: Eine beträchtliche Zahl armer Menschen verzichtet heute auf Sozialleistungen, um der Stigmatisierung als ‚Schmarotzer‘ zu entgehen.“ (Pöschl 2016, S. 128f)*

Pöschl weist hier auf den doppelten Schaden hin, den die Verbreitung dieses Narrativs bzw. dieser Unterstellung von Undeservingness anrichtet: Abseits der Stigmatisierung und damit einhergehenden sozialen Ausgrenzung hält die Furcht davor Personen davon ab, Leistungen, auf die sie Anspruch hätten, zu beantragen (vgl. Dimmel/Fuchs 2014, S. 411ff., nach Pöschl 2016, S. 129).

### „Die haben sicher etwas angestellt“ (Generalverdacht)

Steht als Argument für die zugeschriebene (Un-)Deservingness die Identität oder Gruppenzugehörigkeit betroffener Personen im Zentrum, entspricht dies dem Kriterium der „identity“ im CARIN-Framework.

Entsprechend vorhandenen und mitunter bereits kultivierten Vorurteilen und Stereotypisierungen, die auch abseits von Diskursen um Armut und Armutspolitik in einer Gesellschaft verbreitet sind, kommen hier allgemeine Ausgrenzungslinien zum Tragen (vgl. Pöschl 2016, S. 125f). Auch der Begriff des „Othering“ findet hier seine Bedeutung, wonach Gruppen oder Einzelpersonen als „anders“, nicht zugehörig und als außerhalb der gesellschaftlichen Normen gesehen werden. „Othering“ beflügelt soziale Ungleichheiten. Die Identität der betroffenen Minderheiten werden missverstanden, sofern die dominante Gruppe nicht in der Lage ist, die Identität der Minderheit aus deren eigener Perspektive zu verstehen oder der Minderheit eine Identität auferlegt (vgl. Moodod 2019, S. 78).

Innerhalb des Diskurses rund um Armutsbekämpfung weichen diese Gruppen womöglich ab von ihrer sonstigen Verbreitung oder nehmen andere Ausformungen an. Rassistische Ressentiments vermischen sich mit juristisch relevanten Kategorien und verleihen dem Diskurs eine vermeintliche Neutralität: Aus unerwünschten Ausländer:innen werden hier zu Unrecht Versorgte – „undeserving“ Asylwerbende oder Schutzberechtigte. Einerseits werden also bestimmte Menschengruppen, die auch abseits des Themas Armut Ausgrenzung erleben, weiter unter Generalverdacht gestellt.

Auf der anderen Seite zeigt sich in der bisherigen Berichterstattung, dass Menschen, die von Armut betroffen sind, oft auf ihre finanzielle Situation reduziert werden. Ihre Armut wird dabei zu einem festen Teil ihrer Identität gemacht. Das führt dazu, dass sie nicht nur als Einzelpersonen abgewertet werden, sondern auch wegen der sozialen Gruppe, zu der sie gezählt werden (vgl. Link & Phelan 2001, S. 366f).

### „Jede/r ist seines Glückes Schmied“ (Meritokratisches Denken)

Das meritokratisch geleitete Narrativ geht davon aus, dass Leistung vor Armut schützt – eine Vorstellung, die in westlichen Gesellschaften tief verankert ist und als moralisches Bewertungssystem fungiert. Wer erfolgreich ist, gilt als fleißig, wer arm ist, als faul oder selbstverschuldet ausgegrenzt.

Soziale Ungleichheit wird dadurch legitimiert (vgl. Sandel 2020, S. 742f). Arbeitsleistung ist hier wohl einer der am stärksten legitimierenden Faktoren in einer Unterscheidung zwischen „deserving poor“ und „undeserving poor“. Zentral sind in dem Fall die CARIN-Kriterien der *reciprocity*, aber auch der *control*, wobei davon ausgegangen wird, dass die Teilhabe am Lohnarbeitsmarkt der eigenen Kontrolle unterliegt. Stark normativ-moralisierender Charakter in diesem Narrativ: Unterschiede in der *Leistungsbereitschaft* rechtfertigen sozioökonomische Ungleichheiten. Die Beteiligung am Arbeitsmarkt ist innerhalb dieses Narrativs zentrales Ziel in sich selbst; Auswirkungen – und Faktoren – wie soziale Teilhabe oder Ausgrenzung, eine individuelle Verbesserung des Lebensstandards etc. sind dabei sekundär, wenn überhaupt. Leistungsbereitschaft und Leistungswille stehen daher im Zentrum dieses Narrativs. Die Thematisierung von *Leistungsfähigkeit* ist hier allerdings nicht einheitlich. Am Beispiel der (unbezahlten) Care-Arbeit (und damit verbunden ausgeprägter Teilzeit- statt Vollzeitarbeit) lassen sich im Wesentlichen zwei Stränge erkennen:

- Care-Arbeit wird als gesellschaftlich wertvolle Leistung gewürdigt. Sind Personen aufgrund mehrjähriger Abwesenheit vom Arbeitsmarkt in der Gegenwart oder im Alter von Armut betroffen, werden sie aufgrund dieser Leistung als „Deserving Poor“ verstanden. Es wird häufig betont: Diese Menschen leisten einen wichtigen Beitrag.
- Anderen Auffassungen nach wird (die geschlechtlich ungleich geleistete) unbezahlte Care-Arbeit nicht als Arbeitsleistung, die einer Erwerbsarbeit gleichzusetzen wäre, bewertet. Sie wird als Ausrede für Abwesenheit vom Arbeitsmarkt gesehen; es läge in der Eigenverantwortung, sich außerdem (mehr) um ein Erwerbseinkommen zu bemühen. Care-Arbeit wird hier nicht gewürdigt, sondern als Hindernis für Erwerbsarbeit betrachtet, und ist tunlichst auszulagern im Sinne einer optimalen Nutzung des Erwerbsarbeitspotenzials eines Haushalts.

Das Unvermögen, aufgrund diverser Einschränkungen einer Lohnarbeit (im Ausmaß einer Vollzeitstelle) nachzugehen, wird hier sehr unterschiedlich behandelt. Sofern dieser Aspekt überhaupt thematisiert wird, werden auch je nach gesellschaftspolitischer Haltung unterschiedliche Handlungsansätze vertreten: Während manche Akteur:innen sich einsetzen für eine Förderung und Befähigung von Menschengruppen (Menschen mit Behinderung, mit niedriger formaler Bildung oder mit geringen Sprachkenntnissen), sehen andere Gruppen das Individuum in der Verantwortung, durch Mobilisierung des Willens zur Leistung etwaige Einschränkungen zu überkommen.

Wenig sichtbar bleiben im öffentlichen Diskurs Personen, die etwa aufgrund einer chronischen Erkrankung oder Behinderung keiner Lohnarbeit nachgehen können (oder nicht in existenzsicherndem Ausmaß). Außer Acht gelassen werden auch politische und ökonomische Verhältnisse, die bedingen, dass auch unter Aufbietung beträchtlicher Arbeitskraft nicht für alle Menschen eine Existenz über der Armutsgrenze möglich ist – Stichwort Working Poor, „geschützte Werkstätten“ für Beschäftigte mit Behinderung, fehlende soziale Mobilität oder auch vererbte Bildung.

#### „Wie wenig ist noch genug?“ (Minimalversorgung, paternalistische Haltung)

Hier wird Armutsbekämpfung vor allem als Sicherung grundlegender Bedürfnisse verstanden und konzentriert sich primär auf die materiellen Dimensionen von Armut. Aspekte sozialer

Marginalisierung – etwa fehlende politische oder kulturelle Teilhabe sowie eingeschränkte soziale Mobilität – geraten dabei in den Hintergrund.

Der von diesem Narrativ geprägte Blick auf Maßnahmen der Armutsbekämpfung hat vor allem eine Frage im Blick: „Wo muss Grundlegendes geboten werden und wo kann gekürzt werden?“ Im Zentrum steht dabei nicht eine differenzierte Evaluation der Wirksamkeit oder Treffsicherheit bestehender Leistungen, sondern eine grundsätzliche Haltung: Es wird zu viel geleistet. Diese Sichtweise ist eng verknüpft mit der Verharmlosung oder Leugnung von Armut, insbesondere ihrer sozialen und strukturellen Dimensionen.

Die erhoffte Minimierung von Leistungen betrifft nicht nur den Umfang von Sozialleistungen, sondern auch die Gruppe der Anspruchsberechtigten: Wenn Leistungen nicht grundsätzlich reduziert werden können, dann sollen sie zumindest nur noch jenen gewährt werden, die sie „verdienen“ – wo erneut das Konzept der „deserving“ und „undeserving poor“, das soziale Sicherung an moralische und leistungsbezogene Kriterien knüpft, bemüht wird. Diese Unterscheidung manifestiert sich etwa in Auflagen wie gemeinnütziger Arbeit, aber auch in der Einschränkung der Verwendbarkeit staatlicher Leistungen auf das, was als notwendig definiert wird: Nahrung, ein Schlafplatz, Heizung. Genussmittel, Freizeitgestaltung oder kulturelle Teilhabe sind dabei (weitgehend) ausgeschlossen – wie etwa beim Modell der Bezahlkarte für Menschen in der Grundversorgung diskutiert. Einerseits wird das bestehende Angebot an kostenlosen Kultur- und Freizeitangeboten angeführt. Andererseits wird betroffenen Personen die Inanspruchnahme bestimmter Güter und Leistungen, die über ein festgesetztes Existenzminimum hinausgehen, schlicht versagt. Dies wiederum kann auch auf unterschiedlichen Haltungen basieren: Eine wohlwollend wie paternalistische Haltung geht davon aus, dass armutsbetroffene Menschen Anleitung – und damit verbunden auch Verbote – brauchen, um ihr Einkommen vernünftig einzusetzen (siehe zu paternalistischen Narrativen zu Sozialleistungen: Molander, Torsvik 2021, S. 191, und Pennerstorfer 2024, S. 198f).

Selbstbestimmung wird dabei nicht als Recht verstanden, sondern als Privileg – als Belohnung für jene, die es schaffen, nicht auf staatliche Unterstützung angewiesen zu sein. In dieser Logik wird Armut doppelt abgewertet: materiell durch die Reduktion auf ein Existenzminimum und symbolisch durch den Entzug von Autonomie. Besonders deutlich wird dies auch im Umgang mit Sachleistungen zur Armutsbekämpfung. Während es in bestimmten Kontexten durchaus differenzierte Überlegungen zur gezielten Anwendung von Sachleistungen gibt – etwa in spezialisierten Unterstützungsformen (vgl. Pennerstorfer 2024, S. 196ff) –, bleibt dies in dem hier beschriebenen Narrativ unberücksichtigt.

Zudem wohnt dem Versuch, Leistungen auf ein Minimum zu beschränken, ein struktureller Paternalismus inne – selbst dort, wo es um die Definition vermeintlich objektiver Mindeststandards geht. Denn auch diese Festlegungen sind keine neutralen, technokratischen Vorgänge, sondern politische Aushandlungen (vgl. Heitzmann, Badelt 2024, S. 141f). Und gerade diese politischen Prozesse sind häufig nicht frei von Ausschluss – insbesondere dann, wenn Menschen mit Armutserfahrung darin nicht eingebunden sind. Mindeststandards werden also meist *für*, nicht *mit* den Betroffenen definiert – und laufen Gefahr, das strukturelle Problem der fehlenden politischen Teilhabe armutsbetroffener Menschen zu reproduzieren. Heitzmann und Badelt (2024) betonen in diesem Zusammenhang auch das drohende Versäumnis, fälschlicherweise von einer Substituierbarkeit von auf

Grundbedürfnisse ausgelegten Leistungen auszugehen: Fünf Schlafsäcke ersetzen kein Abendessen; gratis Nachhilfe ersetzt kein warmes Bett.

In der Medienanalyse zeigt sich das Narrativ zur absoluten Minimalversorgung und Reduktion auf existenznotwendige Leistungen überwiegend im Rahmen der politisch diskutierten Maßnahmen zur Versorgung von Flüchtlingen und nicht-österreichischen Staatsbürger:innen.

#### „Wer arm ist, verdient Mitleid und Hilfe“ (Mitleids- und Schicksalsperspektive)

Sowohl die Mitleidsperspektive als auch die Schicksalsperspektive sind mediale Narrative, die Armut überwiegend entpolitisiert darstellen und sich damit von diskursiven Formen unterscheiden, in denen strukturelle Ursachen oder politische Verantwortlichkeiten im Vordergrund stehen. Die Mitleidsperspektive nutzt dabei gezielt sozialpsychologisch wirksame Kriterien von Deservingness, ohne notwendigerweise normativ zu argumentieren, dass Menschen mit größerer Not „mehr“ verdient hätten. Vielmehr dient der Verweis auf deren besondere Bedürftigkeit als Mobilisierungsinstrument für Armutsbekämpfung. In der medialen Aufbereitung wird dieser Effekt häufig durch die Inszenierung einer positiven „attitude“ verstärkt – beispielsweise indem Armutsbetroffene dankbar und demütig erscheinen, was die Zuschreibung von Hilfswürdigkeit begünstigt (vgl. Przybylska 2021 mit Verweis auf Cook 1979, S. 129).

Die Schicksalsperspektive knüpft teilweise an diese Mitleidslogik an, verschiebt den Fokus jedoch stärker auf den schicksalhaften Charakter der Armut. Sie stellt Einzelschicksale ins Zentrum, die durch Vererbung sozialer Benachteiligung oder durch unerwartete Schicksalsschläge – wie Arbeitsplatzverlust oder Krankheit – in Armut geraten sind. Dieses Framing entzieht sich weitgehend der Frage nach individueller, struktureller oder politischer Verantwortung (vgl. van Oorschoot/Halman 2000, S. 5) und blendet diskriminierende Strukturen oder Lücken im sozialen Netz oft aus. Wie die Mitleidsperspektive trägt auch die Schicksalsperspektive dazu bei, Armut primär als individuelles oder zufälliges Ereignis darzustellen. Kritische Stimmen, insbesondere aus intersektional-feministischen Kontexten, weisen darauf hin, dass solche Narrative die Aufmerksamkeit von systemischen Ursachen ablenken und stattdessen emotionale, individualisierte Deutungsrahmen bedienen (vgl. Bargetz/Günther 2022, S. 15f).

#### „Armut ist ungerecht und eine Menschenrechtsverletzung“ (Rechtsanspruch auf Schutz vor Armut)

Dieses Narrativ greift in der Argumentation der Notwendigkeit von Armutsbekämpfung zuvorderst auf die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte zurück und zieht aus dem unveräußerlichen Recht auf soziale Sicherheit und andere basale Rechte den Imperativ für soziale Leistungen, die ein Leben oberhalb der Armutsgrenze zu ermöglichen (siehe auch Art. 25 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, vgl. UNRIC 2024).

*„Jeder Mensch hat als Mitglied der Gesellschaft das Recht auf soziale Sicherheit; er hat Anspruch darauf, durch innerstaatliche Maßnahmen und internationale Zusammenarbeit unter Berücksichtigung der Organisation und der Hilfsmittel jedes Staates in den Genuss der für seine Würde und die freie Entwicklung seiner Persönlichkeit unentbehrlichen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte zu gelangen.“*

Artikel 22 der Allgemeinen Erklärung für Menschenrechte (AEMR)“ (nach Amnesty 2024)

*„Wenn Menschen in Armut leben, werden ihre Rechte verletzt. Denn armutsbetroffenen Menschen werden meist eine ganze Reihe ihrer Menschenrechte verwehrt, etwa ihr Recht auf Wohnen, auf Arbeit oder Nahrung. Wird ein Recht verletzt, führt das häufig zu weiteren Menschenrechtsverletzungen. Wenn zum Beispiel menschenwürdiger Wohnraum nicht gesichert ist, wirkt sich das in der Folge häufig negativ auf die Gesundheit, Bildung und gesellschaftliche Teilhabe von Menschen aus. Auch in Österreich sind 1.592.000 Menschen armutsgefährdet (Erhebung 2023). Für viele Menschen in Österreich funktioniert der Wohlfahrtsstaat gut, doch nicht für alle. Das führt dazu, dass Menschen zu Bittsteller\*innen gemacht werden, die eigentlich einen Anspruch auf ihre Rechte haben.“ (Amnesty International 2024)*

#### **„Der Staat sorgt für Arme“ (Verantwortung des Sozialstaats)**

Diesem Narrativ folgende Berichte und Äußerungen verweisen zentral auf Österreichs lange Geschichte als Sozialstaat. Der reine Verweis auf staatliche Leistungen als relevante Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und soziökonomischer Ausgrenzung ist noch nicht hinreichend für eine Zuordnung zu diesem Narrativ. Die Betonung liegt auf der Notwendigkeit der Schaffung und Aufrechterhaltung eines tragfähigen Sozialsystems als zentrale staatliche Aufgabe – nicht nur zur Bekämpfung von Armut, sondern auch als Abfederung von Risikofaktoren für Armut und Ausgrenzung zur Verminderung der Armutsgefährdung. Das sozialstaatliche Narrativ betont damit Armutspolitik eher als eine dieser Identität entspringenden Notwendigkeit und verweist dabei beispielsweise auf die ‚drei S‘ des Sozialstaats (z.B. Arbeiterkammer Wien 2021): Schutz in schwierigen Lebenslagen, also im Krankheitsfall, im Alter oder bei Arbeitslosigkeit; soziale Investitionen und Stabilisierung von Konjunktur und Einkommen.

#### **„Armut ist komplex, viele Faktoren müssen berücksichtigt werden“ (Intersektionale Perspektive)**

Die intersektionale Perspektive betont die enge Verwobenheit der unterschiedlichen Achsen der Ungleichheit. Sie veranschaulicht, dass sozioökonomische Ungleichheit nicht nur als isoliertes Problem zu betrachten ist, sondern gleichzeitig als ein Faktor, der andere Formen der Marginalisierung begünstigt und auch als Ergebnis struktureller Diskriminierung verstanden werden muss. In diesem Sinne wird eine intersektionale Perspektive nicht nur als theoretischer Rahmen, sondern als eine Aufforderung verstanden, asymmetrische gesellschaftliche Strukturen systemisch anzugehen, um eine wirklich nachhaltige Armutspolitik zu entwickeln (vgl. Bargetz & Günther, 2022, S. 13; Walgenbach, 2017, S. 55). Die einseitige Konzentration auf Armutsgrenzen und statistische Kategorien würde strukturelle Ursachen dieser sozialen Benachteiligung mitunter verschleiern. Eine intersektionale Sichtweise jedoch verweist darauf, dass die politischen und ökonomischen Machtkonstellationen als zentrale Ursachen sozialer Ausgrenzung zu begreifen sind und dass diese Machtstrukturen aktiv angegangen werden müssen, um Ungleichheiten nachhaltig zu verringern.

Aus dieser Perspektive geht Intersektionalität davon aus, dass soziale Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Ethnizität oder Behinderung nicht isoliert betrachtet werden können. Vielmehr ist es entscheidend, die Wechselwirkungen zwischen diesen Kategorien zu analysieren, um die komplexen Verhältnisse der Ungleichheit vollständig zu erfassen (vgl. Walgenbach 2017, S. 54; Crenshaw, 1989).

Armut wird in diesem Kontext als ein Ausdruck ineinandergreifender Machtverhältnisse betrachtet, die sich beispielsweise in Form von Rassismus, Klassismus und Sexismus manifestieren können. Diese Verhältnisse haben direkte und spürbare Auswirkungen auf den Zugang zu Bildung, Arbeit, Wohnen und Sozialleistungen. Das verstärkt Ungleichheiten und erschwert den sozialen Anschluss (vgl. Bargetz & Günther 2022, S. 13). In der liberalen Debatte über Armut wird diese häufig als eine unpersönliche Folge „anonymer Marktkräfte“ dargestellt. Jordan (1996) hingegen betont, dass Armut ein gesellschaftlich hergestellter Zustand ist, der aus kollektiven sozialen Prozessen und politischen Handlungen resultiert. Sie ist das Ergebnis von „collective action by groups pursuing their common interests“ (Jordan 1996, S. 222) und kann daher nicht als bloße Folge wirtschaftlicher Kräfte oder individueller Entscheidungen angesehen werden.

### „Arm sein hat auch seine positiven Seiten“ (Romantisierung und Verharmlosung von Armut)

In romantisierenden Erzählungen wird Armut häufig nicht als soziales oder strukturelles Problem thematisiert, sondern dient als stilistisches Mittel zur Konstruktion individueller Held:innengeschichten – etwa in Rückblenden, die einen späteren Aufstieg als umso bewundernswerter erscheinen lassen. Der armutsbedingte Mangel wird dabei nicht kritisch hinterfragt, sondern als Teil einer persönlichen Bewährungsprobe inszeniert. Armut erscheint so als vorübergehender, beinahe notwendiger Lebensabschnitt auf dem Weg zu persönlichem Erfolg. Diese Darstellung blendet strukturelle Ursachen gezielt aus und wirkt dadurch verharmlosend.

Verharmlosung zeigt sich auch dort, wo Armut entweder relativiert oder gänzlich geleugnet wird. Häufig wird Armut nur dann als „wirklich“ wahrgenommen, wenn sie in extremer Form auftritt – etwa im globalen Süden –, während relative Armut im globalen Norden, also ungleiche Teilhabe trotz grundlegendem materiellem Auskommen, diskursiv abgewertet wird (vgl. Butterwegge 2016, S. 20f). Der Begriff „relative Armut“ wird oft als Teil einer „Neiddebatte“ delegitimiert und dadurch politisch entkräftet. Diese Perspektive schützt bestehende Privilegien und dient dazu, Umverteilungsforderungen zu delegitimieren. Insbesondere ökonomisch privilegierte Akteur:innen nutzen die strategische Leugnung struktureller Armut, indem sie Armut zum individuellen Versagen umdeuten – was ihre politische Dimension weiter entwertet (ebd).

Gemeinsam ist beiden Narrativen – der Romantisierung wie der Leugnung – eine Entpolitisierung von Armut: Sie verschieben den Fokus weg von sozialen Ungleichheiten und strukturellen Missständen hin zu individuellen Geschichten oder moralischen Urteilen, wodurch politische Verantwortlichkeiten unsichtbar bleiben.

### „Die verdienen das nicht!“ (Neid)

Dieses Narrativ findet sich etwa in der Gegenüberstellung von Zielgruppen, die (vermeintlich) in ungleichem Ausmaß Förderungen und Hilfsangebote erhalten bzw. von der Sozialpolitik unterschiedlich berücksichtigt werden.

Eine Neiddebatte wird dabei mitunter nicht nur individualpsychologisch, sondern als bewusst politisch-rhetorisches Mittel zur Anfeuerung einer Debatte geschürt. Die Gegenüberstellung dieser Gruppen – zum Beispiel Asylsuchende vs. Staatsbürger:innen – soll aufzeigen, welche Gruppen das Sozialsystem

scheinbar missbrauchen. Dabei sollen Ressentiments gegenüber Transferleistungsempfänger:innen ausgelöst werden (vgl. Arndt & Thomsen, 2019).

Auch das Neid-Narrativ bedient sich folglich der Unterscheidung zwischen „undeserving“ und „deserving poor“. Die Debatte um die als „undeserving“ erachtete Gruppe wird politisch und medial stark emotionalisiert, was zu einer Delegitimierung der ihr zustehenden Sozialleistungen führt.

## Erzählungen & Narrative über Armut – Ergebnisse aus der Mediendiskursanalyse

### Präsente Narrative im Mediendiskurs

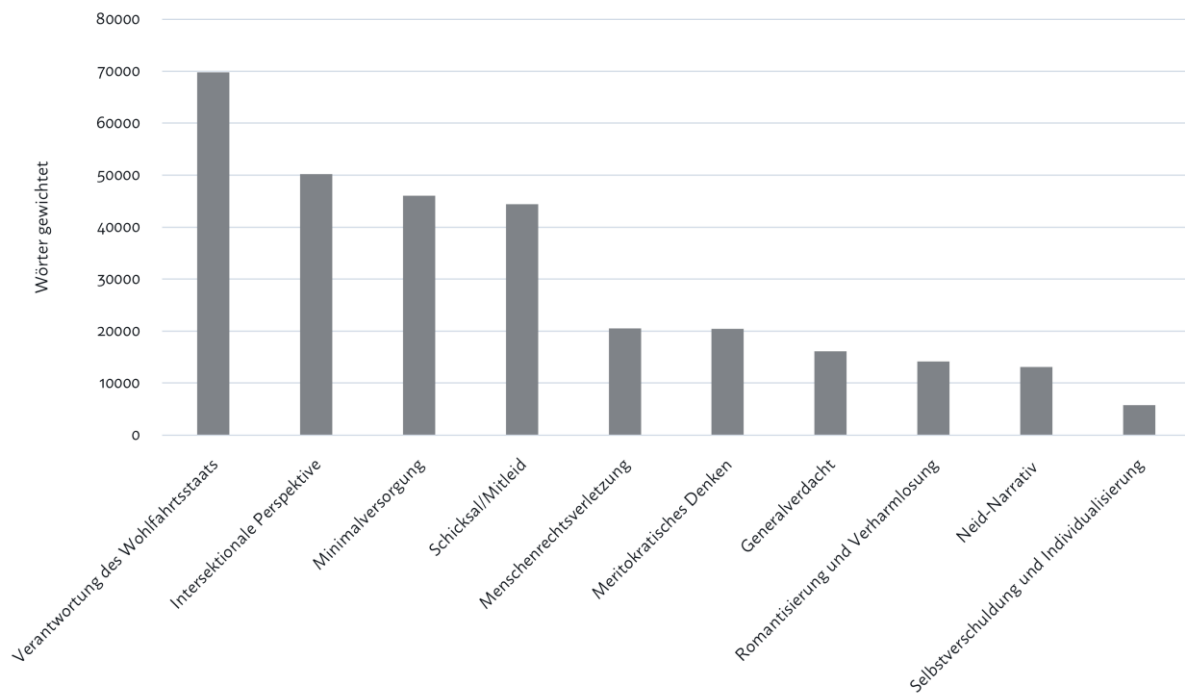


Abb.: Medial verwendete Narrative im Armutdiskurs

### Verantwortung des Wohlfahrtsstaats

Der Ruf nach der Verantwortung des Wohlfahrtsstaats wird primär dann laut, wenn die vulnerable Gruppe der Kinder betroffen ist. Die Debatte um die Kindergrundsicherung schlägt exakt in diese Kerbe und trägt im Untersuchungszeitraum dazu bei, dass diese Gruppe, aber auch die Erzählung von der Verantwortung des Sozialstaates eine so prägende Rolle im Mediendiskurs einnehmen.

Neben Kindern und Familien wird die Rolle des Staates in der Verantwortung und Versorgung von Menschen mit chronischen Erkrankungen, von schutzbedürftigen Menschen mit Asylbiografie, aber auch bei Frauen, arbeitslosen und alten Menschen gefordert, wenn diese von Armut betroffen sind.

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse:

- Rauch: Wenn Unternehmen oder Branchen in Probleme gerieten, würden selten Fehlverhalten, sondern meist strukturelle Ursachen als Grund dafür gelten, was dann auch nach Möglichkeit beseitigt werde. Bei Privatpersonen sei dies anders. (Der Standard, 07.05.2024)
- „Die Lehrerin rechnet vor: Will sie eine Unterrichtsstunde etwa zum Lesetraining nutzen, kann jedes der 25 Kinder im Schnitt zwei Minuten laut üben. Ein Defizit, das in anderen sozialen

Milieus zu Hause ausgeglichen werden könnte. An dieser Schule nicht.“ (Der Standard, 10.04.2024)

- Schroll: „Für die Sozialdemokratie steht jedenfalls fest, dass mit der Reform niemand zurückgelassen werden darf, niemand in einer finsternen oder nicht beheizten Wohnung übrigbleiben soll. Die Grundversorgung muss für alle leistbar und sicher sein.“ (Kurier, 20.03.2024)

### Intersektionale Perspektive

Stark mit dem Narrativ der staatlichen Verantwortung ist immer wieder auch die intersektionale Perspektive verknüpft. Denn hier werden systemische, gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge, die Armut begünstigen, berücksichtigt, die bei der reinen Individualzuschreibung von Armut und Armutsgründen in der Regel ausgeklammert werden.

Armut resultiert in dieser Erzählung aus diskriminierenden Strukturen und systemischem Versagen. Diese Erzählung kommt am stärksten zur Anwendung, wenn es um Frauenarmut geht. Hier spielen insbesondere ungleiche Einkommensverhältnisse, unbezahlte Care-Arbeit oder andere Formen der strukturellen Diskriminierung hinein. Auch Kinder und Jugendliche werden zu einem relativ großen Teil als Opfer von nicht-durchlässigen Systemen und diskriminierenden Strukturen identifiziert – etwa in der Debatte um Bildungschancen, aber auch bei Themen wie leistbarem Wohnen. Letzteres führt im Rahmen der breit geführten Wohn-Leistbarkeitsdebatte (Mietdeckel, Mietkostenzuschüsse etc.) auch dazu, dass die grundsätzliche Leistbarkeit von Wohnen als wesentliche strukturelle Komponente gesehen werden muss, wenn etwa Menschen von Obdachlosigkeit oder (verdeckter) Wohnungslosigkeit betroffen sind. Berichte über obdachlose Menschen etwa finden relativ oft in diesem Erzähl-Narrativ statt.

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse:

- Sarah Wiener: „Aber man kann ja nicht die soziale Frage mit der ökologischen aufwiegen und austauschen. Wir müssen Lösungen für beides finden. Wenn ein Teil der Gesellschaft es sich nicht leisten kann, gesund und nachhaltig zu essen, dann haben wir ein systemisches Problem, das wir nicht mit Symptombekämpfung lösen werden.“ (Der Standard, 04.02.2024)
- „Bereits in der Volksschule zeigt sich in Wien eine deutliche Segregation. Verpflichtende Plätze für Kinder aus sozioökonomisch benachteiligten Familien und gezielte Förderungen würden dagegen helfen.“ (Der Standard, 20.06.2024)
- „Kein freiheitlich remigrierter Afghane macht das Wohnen für eine junge österreichische Familie leistbarer.“ (Der Standard, 14.06.2024)
- Udo Jesionek: „Schauen Sie nur die jungen Leute an, die ins Land kommen, ohne Schulbildung, ohne lesen oder schreiben zu können. Sie haben keine Chance auf einen Job, keine Chance auf ein sicheres Leben. Die müssen frustriert sein, und irgendwann schlagen sie jemanden nieder. Ich verstehe nicht, warum man diese Leute nicht arbeiten lässt.“ (Der Standard, 13.04.2024)

## Menschenrechts-Perspektive

Ein Leben ohne Armut ist ein Menschenrecht. Im Fokus stehen hier beispielsweise die Debatten um Grundversorgung, Schutzbedürftigkeit aufgrund von Fluchtgründen und sehr existenzielle Bedürfnisse. Hier kommen vor allem Menschen mit Fluchthintergrund, aber auch obdachlose Menschen vor. Auch das Recht auf Chancengleichheit in der Bildung, auf soziale, kulturelle Teilhabe oder beispielsweise auch Gesundheitsversorgung finden Einzug in die mediale Berichterstattung. Dabei werden punktuell auch Kinder und obdachlose Menschen hervorgehoben.

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse:

- „Anstatt zu fragen, was das Mindeste ist, das Menschen für ein menschenwürdiges Leben brauchen, legt das Sozialhilfegesetz fest, wie viel Menschen maximal bekommen dürfen“. (Der Standard, 02.01.2024)
- Kay-Michael Dankl: „Ich kämpfe nicht gegen die Armen, sondern gegen die Armut. Es kann nicht sein, dass Notreisende bei Minusgraden auf der Straße schlafen. Es ist eine Frage der Menschlichkeit, dass es da Angebote gibt.“ (Die Presse, 10.02.2024)
- „Wohnen ist ein Grundrecht und sollte für alle leistbar bleiben.“ (Kurier, 06.04.2024)

## Minimalversorgung & Neid-Narrativ

Dem Grundgedanken der Minimalversorgung – armutsbetroffene Personen bekommen nur das absolut Lebensnotwendigste – ist in der Berichterstattung durchaus verbreitet (Top-3-Narrativ). Dabei ist diese Herangehensweise nicht grundsätzlich auf Armut und Armutsbetroffenheit zu übertragen – es gibt nur ganz wenige Menschengruppen, denen man nicht mehr als die Minimalversorgung zugesteht. Im Wesentlichen ist hier die Herkunft der Personen der springende Punkt, ob im (meist politischen) Diskurs über ein absolutes Minimum an Versorgung – oder auch Leistungen darüber hinaus – nachgedacht wird. Über 80 Prozent der Erzählungen über den Ansatz der Minimalversorgung als adäquate Maßnahme zur Armutsbekämpfung treffen Menschen mit Flucht- oder Migrationsbiografie. Mit deutlichem Abstand dahinter wird die Erzählung der „angedrohten Minimalversorgung“ auch als „Anreiz“ und Lenkungsmaßnahme rund um arbeitslose Menschen gebracht.

Das Minimalversorgungs-Narrativ korreliert stark mit dem Neid-Narrativ. Auch hier ist das oben zitierte CARIN-Modell hilfreich für die Einordnung: „the closer to ‚us‘, the more deserving“. Das Neid-Narrativ kommt überwiegend zum Einsatz, wenn über sozioökonomisch ausgegrenzte Gruppen mit Flucht- oder Migrationsbiografie berichtet wird.

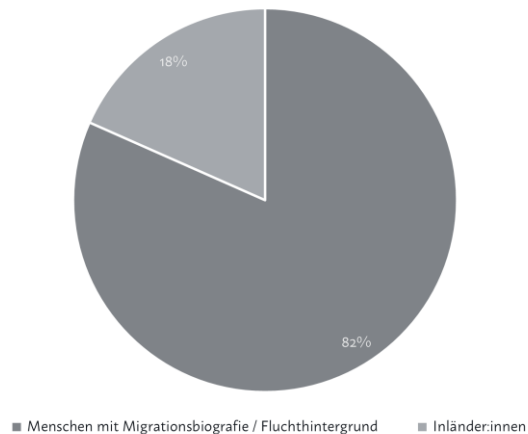


Abb.: Anteil Menschen mit Flucht-/Migrationshintergrund beim Minimalversorgungs-Narrativ

#### Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse – Minimalversorgung:

- Wer keinen rechtmäßigen Aufenthaltstitel hat, soll „ausschließlich existenznotwendige Sachleistungen“ erhalten. (Österreich, 27.01.2024)
- Bei negativ abgeschlossenen Asylverfahren soll kein Geld an die Betroffenen fließen, nur mehr Rückführungsunterstützung. (Heute, 02.02.2024)
- Flüchtlingen solle bei der Einreise das Bargeld abgenommen werden, damit diese selbst einen Beitrag zu den Kosten der Grundversorgung im Asylverfahren leisten. Die ÖVP will das Konzept laut ihrem „Österreichplan“ ausweiten: Künftig will man auch Wertsachen abnehmen. (Die Presse, 09.02.2024)

#### Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse – Neid-Narrativ:

- Udo Landbauer: „Der Sozialstaat muss unseren Landsleuten dienen, nämlich jenen, die ihn über Jahre aufgebaut haben und mit ihren Beiträgen finanzieren“ (Kronen Zeitung, 04.06.2024)
- Gerald Loacker: „Schlupfloch für die Zuwanderung in ein großzügiges Pensionssystem“. (Die Presse, 12.03.2024)
- „Work-Life-Balance mit 25-Stunden-Arbeitswochen heißt nicht nur Altersarmut, sondern ist ein Angriff auf unseren Sozialstaat, den wir für jene stärken müssen, die ihn wegen Krankheit, Armut oder Arbeitsunfähigkeit wirklich brauchen.“ (Kleine Zeitung, 06.01.2024)

#### Generalverdacht

In enger Verbindung mit dem Narrativ der Minimalversorgung und der neid-geführten Erzählung stehen insbesondere in der Debatte um Sozialleistungen (auch hier mit Fokus auf Menschen mit Fluchthistorie) auch Erzählungen, die armutsbetroffene Personen unter Generalverdacht stellen. Ähnlich wie beim Narrativ der Minimalversorgung sind es überwiegend Menschen mit „ausländischer“ Herkunft, die verdächtigt werden, das Sozialsystem auszunutzen und Regeln zu brechen.

Bei obdachlosen oder arbeitslosen Menschen kommt hinzu, dass hier unterstellt wird, dass sie „mehr könnten, wenn sie nur wollten“, oder Fahrlässigkeit als Grund für die eigene Lage unterstellt wird.

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse:

- „Karte statt Cash. Mit diesem Vorschlag will die ÖVP sicherstellen, dass die ‚Hilfe aus Grundversorgungsleistungen‘ nicht ins Herkunftsland fließt oder missbraucht wird.“ (Österreich, 06.02.2024)
- „Weil’s Missbrauch vereinfacht – künftig sollen, so der Regierungsplan, Asylwerber in Österreich Leistungen aus der Grundversorgung nicht mehr in Form von Bargeld ausbezahlt bekommen.“ (Heute, 02.04.2024)
- „Auf dem Reumannplatz stießen Kurden und Türken zusammen, auf dem Keplerplatz brodelt es zwischen Obdachlosen, Alkoholikern und Drogendealern aus Afghanistan und dem Maghreb, in den Parks haben angebliche Jugendbanden ihr Homeoffice aufgeschlagen und gehen dort illegalen Geschäften nach.“ (Der Standard, 1.7.2024)
- „Wien. Wegen der stärkeren Präsenz von Obdachlosen gibt es mehr Polizei, mehr Sozialarbeiter, mehr Quartiere und mehr Straßenreinigung. Ein Infostand präsentiert das Paket auch interessierten Anrainern und Passanten.“ (Die Presse, 5.7.2024)

### Schicksal-/Mitleidsperspektive

Emotionale Erzählungen über „die armen Armen“ kommen so gut wie ausschließlich bei Gruppen vor, die als „deserving poor“ gelten. Dazu zählen primär Frauen, chronisch kranke Menschen und Menschen mit Behinderung, aber auch arbeitslose Menschen. Dabei handelt es sich um Geschichten über Schicksalsschläge, die dazu führen, dass diese Gruppen (oft wider Erwarten und ohne eigenes Verschulden) in die Armut gerutscht sind. Die Erzählung kommt sehr häufig im Kontext von Charity-Berichterstattung vor, aber auch im Rahmen von Einzelfallporträts, wo ausgewählte Menschengruppen (alleinerziehende Frauen, Pensionist:innen) alltägliche Lebenskosten – vorwiegend aufgrund der Teuerung oder plötzlicher Schicksalsschläge – nicht mehr stemmen können. In Medienbeiträgen mit Schicksal-/Mitleidserzählungen über armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen finden sich selten Geschichten mit Menschen mit Flucht-/Migrationshintergrund. Grundvoraussetzung für den Einsatz der Mitleids-/Schicksalserzählung ist (nicht immer, aber meist) eine Personifizierung und eine Darstellung eines individuellen Schicksals. Das passiert bei Menschen mit Fluchtgeschichte selten. Sie werden oft nur als Personengruppe, „die Flüchtlinge, Asylwerber:innen“ zusammengefasst, und es wird dabei meist pauschalisierend über einzelne Themen berichtet.

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse:

- „Es geht über den Wiener Gürtel. Vorbei an grauen Häusern, an denen die endlose Verkehrslawine vorbeizieht. Es sind Gebiete mit traditionell hohem Migrantanteil, weil die Mieten in dieser unattraktiven Wohngegend niedrig sind.“ (Die Presse, 21.07.2024)

- „Nie hätten wir gedacht, unsere Schmutzwäsche einmal mit der Hand waschen zu müssen‘, beginnen Christian und Gerhard zu erzählen. Als wären die Monate zuvor nicht schon schwer genug gewesen.“ (Kronen Zeitung, 10.11.2024)
- „Finanziell war für eine Pensionistin aus Wien alles zu viel. Dank der Aktion ‚Ein Funken Wärme‘ gab es Hilfe. ‚Endlich habe ich wieder warmes Wasser und kann die Heizung aufdrehen. Auch die Kosten werden jetzt weniger durch die neuen Geräte‘, freut sich die Wienerin, die nun mit ein paar Sorgen weniger in die Zukunft blicken kann. ‚Ich würde gerne noch lange leben. Hier sitzen, aus dem Fenster ins Grüne schauen und den Vögeln zuhören. Das sind die kleinen Freuden im Leben, das mag ich besonders.““ (Kronen Zeitung, 17.11.2024)
- „Gleichzeitig gehen die Spenden ‚weiter zurück‘, was einerseits dazu führt, dass es nicht genügend Personal gibt, um den Ansturm an Hilfe suchenden Frauen zu bewältigen: Mittlerweile müssen diese bis zu sechs Wochen auf ein Erstgespräch warten. Darüber hinaus kann die St.-Elisabeth-Stiftung aufgrund des Spendenrückgangs immer weniger Babypakete für Frauen und Familien in Notsituationen verteilen, ebenso mussten Gutscheine etwa für Lebensmittel ‚drastisch‘ reduziert werden. Kurz: ‚Spenden werden dringender benötigt als je zuvor.“ (Die Presse, 28.09.2024)
- „Leider verlor sie ihren Job neuerlich. Knapp ist es daher immer noch. So knapp, dass Frau T. ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen konnte. Die Caritas konnte mit Mitteln aus der ‚Ein Funken Wärme‘-Aktion schließlich die Rechnung übernehmen und so auch die drohende Abschaltung des Stroms abwenden.“ (Kronen Zeitung, 01.12.2024)

#### Meritokratisches Denken & Selbstverschuldungs-Narrativ

Die Erzählung „Leistung schafft Wohlstand, faul sein macht arm“ kommt im medialen Diskurs immer wieder vor. Wenn sie zum Einsatz kommt, dann trifft sie aber grundsätzlich so gut wie alle Gruppen, die theoretisch als „Leistungsträger:in“ und als „leistungsfähig“ identifiziert werden können. Auch hier gibt es einen leichten Überhang bei Erzählungen in diesem Kontext bei Menschen mit Migrations- oder Fluchthintergrund, aber auch bei Familien und arbeitslosen Menschen. Menschen, die nicht am Erwerbsleben teilhaben können (alte oder kranke Personen und Kinder), kommen in dieser Erzählung so gut wie nicht vor.

Die Erzählung ist oft stark verbunden mit dem Selbstverschuldungs-Narrativ: „Wer arm ist, ist selbst schuld“. Dieses Narrativ kommt für sich allein sehr selten vor – am häufigsten aber bei der Gruppe der Frauen, die sinngemäß selbst schuld sind, wenn sie etwa nicht Vollzeit arbeiten wollen, nicht rechtzeitig vorsorgen oder einen zu großen Anteil der unbezahlten Arbeit leisten.

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse – meritokratisches Denken:

- „Unser Anspruch ist ein Sozialsystem für jene, die nicht können, und nicht für jene, die nicht wollen.“ Auf diese Formel bringt Nehammer seine Stoßrichtung.“ (Heute, 25.01.2024)
- „Österreichs Politiker, vielfach aus der ÖVP, streichen in ihren Wortspenden gern die ‚Fleißigen‘ heraus. Jene Menschen, die morgens aufstehen und zur Arbeit gehen““ (Der Standard, 04.05.2024)

- „Die arbeitenden Menschen sind die Leistungsträger, denen wir den Wohlstand verdanken, und für die muss sich Arbeit mehr lohnen als bisher: Von dieser Prämisse geht das Programm aus, das ÖVP-Chef Karl Nehammer am Freitag in Wels präsentierte.“ (Die Presse, 27.01.2024)
- Meinl-Reisinger: „Grundsätzlich sei das ‚System der Mindestsicherung und der Notstandshilfe kein System, das Leistungsanreize bietet.““ (Der Standard, 06.08.2024)

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse – Selbstverschuldungs-Narrativ:

- „‚Ein Deutschkurs ist keine Vollzeitbeschäftigung‘, sagt Raab zu den anwesenden Journalisten. ‚Ich habe kein Verständnis dafür, wenn über Jahre Sozialleistungen bezogen werden und nicht gearbeitet wird.‘ Die Teilnehmer ermutigt sie, die Chancen, die ihnen in Österreich geboten werden, auch zu nutzen und selbsterhaltungsfähig zu werden. ‚Es liegt an Ihnen‘, sagt sie.“ (Die Presse, 10.01.2024)
- Udo Kaubek: „Ich sehe hier einen Mangel in unserer politischen Kultur, dass sich niemand sagen traut: Meine Lieben, ihr seid prinzipiell für euch selbst verantwortlich. Wo bleiben die Appelle an die Eigenverantwortung des Menschen? Wir sind in einer völligen Vollpensionsmentalität angekommen. Und sobald ich kein Geld mehr habe, hebe ich die Hand. Wenn ich heute den Privatkonkurs innerhalb von drei Jahren abgewickelt habe, schwindet auch das Verantwortungsbewusstsein. Und am Ende des Tages zahlen das natürlich wir Steuerzahler.“ (Die Presse, 11.02.2024)
- „Soziale und staatliche Abstütungen für alles und jeden bremsen die persönliche und unternehmerische Initiative und machen den Menschen – aber auch die Unternehmen – faul und selbstgefällig.“ (Die Presse, 11.04.2024)

### Romantisierung von Armut/Leugnung/Verharmlosung

Die Romantisierung von Armut kommt im medialen Diskurs selten vor, aber wenn, dann überwiegend, wenn über obdachlose Menschen berichtet wird. Ganz nach dem Prinzip „die sind vogelfrei“, „haben keine Verpflichtungen“, „müssen nicht arbeiten“ etc. werden hier regelmäßig Bilder gezeichnet, die Armut romantisieren oder verharmlosen. Auch in Beiträgen über ehemals Armutsbetroffene schwingt manchmal das Narrativ in Botschaften wie „so schlimm war es gar nicht“ oder „es hat nichts nur schlechte Seiten“ mit.

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse – Romantisierung:

- „Es ist meine Geschichte, also stehe ich dazu und kann im besten Fall anderen Leuten Hoffnung geben und zeigen, dass nicht alles schlecht gewesen ist. Dass es um andere Sachen geht. Um Liebe, Geborgenheit, Zeit, und nicht um materielle Dinge, die in so einem Milieu halt nicht da sind.“ (Die Presse, 25.01.2024)
- „Ein etwa dreijähriges Mädchen schaut mich neugierig an, dann zieht ihre Mutter sie weiter. Ein älterer Mann scheint mich mit seinen Augen aufmuntern zu wollen. Und dann kommt eine Frau vorbei, vielleicht Anfang 30, im T-Shirt, ein freundliches Gesicht, blonde Haare. Sie sieht mich einen Moment lang so sanft an, dass mich ihr Blick, der nicht länger als eine Sekunde dauert, durch den ganzen restlichen Tag trägt. Keine Frage, keine Kritik, kein Zurechtweisen

liegt darin – nur Freundlichkeit. Sie schenkt mir ein Lächeln, das mehr wert ist als die Münzen im Becher. Viele sind es nicht: 40 Cent in einer halben Stunde. Damit geht sich kein großes Frühstück aus“ (Autor Michael Marchetti, der vier Tage auf der Straße lebt, um herauszufinden, wie obdachlose Menschen leben) (Der Standard, 21.12.2024).

Beispiel-Zitate aus der Medienanalyse – Leugnung/Verharmlosung:

- „Die Österreicher spüren die Teuerung genau. Dass sie auch mehr verdienen, vergessen sie. Die ‚gefühlte‘ Verarmung im Land hemmt den Aufschwung“. (Die Presse, 23.3.2024)
- „Schon damals drohten die Russen mit einem Atomschlag, es herrschte Kriegsangst – und niemand hätte es cool gefunden, KPÖ zu wählen. Die Boomer zitterten vor AHS-Aufnahmsprüfungen und vor autoritären Lehrherrn. Nicht jede schwierige Lebenslage wurde gleich zur Armutsgefährdung hochstilisiert. Studenten lebten oft in Substandardwohnungen und übernahmen Jobs, für die sich viele heute zu schade sind. Niemand betrachtete Abend- oder Wochenendarbeit als Gefährdung der Work-Life-Balance. Damals war noch nicht einmal der Begriff erfunden.“ (Kurier, 25.05.2024)
- „Stellen Sie sich vor: Sie mit Ihrer Frau oder Ihrem Mann und Ihren acht Kindern in einem Flüchtlingslager im Libanon. Ihre alte Heimat Syrien haben Sie schon vor langer Zeit wegen des Krieges verlassen. Dann hören Sie vom Paradies. Es liegt mitten in Europa: eine sichere und saubere Stadt. Dort bekommen Sie entweder Asyl oder Schutz. Viele Ihres Landes sind schon dort und glücklich. Aber jetzt kommt das Beste. Zum Leben erhalten Sie dort rund 5000 monatlich für Sie und Ihre Familie. Netto. Dazu kommt noch die Familienbeihilfe. Das ist kein Scherz, das ist Wien. Das Paradies hat einen Namen.“ (Kronen Zeitung, 3.8.2024)

## Armutsnarrative in Medien und der Politik

### Erzählungen in Medien

Die Art der Erzählungen über Armut variieren im Medienvergleich zum Teil enorm – je nach Blattlinie, Themensetting oder Fokus auf einzelne vulnerable Gruppen. Grundsätzlich kann festgestellt werden, dass der Boulevard stärker auf Emotionen und individuelle Schicksale setzt, wenn er Armut thematisiert. Die anderen Medien setzen stärker auf Sachlichkeit, Fakten, rechtliche Einordnung und eine Einbeziehung von Strukturen und Rahmenbedingungen zur Einordnung von Armut als Gesellschaftsphänomen.

Die markantesten Unterschiede bringt der Fokus auf Schicksals-/Mitleidserzählungen einerseits und auf intersektionale Diskriminierung und Strukturen andererseits zutage. Die Erzählungen und Inszenierungen in den Boulevardblättern Kronen Zeitung, Heute und Österreich bedienen im Armutskontext sehr stark die Mitleidsebene. Die Erzählung, „den armen Armen“ müsse geholfen werden“, findet meist in Form von Charity-Aktionen oder dem Zeigen von individualisierten Geschichten und Einzelschicksalen statt. Sie macht einen erheblichen Anteil der Gesamtberichterstattung im Armutskontext in diesen Medien aus. Strukturen und intersektionale Diskriminierung werden im Boulevard dafür selten erwähnt. Gegensätzlich dazu verhalten sich die anderen Medien. Wenn diese über Armut berichten, finden sich kaum schicksalhafte Erzählungen und das Mitleidsnarrativ kommt selten vor. Erzählungen berücksichtigen hier zuallererst stärker

gesellschaftliche Rahmenbedingungen, intersektionale Zusammenhänge und Strukturen in den Erzählungen über Armut und Armutsbetroffenheit mit. Zusätzlich wird in Standard, Presse und Kleine Zeitung auch stärker der rechtliche/menschenrechtliche Aspekt eingebracht.

Das Narrativ der Minimalversorgung (insbesondere im Kontext von Menschen mit Flucht-/ Migrationsgeschichte) findet sich besonders ausgeprägt in Kurier und Kleine Zeitung, auch das Narrativ der Selbstverschuldung wird hier im Schnitt stärker angewandt als in anderen Medien.

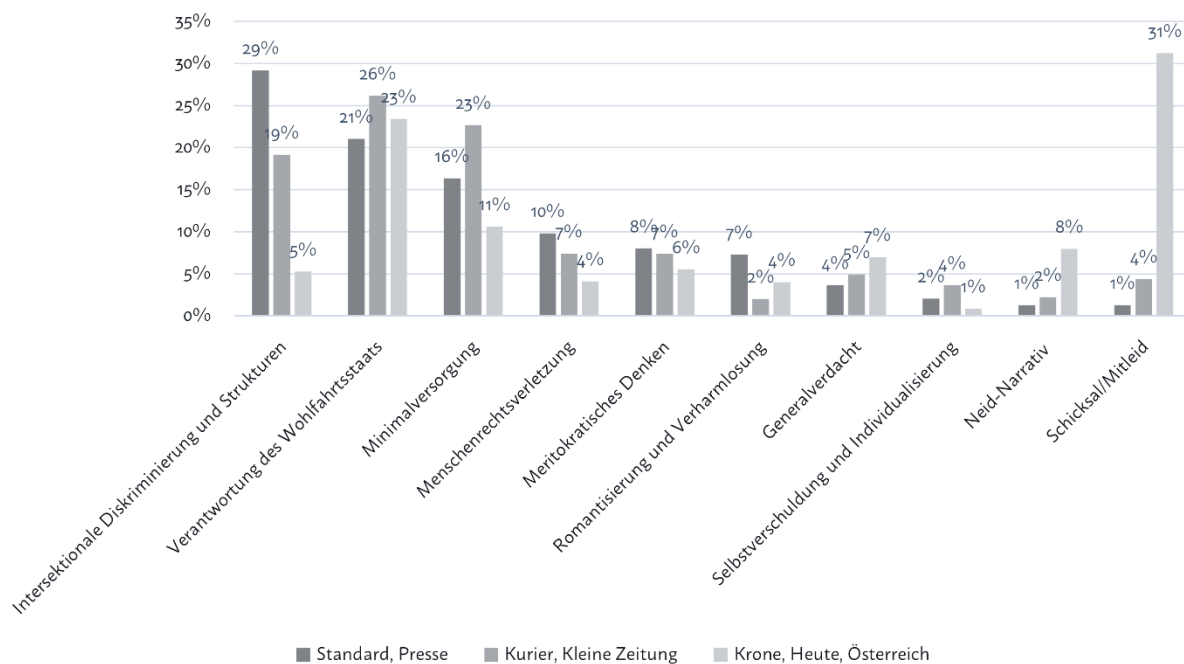


Abb.: Verwendete Narrative in Mediengattungen

Ausgeprägter als im Boulevard ist außerdem die meritokratische Erzählung „Leistung zählt – und wer leistet, wird nicht arm“ zu finden. Sowohl im Boulevard als auch in den anderen Medien gleichermaßen stark verwendet wird die Erzählung, um eine grundsätzliche Verantwortung des Sozialstaates. Dieses ist insbesondere, wenn es um Kinder (vor allem im Rahmen der Debatte um Kindergrundsicherung), Familien und ältere Personen geht, ein verbreitetes Narrativ.

Markante Unterschiede zeigen sich bei der Verwendung der Narrativaspekte „Generalverdacht“ und „Neid“. Beide kommen in der Berichterstattung im Boulevard deutlich ausgeprägter vor. Auch hier ist es nicht zwangsweise die Haltung der Medien/Redaktion, die daraus geschlossen werden kann. Oft ist es die Bühne, die Medien einzelnen Akteur:innen geben, um deren Botschaften und Erzählungen über einzelne vulnerable Gruppen zu kommunizieren.<sup>4</sup> Besonders relevant ist hierbei daher die Politik selbst und deren Erzählstränge, wenn es um Armut geht.

<sup>4</sup> Wobei auch die zur Verfügungstellung eines medialen Raumes eine Art der Positionierung darstellt.

## Erzählungen in der Politik

Die meistverwendeten Narrative im parteipolitischen Kontext zeigen recht klare Tendenzen, wie sich einzelne Parteien hinsichtlich Armut und Armutsbetroffener positionieren. Sowohl SPÖ als auch Grüne (in geringem Berichtsumfang auch die KPÖ) pochen sehr stark auf die Verantwortung des Sozialstaats und Solidarität in der Gesellschaft sowie auf die Einhaltung der Menschenrechte, wenn es um die Bekämpfung von Armut und die Hilfe für armutsbetroffene oder -gefährdete Personen geht. Das zeigt sich im aktuellen Untersuchungszeitraum primär in der breiten Debatte um eine Kindergrundsicherung, aber auch bei Positionierungen rund um Leistbares Wohnen oder geforderte Markteingriffe bei Energie oder Wohnkosten über Wohnkostendeckel, Mietpreisdeckel oder Energiezuschüsse. Gerade bei der polarisierenden Debatte um Sozialhilfe für Menschen mit Fluchthintergrund argumentiert die SPÖ primär mit der Verpflichtung zur Einhaltung der Menschenrechte.

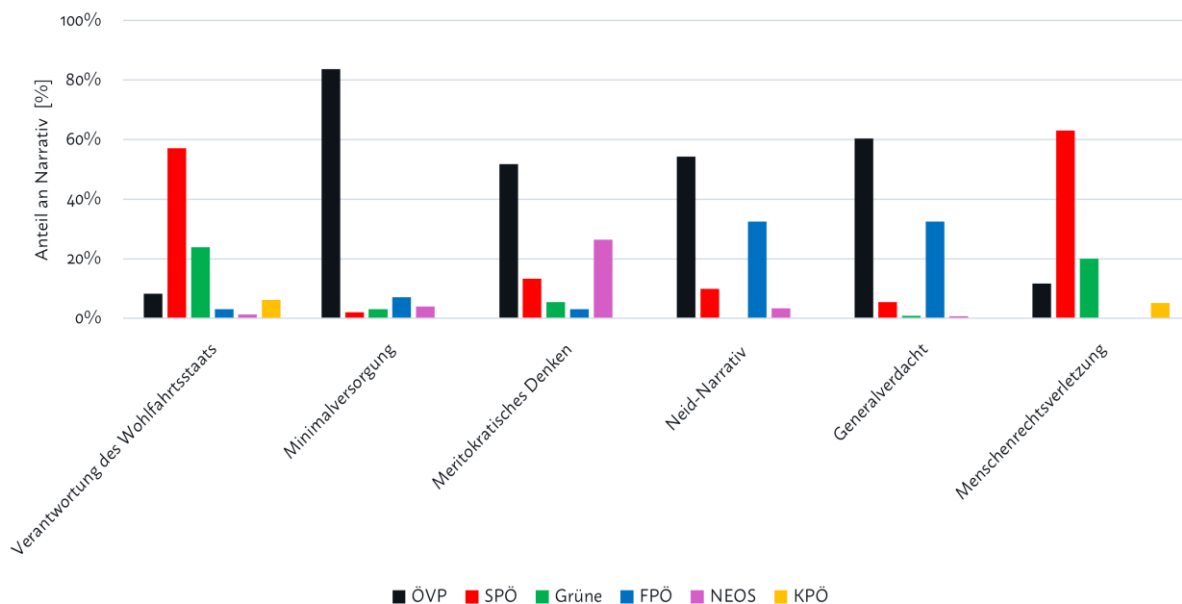


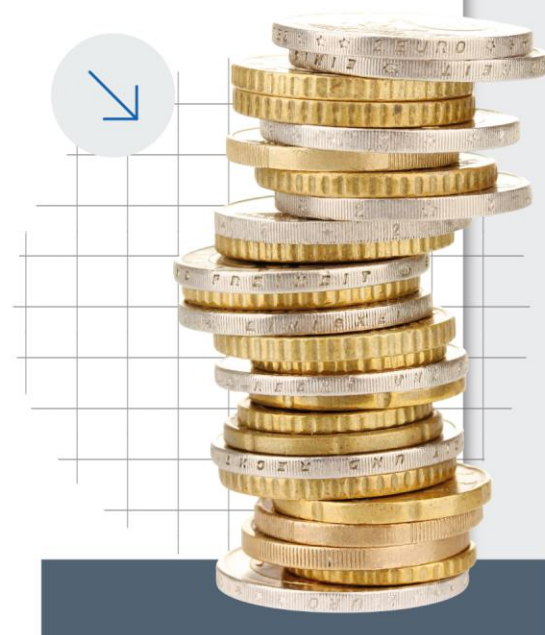
Abb.: Häufig verwendete Narrative im parteipolitischen Diskurs

Die ÖVP fokussiert im Wahlkampf besonders stark auf die Gruppe der Menschen mit Flucht-/ Migrationshintergrund und setzt dort (primär als Gegenpol zur Wiener SPÖ) auf eine Reduktion der Sozialleistungen auf ein absolutes Minimum, wenn nicht gleichzeitig Leistung in Form von Arbeit, ein Nachweis von Ausbildungsprogrammen, Spracherwerb etc. vorgewiesen werden kann. Während für die SPÖ die Kindergrundsicherungsdebatte das zentrale armutsbezogene Thema im Wahlkampf ist, setzt die ÖVP in der Positionierung vor allem auf die Gruppe der Ausländer:innen, bei denen Leistungen gekürzt und/oder verstärkt an Bedingungen geknüpft werden sollen. Den bereits öfter zitierten Fall der syrischen Familie, die hohe Summen an Sozialhilfe erhält, nimmt die ÖVP zum Anlass, um nachdrücklich jene Narrative in Umlauf zu bringen, die stark auf die Neiddebatte und den Generalverdacht abzielen. (Einwanderung in das Sozialsystem, Bezahlkarte soll verhindern, dass Geld

ins Ausland abfließt oder das System nicht mehr missbraucht wird, etc.). Dabei betont die ÖVP immer wieder das meritokratische Narrativ, welches durch Leistungsgedanken und den Leistungsanspruch definiert wird. Die ÖVP unterscheidet offensiv sehr stark zwischen „Leistungsträger:innen“ und „Leistungsempfänger:innen“ und bekräftigt immer wieder, dass Sozialleistungen in der Regel eine Gegenleistung gegenüberstehen muss. Die ÖVP argumentiert hier sehr stark mit dem Fairnessgedanken.

Inhaltlich überschneidet sich die ÖVP in diesem Kontext in der Position sehr stark mit der FPÖ, die sich auch im Armutskontext primär auf die Sozialhilfe für Menschen mit Fluchthintergrund fokussiert – allerdings mit deutlich weniger Medienniederschlag als die ÖVP. Die FPÖ fällt vorwiegend mit zwei Erzählsträngen auf: Dem Neid-Narrativ und dem Generalverdacht – beide primär an die Gruppe der Nicht-Österreicher:innen adressiert. Neos setzen überdurchschnittlich stark auf meritokratische Erzählungen, wo Leistung und Eigenverantwortung stärker eingefordert wird.

# Gezeichnete Menschenbilder über Armutsbetroffene und vulnerable Gruppen im medialen Diskurs & Fokus Medien



## Gezeichnete Menschenbilder im öffentlichen Diskurs

### Die „Guten“ oder die „Schlechten“?

Wenn über Armut berichtet wird, ist von zentraler Bedeutung, welches Menschenbild im öffentlichen Diskurs gezeichnet wird und welche Erzählungen über bestimmte, armutsbetroffene und sozioökonomisch ausgegrenzte Gruppen in Umlauf kommen. Das thematische Framing, die verwendeten Narrative und insgesamt die Diktion tragen gesamthaft dazu bei, ob bestimmte Menschengruppen tendenziell als „deserving“ oder „undeserving“ dargestellt werden.

Wie bereits in dieser Studie erwähnt, liefert das CARIN-Modell zentrale Faktoren, ob Deservingness („Würdigkeit“ im Sinne von Hilfe bei Armutsbetroffenheit) eher zugestanden wird oder nicht. Hier noch einmal in aller Kürze die wichtigsten Einflussfaktoren:

- „need“: „the greater the level of need, the more deserving“
- „control“: „the less control, the more deserving“
- „identity“: „the closer to ‚us‘, the more deserving
- „attitude“: „the more compliant, the more deserving“
- „reciprocity“: „the more reciprocation, the more deserving“ (Jeene et al. 2013, S. 1104).

In dieser Mediendiskursanalyse werden all diese Punkte mitberücksichtigt. Werden „need“, „control“, „identity“, „attitude“ und „reciprocity“ medial aufgegriffen, wirkt das – je nachdem, wie dabei die Schlagseite aussieht – auf die medial vermittelte Deservingness. Personen oder Personengruppen können von Medien, sehr oft aber auch von der Politik oder NGOs via mediale Positionierung, als grundsätzlich „unterstützenswert“ ins Bild gerückt werden und letztlich eine positive Tonalität in der Berichterstattung erfahren – oder nicht.

Eine mediale Inszenierung, die Deservingness fördert, passiert beispielsweise durch:

- aktive Unterstützung einer Gruppe (etwa eine NGO, die sich für obdachlose Menschen einsetzt, oder eine Partei, die für ein durchlässiges Bildungssystem eintritt),
- sympathische Darstellung (gewinnende Bilder, persönliche Porträts, positive Adjektive)
- Mitgefühl und Mitleid (Opfer-Inszenierung)
- gezeigte Dankbarkeit der Betroffenen, Engagement der Helfenden
- Aufrufe wie „hier muss geholfen werden“
- ein kritischer Blick auf System und Strukturen mit dem Fokus: „Da versagt das System!“ (Manche bekommen zu wenig.)

Damit wird von Medien, Politik, NGOs oder anderen Playern signalisiert: Diese Gruppe/dieser Mensch verdient Hilfe oder zumindest Mitleid. Hier ist ein Missstand, der so nicht sein dürfte.

Im Gegensatz dazu äußert sich eine mediale Inszenierung von Menschen oder Menschengruppen, die ein Bild von Un-Deservingness fördert, etwa durch:

- aktive Diffamierung von Menschen oder einer Gruppe über Medien oder Player, die sich diesbezüglich medial positionieren können
- unsympathische Darstellung (belastend, undankbar, unbekannt, faul etc.)
- Täter-Inszenierung (z.B.: kriminell, Selbstverschulden, Sozialbetrug)
- Darstellung als Belastung, Gefahr, Herausforderung für eine Gesellschaft
- „die anderen“ statt „wir“
- anekdotische Beweisführung: Einzelfälle als Beweis „so sind alle“
- ein kritischer Blick auf System und Strukturen mit dem Fokus: „Da versagt das System!“ (Manche bekommen zu viel!)

### Von „Opfern“ und „Tätern“ – über Deservingness im medialen Diskurs

Im medialen Diskurs gibt es sehr klar erkennbare und eindeutige Muster, wie einzelne vulnerable Gruppen hinsichtlich Deservingness dargestellt werden. Besonders viel Unterstützung und eine überproportional positive Berichterstonalität findet sich in der Berichterstattung über armutsbetroffene oder -gefährdete Kinder. Armutsbetroffene Kinder haben diese Armut in der Regel „geerbt“, sie kommen schuldlos in diese Lage und haben demzufolge schlechtere Startvoraussetzungen als Kinder, die nicht von Armut betroffen sind. Das macht Kinder jedenfalls zu einer vulnerablen Gruppe, die medial gestützt wird.

Insbesondere Kinder mit Behinderung oder chronischen Erkrankungen werden als besonders unterstützenswert dargestellt. Dabei muss berücksichtigt werden, dass diese Deservingness-Inszenierung nicht mit respektvoller Berichterstattung zu verwechseln ist. So können auch umstrittene, stereotype und starke Opfer-Inszenierungen dazu beitragen, dass Kinder mit Behinderung als besonders unterstützenswert gezeigt werden. Exemplarisch dafür: Die Berichterstattung über Kinder mit Behinderung kreist im öffentlichen Diskurs vor allem um Wohltätigkeit und Charity. Behinderte Kinder werden in dem Kontext besonders oft als hilflos, bemitleidenswert, arm und ausgeliefert dargestellt, was der UN-Behindertenrechtskonvention klar widerspricht. Strukturelle Benachteiligung von Kindern mit körperlicher oder kognitiver Einschränkung bleibt weitgehend unberührt. Dieser Umstand trifft auch auf die Darstellung von Kindern mit Behinderung im Armutskontext zu.

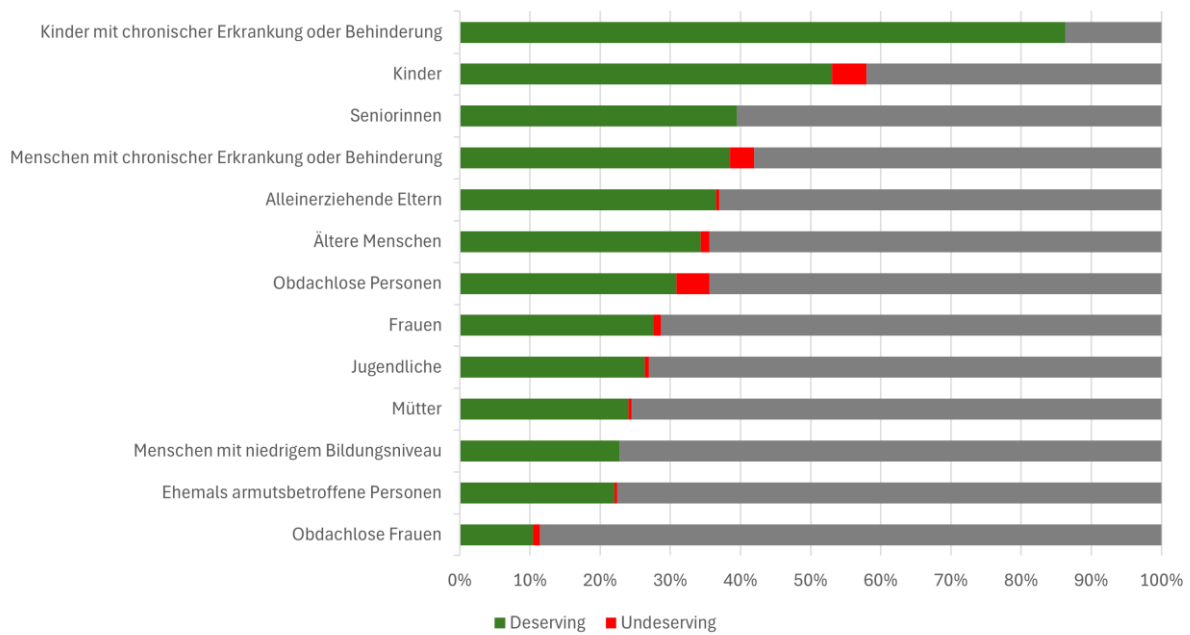


Abb.: Deserving Poor im medialen Diskurs – nach Personengruppen

In der Berichterstattung zeigt sich, dass besonders Menschen, die sich nicht ausreichend selbst versorgen können (z.B. Kinder oder mehrfach behinderte Menschen), sehr stark als „deserving poor“ gezeigt werden. Die fehlende Möglichkeit zur Selbsthilfe, ererbte Schicksalsschläge, die mangelnde Kontrolle über die eigene Situation und kein Selbstverschulden sind dabei wichtige Parameter, um als „deserving“, also „unterstützenswert“, zu gelten. Besonders ausgeprägt ist die medial kommunizierte Deservingness neben der Gruppe der Kinder zudem bei Senior:innen (insbesondere bei älteren Frauen), chronisch kranken Menschen, alleinerziehenden Eltern, obdachlosen Menschen, Jungen und bei Müttern.

Dabei hängt es stark von den Medien und der Blattlinie ab, wie über einzelne Gruppen berichtet wird. Der Boulevard setzt sehr stark auf Charity, mitleidsgetränkte Beiträge über Almosen und stereotype Opferinszenierungen, um diese Deservingness zu erzeugen. Gleichzeitig bietet der Boulevard eine sehr große Bühne für Sozial-NGOs und schafft somit eine große Sichtbarkeit für sozioökonomisch benachteiligte Gruppen in der Gesellschaft, die sonst oft keine Sichtbarkeit erreichen würden. Insbesondere die Kronen Zeitung berichtet ausführlich über die Gruppe der Armutsbetroffenen allgemein, über sozioökonomisch benachteiligte Kinder und obdachlose Menschen.

In den anderen Medien zeigt sich Deservingness kaum in Form von Charity-Beiträgen. Dafür wird sie ausführlicher durch Sozialreportagen, aber auch durch einen wesentlich stärkeren Fokus auf Intersektionalität, ein systemkritisches Hinterfragen und Einbeziehen von Strukturen und Rahmenbedingungen, die Armut für einzelne Gruppen begünstigen, betont.

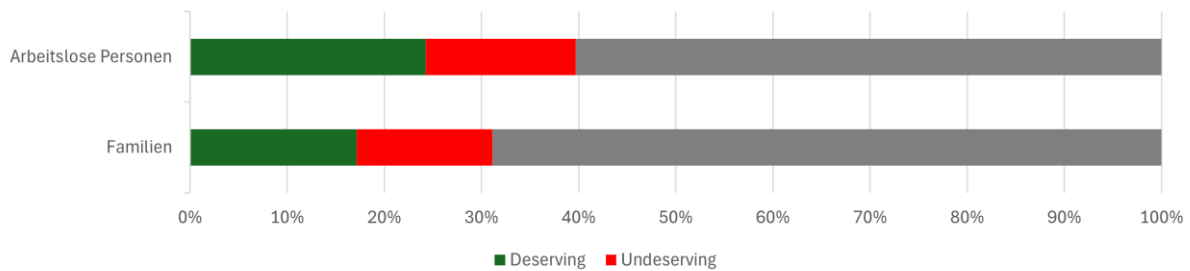


Abb.: Deserving Poor – Fokus arbeitslose Personen und Familien

Bei arbeitslosen Menschen und Familien zeigt sich auf den ersten Blick keine eindeutige Stimmungslage. Dort sind sowohl negative Inszenierungen mit Fokus auf Un-Deservingness als auch wohlwollende Darstellungen, die für Deservingness sprechen, in etwa gleichem Ausmaß zu finden.

Wird die Herkunft der Personengruppen allerdings berücksichtigt, zeigt sich plötzlich ein markanter Unterschied: Sozioökonomisch benachteiligte Familien inländischer Herkunft werden überwiegend als „unterstützungswürdig“ gezeigt. Sozioökonomisch benachteiligte Familien mit Flucht- oder Migrationsgeschichte dagegen werden wesentlich kritischer gezeigt.

Auch beim Thema Arbeitslosigkeit zeigt sich ein großer Gap. Arbeitslosigkeit wird auch „inländischen Arbeitslosen“ zum Teil negativ ausgelegt, etwa wo nicht gearbeitet wird, obwohl gearbeitet werden könnte. Aber bei Menschen mit Migrations- oder Asylbiografie wird Arbeitslosigkeit als viel größeres Vergehen behandelt, das durch besonders negative Inszenierung klar die Un-Deservingness betont.

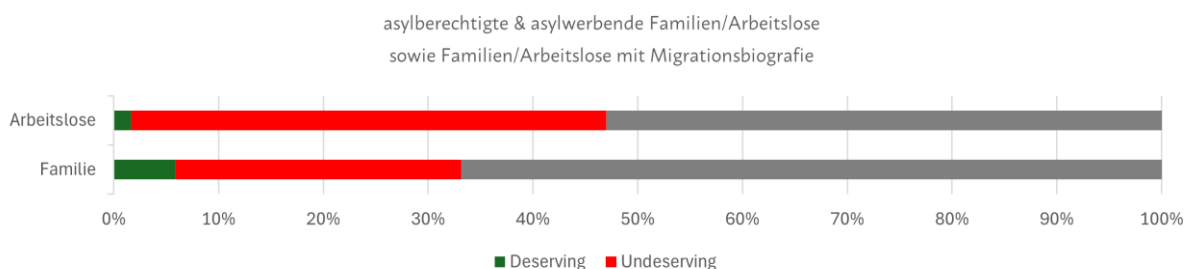
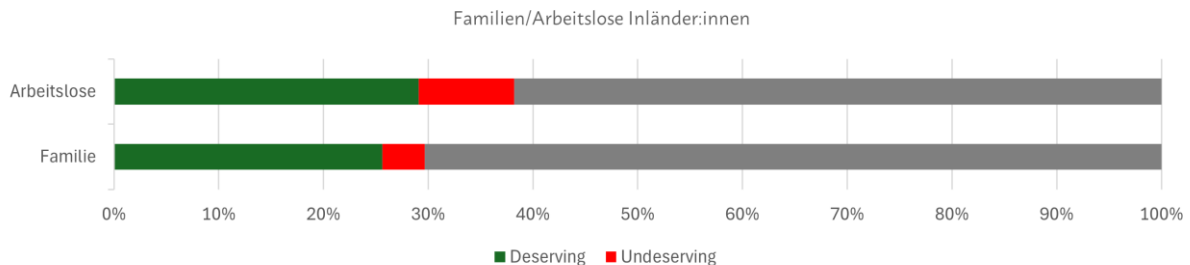


Abb.: Deserving Poor – Fokus arbeitslose Personen und Familien mit Berücksichtigung der Herkunft

Gleichermaßen relevant für alle Medien im Kontext Deservingness ist auch hier der besonders starke Einfluss der Politik auf den Armutsdiskurs. Insbesondere bei der Diktion, wie über bestimmte Gruppen im öffentlichen Diskurs gesprochen wird und wie diese dargestellt werden, spielt die Parteipolitik eine gewichtige Rolle. Wenn politische Parteien in der Kommunikation stark die Deservingness oder Un-Deservingness einer Menschengruppe hervorstreichen, dann schlägt sich das direkt im medialen Diskurs nieder. Das stark „unterstützenswerte“ Bild über armutsbetroffene Kinder wird beispielsweise von der Forderung der SPÖ für eine Kindergrundsicherung, mehr Bildungschancen oder bessere frühkindliche Förderung vulnerabler Gruppen mitgeprägt. Das „deserving“ Image obdachloser Menschen dagegen wird maßgeblich von Playern wie der Caritas gefördert, welche diese Menschengruppe immer wieder als hilfsbedürftig und unterstützenswert in den öffentlichen Diskurs einbringt.

Der Einfluss der hitzig geführten Debatten im Wahlkampf (primär Sozialhilfe, Grundsicherung, Sozialleistungen für Nicht-Österreicher:innen) zeigt sich vor allem bei der Gruppe der als überwiegend „undeserving“ dargestellten Gruppen. Diese Un-Deservingness wird hier auch von einzelnen Medien eigeninitiiert bedient, ist aber vor allem parteipolitisch getrieben:

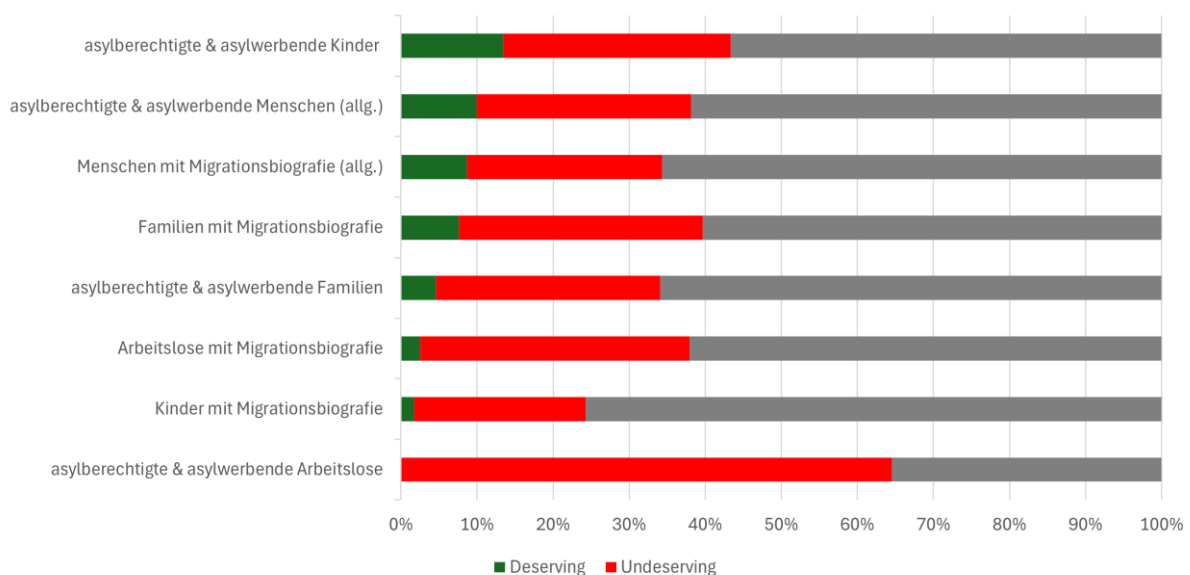


Abb.: Undeserving Poor im medialen Diskurs – nach Personengruppen

Anders als Kinder ohne Fluchthintergrund, die ausschließlich unterstützenswert und als „deserving“ inszeniert werden, ist bei Kindern im Asylkontext (wenn die Stimmungslage von „neutral“ abweicht) überwiegend eine negative Tonalität zu finden. Ebendies trifft auch auf Kinder mit Migrationsbiografie zu.

Ein besonders starker Überhang negativer Inszenierung und damit verbundener Un-Deservingness ist generell bei Menschen mit Asylgeschichte, bei Familien, die um Asyl werben oder bereits asylberechtigt sind, zu finden. Hier zeigt sich die Auswirkung der sehr polarisierend und teilweise

polemisch geführten Debatte über die Mindestsicherung um die mehrfach zitierte syrische Großfamilie. In Österreich gibt es derzeit beispielsweise auch viele Familien aus der Ukraine oder anderen Ländern, die um Asyl werben oder asylberechtigt sind. Diese tauchen in der Berichterstattung kaum auf, weder besonders positiv, aber auch nicht negativ. Die negative Stimmung richtet sich dabei medial fast ausschließlich auf jene Einzelfälle, die große Resonanz erfahren („Syrische Großfamilie mit 11 Kindern bekommt viele Tausende Euro Sozialhilfe“), und beeinflusst mit diesen wenigen Einzelfällen das Stimmungsbild über geflüchtete Familien und über Menschen bestimmter Herkunft stark.

Es überschlagen sich gerade nach Bekanntwerden des Falls der syrischen Familie die Schlagzeilen, die in Summe das Stimmungsbild über Menschen mit Fluchthintergrund in den Medien stark ins Negative ziehen. Auch wenn diese Einzelfälle nicht besonders häufig vorkommen, halten sie sich lange in den Medien und werden von Vielen als Beweis für ein Versagen des Sozialsystems gesehen:

- *„6000 netto! Familie mit 7 Kindern erhält noch mehr Geld“<sup>5</sup> (Heute, 3.8.2024). Viele kontroverse Diskussionen folgen, Umfragen zeigen, dass eine breite Bevölkerung kein Verständnis für hohe Sozialleistungen für Menschen mit Asylstatus hat.*
- *„6.000 Euro netto ohne Job – das versteht niemand mehr!<sup>6</sup> Eine Diskussion über die Wiener Mindestsicherung ist nicht links, nicht rechts – sie ist notwendig. Sie betrifft nämlich das Geld der Steuerzahler.“ (Heute, 2.8.2024)*
- *„4600 Euro Mindestsicherung für Großfamilie: Echtes Problem oder Neiddebatte?<sup>7</sup> Das System der Wiener Mindestsicherung sorgt wieder einmal für hitzige Debatten. Es geht um die Frage, ob bei kinderreichen Familien durch die Sozialhilfe der Anreiz, eine Arbeit aufzunehmen, verlorengeht“ (Der Standard, 1.8.2024)*

Eine aktuelle Umfrage des Österreichischen Integrationsfonds (ÖIF) im Zeitraum dieser ausufernden Flüchtlings-/Sozialhilfe-Debatte in Österreich zeigt auch, wie rasant sich das Stimmungsbild über Flüchtlinge und Sozialleistungen in der österreichischen Bevölkerung verändert. Ein Zusammenhang zur öffentlichen, politischen Debatte und den bekannt gewordenen Fällen liegt nahe.

Innerhalb weniger Monate ist die Zustimmung zu Aussagen wie: „Es soll Sanktionen für Flüchtlinge geben, wenn nicht innerhalb bestimmter Fristen Grundkenntnisse in Deutsch erworben werden“ oder „Es soll eine Obergrenze geben, wie viele Menschen in Österreich pro Jahr Asyl beantragen dürfen“ markant angestiegen. (vgl. ÖIF 2025, S. 41f.)

---

5 <https://www.heute.at/s/6000-netto-familie-mit-7-kindern-erhaelt-noch-mehr-geld-120051411>

6 <https://www.heute.at/s/6000-euro-netto-ohne-job-das-versteht-niemand-mehr-120051419>

7 <https://www.derstandard.at/consent/tcf/story/3000000230845/4600-euro-mindestsicherung-fuer-grossfamilie-echtes-problem-oder-neiddebatte>

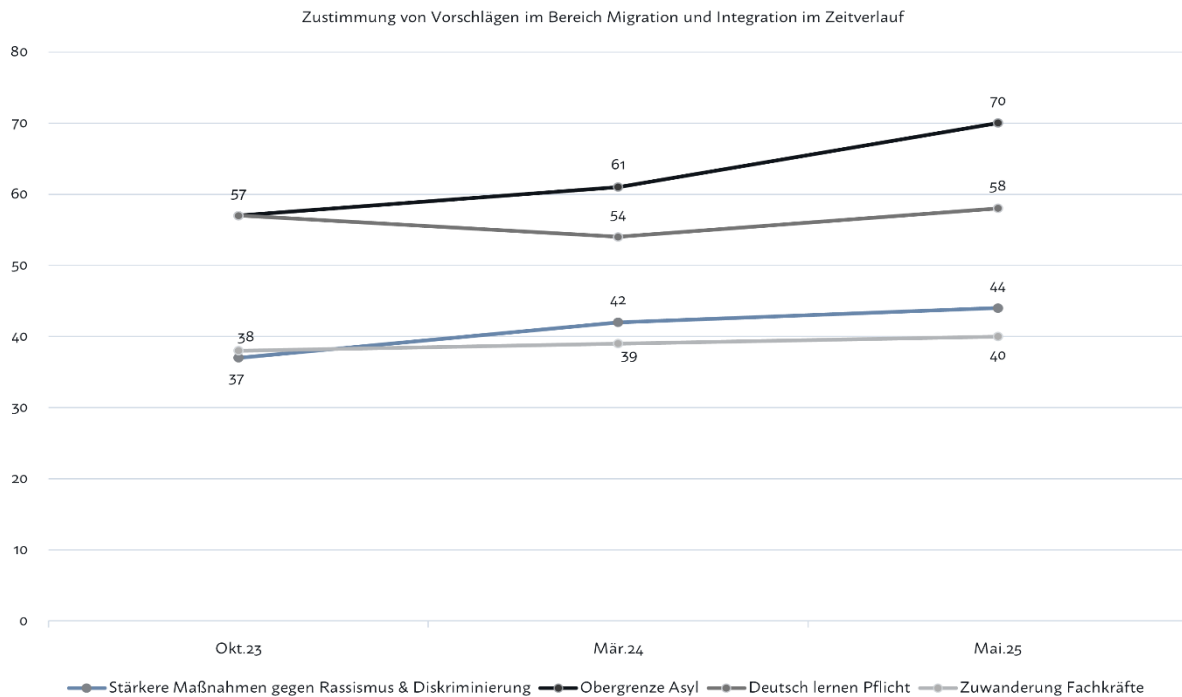


Abb.: Zustimmung zu Vorschlägen im Bereich Migration und Integration (Quelle: ÖIF 2025)

Insgesamt offenbart sich ein Bild im öffentlichen Diskurs, bei dem – egal um welche Subgruppen es sich handelt (ob Kinder, Familien, oder arbeitslose Menschen) – Menschen „nicht-österreichischer“ Nationalität markant schlechter und negativer abschneiden in der medialen Inszenierung als Inländer:innen, sowohl seitens großer Teile der Politik als auch der Medien.

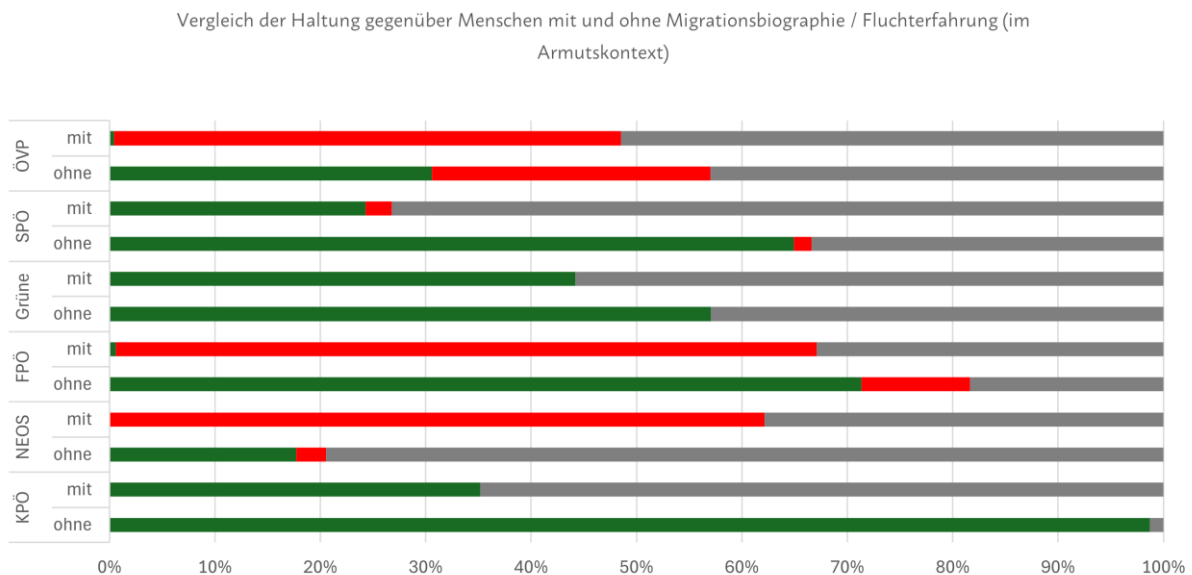


Abb.: Vergleich Deservingness/Undeservingness bei Menschen mit und ohne Migrations-/Fluchterfahrung

ÖVP, FPÖ und auch Neos tendieren in der Art und Weise der Argumentation und Darstellung von Menschen mit Migrations-/Fluchtbiografie so gut wie ausschließlich dazu, diese Menschengruppe als „undeserving“ darzustellen – etwa indem die überbordende Sozialhilfe, Sozialbetrug, fehlender Arbeits- und Leistungswillen und eine generelle Dysfunktionalität des Systems zu Lasten von Inländer:innen in einer Dauerschleife über Monate den Wahlkampfdiskurs beherrscht. Andere Themen im Kontext Armut oder vulnerabler Gruppen werden davon überlagert. SPÖ, Grüne und KPÖ machen scheinbar keine Unterschiede zwischen armutsbetroffenen Nicht-Österreicher:innen und Österreicherinnen in puncto Deservingness und setzen damit weniger stark auf Polarisierung. Die ÖVP zeigt am stärksten auch eine kritische Haltung gegenüber armutsbetroffenen Menschen, die keinen Migrations- oder Fluchthintergrund haben – Primär aufgrund von Arbeitsunwilligkeit und fehlender Partizipation und Mobilität am Arbeitsmarkt.

## Exkurs: Diskriminierendes Wording im Armutsdiskurs

Gerade in der Berichterstattung über Menschen und Menschengruppen bekommen Diktion und Wortwahl rasch eine persönliche, mitunter urteilende Facette. In 8 Prozent der Medienbeiträge finden sich diskriminierende, verunglimpfende oder sensible Wörter und Wortkreationen, die dazu beitragen können, das mediale Bild auf Menschen und Menschengruppen negativ zu beeinflussen.

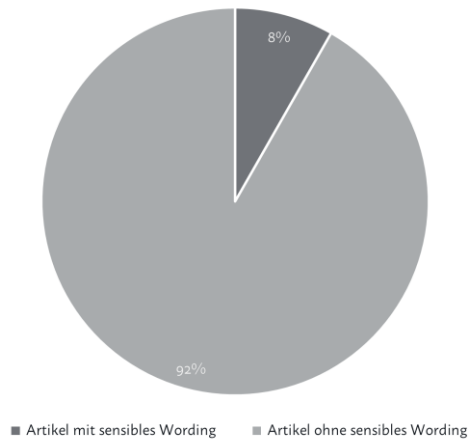


Abb.: Anteil der Berichte mit sensiblem Wording

### Beispiele aus der Medien-Berichterstattung:

- „Um das öffentliche Budget zu schonen, sollten etwa nur sozial schwächere Bevölkerungsgruppen mit zusätzlichen finanziellen Mitteln bedacht werden.“ (Der Standard, 16.10.2024) (Anm.: „sozial schwach“ wird auch in Armutsbetroffenen-zugewandter Berichterstattung häufig verwendet.)
- „Fürs Nichtstun 4600 Euro netto monatlich. Der Fall einer syrischen Familie mit 7 Kindern sorgte für intensive Debatten. Wie viel Sozialhilfe darf sein?“ (Kronen Zeitung, 14.08.2024) (Anm.: diffamierend und weckt Neid-Narrativ: „bekommen Geld fürs Nichtstun“)
- „Schwerpunkte sind hier „Fairness und Leistung“ sowie das Verhindern von Sozialmissbrauch und „Zuwanderung in unser Sozialsystem“. (Österreich, 23.08.2024) (Anm.: „Zuwanderung ins Sozialsystem“ – Generalverdacht und Befeuern einer Neiddebatte)
- „Der ‚soziale‘ Geldregen, den die Wiener SPÖ über Asyl-Immigranten ausschüttet, ist schlicht aberwitzig. Er ist nicht nur eine Zumutung für alle hart Arbeitenden, die diesen Irrsinn mit ihrem Steuergeld finanzieren – er zieht auch mehr (illegale) Immigranten an.“ (Österreich, 06.08.2024) (Anm.: zynisch: „sozialer Geldregen“)
- „Landbauer bezeichnete Wien als ‚Hauptstadt des Migrationstourismus‘. In Niederösterreich sehe man hingegen nicht tatenlos solchen Entwicklungen zu, sagte er. Er berichtete über die Einführung der Sachleistungskarte für Asylwerber. Sie sei ein klares Signal für all jene, die es sich in der ‚sozialen Hängematte‘ bequem gemacht hätten.“ (Die Presse, 14.11.2024) (Anm.: Pauschalverurteilung und Zynismus: „Sozialtourismus“, „soziale Hängematte“)
- „Bis vor Kurzem war Wien aber noch stolz darauf, allen Problemen mit einer Art sozialarbeiterischem Ethos zu begegnen, das alle mit Verachtung strafte, die die Sogwirkung

der Bundeshauptstadt auf **Armutsmigranten** mit Sorge betrachtete.“ (Kurier, 19.07.2024) (Anm.: Pauschalverurteilung und Diffamierung einer ganzen Menschengruppe: „Armutsmigranten“)

- Eine Einschränkung der Sozialleistungen aber wird zwingend kommen. Und diese wird wohl nicht nur Zuwanderer betreffen, sondern die Österreicher insgesamt. Die Debatte um eine Erhöhung des Pensionsalters auf 67 ist nämlich bereits angelaufen. Es wird also ungemütlich in der **sozialen Hängematte**. (Kronen Zeitung, 24.08.2024) (Anm.: „Soziale Hängematte“ – pauschal verurteilend, diffamierend, fördert Neiddebatte)
- Gerade bei den hier besonders betroffenen Gruppen (Syrer, Somalier, Afghanen) ist die Quote der Sozialhilfebezieher in Wien extrem hoch, und zwar 73,7 bis 54,2 Prozent. In beiden Bereichen sind die Probleme in den weniger üppig zahlenden Bundesländern übrigens deutlich geringer. Ein schönes Beispiel für den **Pull-Effekt prall gefüllter Honigtöpfe**, den es angeblich nicht gibt. Das **ist den Leuten nicht mehr vernünftig zu erklären**. (Die Presse, 07.08.2024) (Anm.: Pull-Effekt prall gefüllter Honigtöpfe – Schüren der Neiddebatte)

## Mit oder über armutsbetroffene Menschen reden

### Wer kommt zu Wort?

Es wird generell nicht viel über Armut gesprochen – zumindest nicht über strukturelle Armut. Aber auch nicht über jene vulnerablen Gruppen, die eben nicht stark emotionalisieren und polarisieren und wo in Folge der Diskurs weniger laut und polternd, dafür zurückhaltend und leise bleibt.

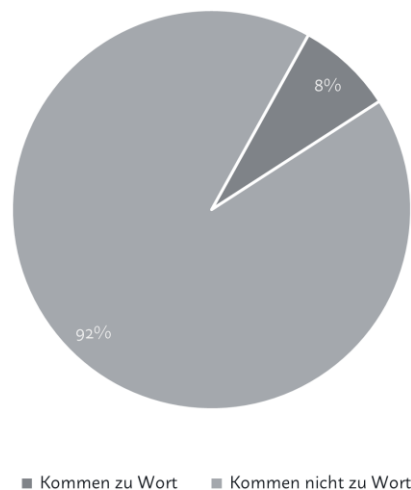


Abb.: Anteil armutsbetroffener Personen, die selbst zu Wort kommen

Die Untersuchung zeigt: Wird über Armut gesprochen, dann kommen nur in 8 Prozent der Medienbeiträge armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen selbst zu Wort. Medial wird relativ umfassend mit Vertreter:innen aus Politik, NGOs oder Forschung über armutsbetroffene Gruppen gesprochen, aber selten mit den Expert:innen in eigener Sache – den armutsbetroffenen Menschen selbst.

## Personifizierung macht einen Unterschied

Es haben nicht nur der thematische Kontext oder die Herkunft einen Impact auf die mediale Inszenierung, auch die Personifizierung/Entpersonifizierung wirkt. Stark entpersonifizierend sind beispielsweise Begriffe wie „Flüchtlingswelle“. Aber auch Verallgemeinerungen wie „Obdachlose“, „Arme“, oder „Mindestsicherungsbezieher“ sind distanzierter als „armutsbetroffenes Kind“ und jedenfalls anonymer, als wenn eine Person beispielsweise auch mit Namen genannt wird.

Handelt die Berichterstattung von armutsbetroffenen, armutsgefährdeten oder vulnerablen Gruppen von anonymen Personen oder Personengruppen, dann sind Stimmungsbilder tendenziell negativer und die transportierte Deservingness wesentlich weniger ausgeprägt, als wenn diese Person mit Namen oder gar einem Foto in der Berichterstattung auftaucht. Personalisierung zeigt den Menschen dahinter, gibt einer Geschichte ein Gesicht, macht sie greifbar und zeigt, hier geht es um Menschen und nicht bloß um Nummern. (Anm.: Hier muss die respektvolle Berichterstattung und die Wahrung der Persönlichkeitsrechte beachtet werden – was mitunter eine journalistische Gratwanderung sein kann. Zudem ist bei einem Fokus auf individuelle Berichterstattung und persönliche Geschichten die Berücksichtigung und Erwähnung strukturellen, gesellschaftlicher Dimension relevant.)

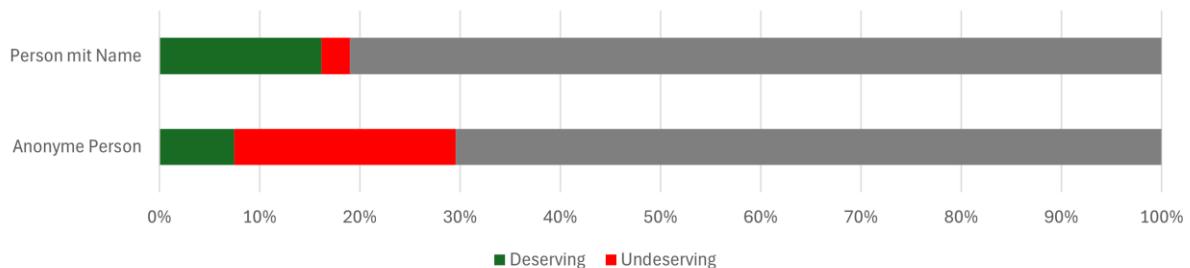


Abb.: Stimmungsbild „Deservingness“ bei anonymer bzw. namentlich genannter Person

## Fokus Medien – Wer, wo berichtet – und mit welchem Impact

### Berichtsvolumen und Impact auf den öffentlichen Armutsdiskurs nach Medien

Die für diese Studie untersuchten Medien berichten unterschiedlich ausführlich über Armut und armutsbetroffene Personen. Gemessen am Berichtsumfang liegt der Standard mit seinen großen Sozialreportagen und ausführlichen gesellschaftskritischen Beiträgen und Schwerpunkten rund um Armut im Ranking ganz vorne. Auch Kurier und Presse berichten ausführlich, mit sehr viel stärkerem Fokus auf parteipolitische Berichterstattung. Es folgt die Kronen Zeitung, die ein breites Themenprofil aufgreift und in der Berichterstattung sehr stark die caritative Komponente betont. Am wenigsten berichten Heute und Österreich.

In dieser Studie wird das Berichtsvolumen allerdings mit der medialen Reichweite verschnitten, um darstellen zu können, welche Medien im Mix aus Berichtsvolumen und Reichweite den größten Impact auf den öffentlichen Armutsdiskurs haben. Nachdem die Kronen Zeitung relativ ausführlich über Armut schreibt und zudem die mit Abstand höchste Reichweite unter den untersuchten Medien erreicht, schafft sie gemessen anhand gewichteter Wörter den größten Impact auf die öffentliche Sichtbarkeit und Wahrnehmung des Themas. Es folgt der Standard (aufgrund der geringeren Reichweite). Der Kurier findet sich mit der Presse im Mittelfeld. Unter den Nicht-Boulevard-Medien berichtet die Kleine Zeitung mit Abstand am wenigsten im Armutskontext. Dahinter liegen die – insbesondere im urbanen Bereich und in Wien – reichweitenstarken und einflussreichen Gratiszeitungen Heute und Österreich, welche relativ wenig über Armut berichten. Und wenn, dann überwiegend über polarisierende Fälle, wie Sozialbetrug oder Sozialhilfen für Nicht-Österreicher:innen.

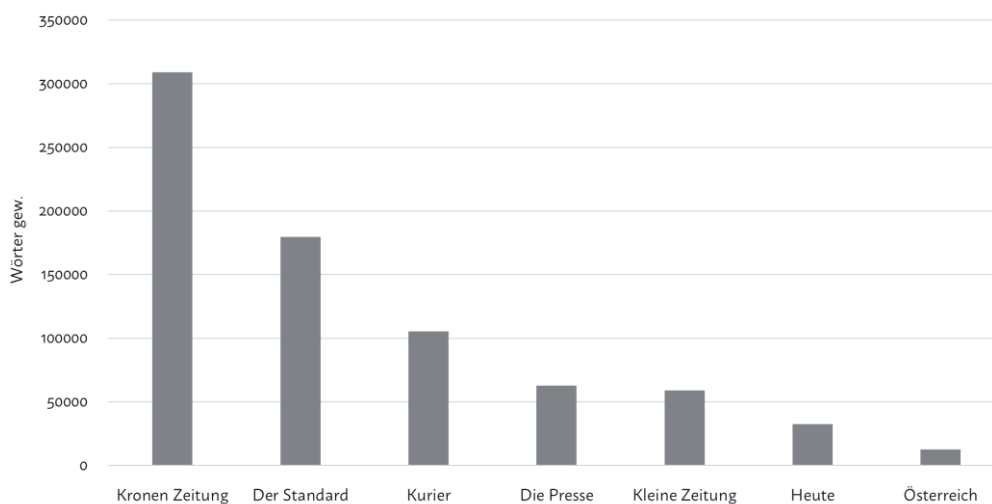


Abb.: Medienrelevanz und -impact im Armutsdiskurs

### Berichterstattung in Medien nach Ressorts

Wird über Armut berichtet, dann zu einem Drittel in der Chronik-Berichterstattung, gefolgt von den Politik-Seiten, was der hohen Beteiligung der Parteipolitik (insbesondere auch im Rahmen des NR-Wahlkampfs) am Armutsdiskurs geschuldet ist. Dem Thema Armut wird – insbesondere in den

Großformaten und allen voran im Standard – aber immer wieder auch mal ein Themenschwerpunkt gewidmet.

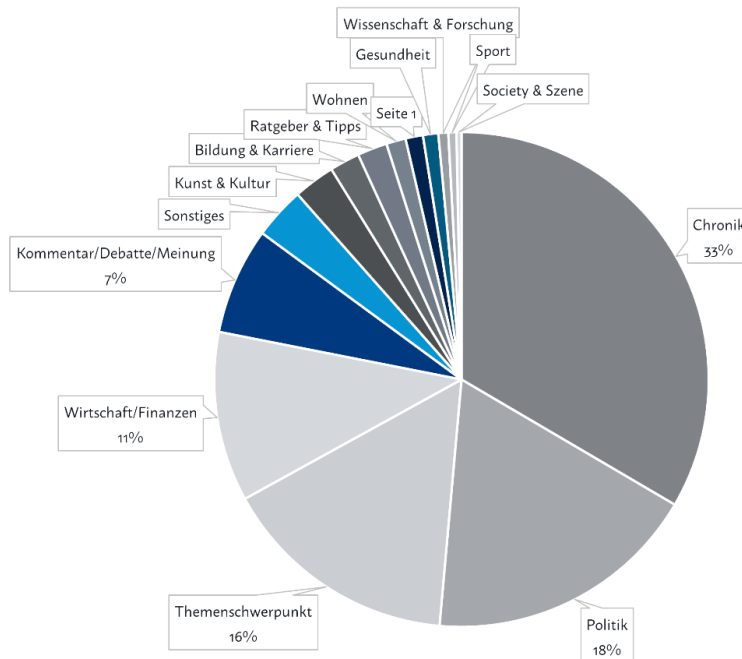
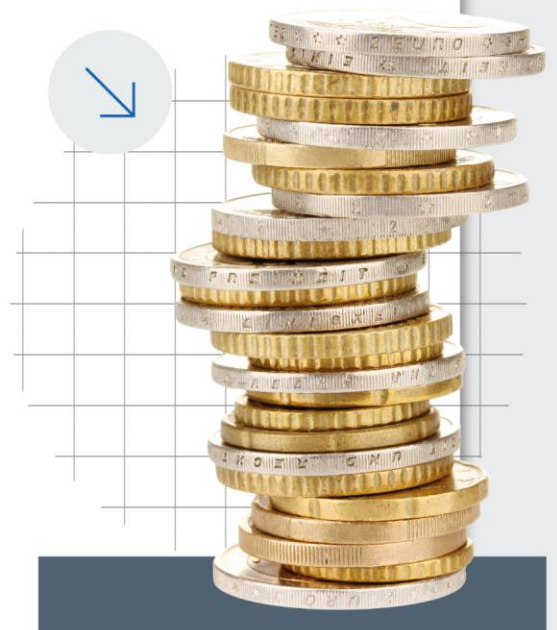


Abb.: Berichterstattung über Armut nach Medienressorts

Auf den Wirtschaftsseiten findet sich der Armutsdiskurs immerhin zu 11 Prozent. Dabei sind es vor allem volkswirtschaftliche Auswirkungen von Armut, Arbeitslosigkeit oder auch der Anstieg bei Privatkonkursen und Verschuldungen, die sich hier niederschlagen. Auf den Bildungsseiten wird Armut kaum thematisiert, obwohl Bildung und Armutsbetroffenheit besonders stark korrelieren. Auch im Bau- und Wohnressort ist Armut kaum präsent, ähnlich auf den Gesundheitsseiten. Besonders selten schaffen es Themen über Armut und vulnerable Gruppen auf die Titelseiten. Titelstories sind dabei zum überwiegenden Teil der Sozialhilfedebatte für Nicht-Österreicher:innen gewidmet – mit großem Abstand folgen Themen wie Teuerung und Überschuldung.

## Zusammenfassung & Quellenverzeichnis



## Zusammenfassung & Quellenverzeichnis

### Keyfindings

- Die deskriptive Medienmarktstudie erkennt klare mediale Fokussetzungen, so dass einzelne Armutsformen und vulnerable Gruppen im Verhältnis zur Betroffenheit in der Bevölkerung stark unter- oder überrepräsentiert werden. Diese Schwerpunktsetzungen folgen jeweils eigenen Wirkmechanismen und setzen stark auf Emotionalisierung.
- Armut ist stark tabuisiert. Zudem zeigt sich eine ausgeprägte Vermeidungshaltung im Umgang mit Armut, zumindest was die strukturelle, gesellschaftliche Dimension angeht. Gemessen an der hohen Anzahl armutsbetroffener oder armutsgefährdeter Menschen in Österreich, sind Beiträge über Armut und einzelne vulnerable Gruppen medial stark unterrepräsentiert.
- Armutsbetroffene oder -gefährdete Menschen stehen ganzjährig vor Herausforderungen. In der Berichterstattung dagegen erscheint Armut primär als „Saisonthema“. Die „besinnliche Zeit“ wird traditionell als Bühne für Wohltätigkeit genützt. So zeigt sich bei Charity ein markanter Anstieg der Berichterstattung in der Vorweihnachtszeit.
- Armut ist vielfältig – und sie ist nicht immer sichtbar. Im medialen Diskurs zeigt sich, dass primär jene Arten von Armut und armutsbetroffenen Gruppen eine hohe Aufmerksamkeit erfahren, die entweder stark polarisieren oder emotionalisieren.
- Im Armutsdiskurs ist Obdachlosigkeit als Thema besonders präsent, so wie auch die vulnerable Gruppe der obdachlosen Menschen überproportional hohe Sichtbarkeit erfährt. Ein medialer Fokus fällt auf „Extremformen“ von Armut, gleichzeitig werden andere Armutsformen unterrepräsentiert und bleiben so weniger sichtbar in der Öffentlichkeit.
- Die zweite, besonders präsente, vulnerable Gruppe, ist jene der Menschen mit Fluchthintergrund. Einzelfälle über Familien, die hohe Summen an Sozialhilfebeiträgen erhalten, bestimmen über Monate den Diskurs. In einem hitzigen Wahlkampf wird mit diesem Fokusblick überwiegend ein vernichtendes Stimmungsbild über Menschen mit Flucht- und Migrationsbiografie gezeichnet. Die Art und Weise, wie die Debatte von einzelnen Medien, aber auch von weiten Teilen der Politik geführt wird, begünstigt dabei immer wieder Pauschalverurteilungen und die Befuerung einer Neiddebatte.
- Ein Stilmittel, welches hier regelmäßig zum Einsatz kommt, ist das der anekdotischen Beweisführung: ein Fall wird zum plakativen Referenzbeispiel für ein dysfunktionales Sozialsystem, welches „die Anderen“ begünstigt. Das Thema Mindestsicherung wird so zum großen Politikum und aufgrund der enormen Resonanz zum mit Abstand relevantesten Thema im Armutsdiskurs.
- Abseits von Einzelfällen, Einzelschicksalen (etwa in der Charity-Berichterstattung oder im Rahmen von Sozialreportagen im medial konstruierten „Obdachlosen-Milieu“) oder der polarisierenden Berichterstattung über Sozialhilfen für „Nicht-Österreicher:innen“ wird vergleichsweise wenig über strukturelle Armut in Österreich berichtet.
- Wenig Sichtbarkeit erreichen daher insbesondere jene vulnerablen Gruppen, die nicht stark emotionalisieren und polarisieren und wo in Folge der Diskurs weniger laut und polternd verläuft. Bemerkenswert ist, dass einige große Bevölkerungsgruppen, die sozioökonomische Ausgrenzung erfahren, medial sogar ausgesprochen stark unterrepräsentiert sind. Darunter

fallen vor allem chronisch kranke Menschen bzw. Menschen mit Behinderung, Working Poor, langzeitarbeitslose Menschen oder ältere Personen.

- Gerade prekäre Arbeit und die große Gruppe der Working Poor (Anm.: 304.000 Betroffene) in Österreich haben eine enorme gesellschaftspolitische Dimension und Relevanz. Die Gruppe der Working Poor bleibt politisch und medial dennoch eine konsequent verschwiegene. Fakt ist, nur ein Prozent der Berichterstattung im Kontext Arbeitslosigkeit und Armut thematisiert Working Poor.
- Ähnlich stark ausgeklammert wird von Medien und Politik die starke Korrelation zwischen Armut und Gesundheit. Obwohl in Österreich fast 500.000 chronisch kranke Menschen leben, die armutsgefährdet sind, kommen Gesundheitsthemen mit Verschränkung zu Armut und Armutsbetroffenen besonders selten vor. Doppelte Tabuisierung passiert bei Armut in Verbindung mit psychischer Krankheit.
- Andere Themen, die im Diskurs weitgehend fehlen, sind etwa die Auswirkungen von globalen Entwicklungen wie der Klimakrise oder etwa der Digitalisierung. Beispielsweise können sich armutsbetroffene Menschen weniger gut vor Auswirkungen des Klimawandels schützen. Auch fördert das rasche Fortschreiten von Digitalisierung und KI eine stärkere Kluft zwischen jenen, die partizipieren können, und jenen, die noch mehr abgehängt werden.
- Armut wird zum großen Teil vererbt. In der politischen Debatte wird bei armutsbetroffenen Personen sehr stark die Eigenverantwortung betont, strukturelle Fragen gelangen ins Hintertreffen. Eine medienübergreifend präsente Ausnahme ist jedoch die Thematisierung der Kindergrundsicherung, die stark auf der strukturellen Ebene ansetzt.
- Die allgemeine Teuerung schafft eine Betroffenheit und öffentliche Sichtbarkeit bei Themen wie leistbarem Wohnen, steigenden Energiekosten oder Lebensmittelpreisen. Die umfassende Debatte bringt jene Themen, welche armutsbetroffene Menschen aus ihrem Lebensalltag als große finanzielle Hürde und Stressoren seit Langem kennen, in einen viel breiteren Diskurs und auf die politische und mediale Agenda. Noch vor Jahren erreichten solche „Alltags Herausforderungen“ armutsbetroffener Menschen kaum medialen Niederschlag.
- Gleichzeitig werden (trotz relativ stärkerer Betroffenheit) vergleichsweise selten die Auswirkung auf armutsbetroffene und sozioökonomisch benachteiligte Gruppen in der Berichterstattung ausdrücklich thematisiert.
- Wenn die Berichterstattung von der reinen Faktenlage (z.B. statistische Entwicklungen über Armut) abweicht, zeigen sich in der Berichterstattung einige häufig auftretende Muster und Erzählstränge, welche den Verlauf und insbesondere die Diktion einer Debatte antreiben und maßgeblich bestimmen. Der springende Punkt dabei: Wer ist von Armut betroffen? Und weshalb? Je nachdem, wie diese Fragen beantwortet werden können, zeigt der Diskurs mitunter recht eindeutige Schlagseiten beim gezeichneten Menschenbild, bei der transportierten Stimmungslage gegenüber armutsbetroffenen Gruppen, aber auch bei den aufgegriffenen Themen.
- Ob armutsbetroffene Menschen/Menschengruppen als unterstützungswürdig („deserving poor“) gesehen werden, hängt besonders stark auch von der medialen Inszenierung ab. Werden Menschen als bedürftig, sympathisch, dankbar, unverschuldet in Not geraten, von NGOs, Promis oder Politik gefördert, „als welche von uns“, mit persönlichen Geschichten, etc.

dargestellt, dann entsteht in der Regel sehr viel eher ein positives Bild und damit erhöht sich die medial transportierte Deservingness.

- Findet das Gegenteil statt, dann sind es unsympathische, beängstigende, pauschalverurteilende Bilder und krawallgebürstete Debatten über einzelne armutsbetroffene Menschen oder Gruppen, die dazu führen, dass nachhaltig ein negatives Bild entsteht und diese vulnerable Gruppe als „undeserving poor“ dargestellt wird. Menschen, die Hilfe und Unterstützung tendenziell nicht verdienen – oder nur sehr eingeschränkt.
- Dabei hängt es stark von den Medien und der Blattlinie ab, wie über einzelne Gruppen berichtet wird. Der Boulevard setzt sehr stark auf Charity, mitleidsgetränkte Beiträge über Almosen und stereotype Opferinszenierungen, um diese Deservingness zu erzeugen.
- In den anderen Mediengattungen zeigt sich Deservingness kaum in Form von Charity-Beiträgen. Dafür wird sie ausführlicher durch Sozialreportagen, aber auch durch einen wesentlich stärkeren Fokus auf Intersektionalität, ein systemkritisches Hinterfragen und Einbeziehen von Strukturen und Rahmenbedingungen, die Armut für einzelne Gruppen begünstigen, sichtbar.
- Besonders ausgeprägt ist die medial kommunizierte Deservingness neben der Gruppe der Kinder bei Senior:innen (insbesondere bei älteren Frauen), chronisch kranken Menschen, alleinerziehenden Eltern, obdachlosen Menschen, Jungen und bei Müttern. Die fehlende Möglichkeit zur Selbsthilfe, erteilte Schicksalsschläge, die mangelnde Kontrolle über die eigene Situation und kein Selbstverschulden sind dabei wichtige Parameter, um als „deserving“, also „unterstützenswert“, zu gelten.
- Auf der anderen Seite wird Un-Deservingness vor allem dann schlagend, wenn es sich um Menschengruppen handelt, die einen Flucht- oder Migrationshintergrund haben und armutsbetroffen sind. In diesem Fall haben selbst Gruppen, die sonst eine besonders hohe Deservingness erfahren (z.B. Kinder), eine negative Schlagseite in der Berichterstattung, etwa durch Pauschalverurteilung oder Generalverdacht. Die negative Stimmung fußt dabei medial fast ausschließlich auf jenen Einzelfällen, die über Monate große Resonanz erfahren (Anm.: „Syrische Großfamilie mit 11 Kindern bekommt viele Tausende Euro Sozialhilfe“). Das beeinflusst das Stimmungsbild über geflüchtete Familien und über Menschen bestimmter Herkunft stark.
- In solchen Fällen kann es mitunter zu sozialer Ausgrenzung durch mediale Konstruktion kommen, und es werden Feindbilder geschaffen. So wird ein Stimmungsbild über den öffentlichen Diskurs anhand von einigen wenigen polarisierenden Beispielen erzeugt, welches das Stimmungsbild in der breiten Bevölkerung nachhaltig beeinflusst.
- Dreiviertel der Berichterstattung im Armutskontext gibt Akteur:innen aus diversen Fach- oder Gesellschaftsbereichen eine Bühne. Das bedeutet, dass der Armutsdiskurs – sowohl inhaltlich als auch stimmungsmäßig – sehr stark von jenen Playern mitbestimmt oder vorgegeben wird, die via Medien Raum für Positionierung erhalten.
- Insgesamt hat die Politik dabei den stärksten Einfluss auf diese medial transportierten Stimmungslagen für oder gegen einzelne vulnerable Gruppen, weil die Politik (auch aufgrund des Wahlkampfes) eine besonders hohe Sichtbarkeit generiert.

- Armutsbetroffene selbst sind nur in absoluten Ausnahmefällen sichtbar. Meist wird über Armutsbetroffene berichtet, aber nicht mit ihnen gesprochen. In nur acht Prozent der Medienbeiträge kommen armutsbetroffene Menschen selbst zu Wort.
- Ob betroffene Menschen in der Berichterstattung selbst zu Wort kommen oder nicht, hat einen starken Einfluss auf die Art und Weise, welches Stimmungsbild über eine Person oder Personengruppe transportiert wird. Je anonymere die Berichterstattung, umso kritischer und weniger „deserving“ fällt diese aus. Wenn Personen mit Bild und Namen gezeigt werden, sind die Berichtstonalität und das medial transportierte Stimmungsbild deutlich positiver, als wenn es sich um anonymisierte Beiträge handelt.
- Den höchsten Impact (aus dem Mix aus Berichtsvolumen und Reichweite) auf die breite Bevölkerung erreicht im Armutskontext die reichweitenstarke Kronen Zeitung. Sie berichtet umfassend über armutsbetroffene Menschen berichtet und fokussiert dabei besonders stark auf Einzelfälle und Charity. Es folgen der Standard und mit Abstand Kurier und Presse. Die insbesondere im urbanen Bereich reichweitenstarken Gratisblätter Österreich und Heute liegen weiter zurück – wobei besonders Österreich den Armutsdiskurs weitgehend ausklammert.
- Wenn über Armut berichtet wird, dann sehr stark im Chronik-Teil der Zeitungen, gefolgt von der Rubrik Politik. 16 Prozent der Berichterstattung über Armut finden sich darüber hinaus in eigens gesetzten Themenschwerpunkten. Selten kommen Berichte über Armut und armutsbetroffene Menschen auf den Seiten Wohnen, Bildung/Karriere oder Gesundheit, obwohl hier aus der Sicht der Armutsforschung sehr starke Korrelationen bekannt sind – etwa zwischen Gesundheitszustand und Armut oder Bildungsgrad und Armutsbetroffenheit.
- Armut schafft es auf die Titelseiten der Tageszeitungen so gut wie nie. Ausnahmen sind primär Debatten um Sozialhilfe – primär für Menschen mit nicht-österreichischer Herkunft.

## Quellenverzeichnis

A&W blog (2024): „You lose a lot of money here!“ – die Kosten von Kinderarmut in Österreich. Download: <https://www.awblog.at/Soziales/Kosten-von-Kinderarmut-in-Oesterreich>

Alpenländischer Kreditorenverband (2023): Jahresstatistik 2023. Download: <https://www.akv.at/akv-newsroom/statistiken/akv-insolvenzstatistik-gesamt-2023>

Amnesty International 2024: <https://www.amnesty.at/themen/wirtschaftliche-soziale-und-kulturelle-rechte/armut-verletzt-menschenrechte/> Zugriff: 25.07.2025

AMS (2024): Altersarmut bei Frauen: Gründe und was man dagegen tun kann. Download: <https://www.ams.at/arbeitsuchende/frauen/altersarmut-frauen>

AMS (2025): Die Arbeitsmarktlage 2024. Download: [https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001\\_JB-2024.pdf](https://www.ams.at/content/dam/download/arbeitsmarktdaten/%C3%B6sterreich/berichte-auswertungen/001_JB-2024.pdf)

Arbeiterkammer (2025, Juli 29): AK Nachhilfebarmometer: Jedes zweite Kind braucht Unterstützung, 2024. Download: [https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/bildung/AK-Nachhilfebarmometer\\_2024.html](https://www.arbeiterkammer.at/interessenvertretung/arbeitundsoziales/bildung/AK-Nachhilfebarmometer_2024.html)

Arbeiterkammer Wien (2021): Unser Sozialstaat: Das Vermögen der Vielen. Download: [https://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Sozialstaat/Unser\\_Sozialstaat\\_zweiseitig\\_2021.12.pdf](https://wien.arbeiterkammer.at/service/broschueren/Sozialstaat/Unser_Sozialstaat_zweiseitig_2021.12.pdf)

Armutskonferenz (2018): Leitfaden für respektvolle Armutsberichterstattung. Download: [https://www.armutskonferenz.at/media/armkon\\_leitfaden\\_armutsberichterstattung-2018\\_web.pdf](https://www.armutskonferenz.at/media/armkon_leitfaden_armutsberichterstattung-2018_web.pdf)

Armutskonferenz (2025): Verteilungszahlen. Download: <https://www.armutskonferenz.at/armut-in-oesterreich/aktuelle-armuts-und-verteilungszahlen.html>

Arndt, C., & Thomsen, L. (2019). Ethnicity coding revisited: Right-wing parties as catalysts for mobilization against immigrant welfare rights. *Scandinavian Political Studies*, 42(2), 153–181. <https://doi.org/10.1111/1467-9477.12145>

Asylkoordination Österreich (2024): Debatte um Mindestsicherung: Unsere FAQs. Download: <https://www.asyl.at/de/wir-informieren/dossiers/mindestsicherung-faqs/>

Bargetz, Brigitte; Günther, Jana (2022): Vor der Tür. Intersektionale Dimensionen von Armut und Ausbeutung. In: Armut als Baustelle: intersektional feministische Interventionen. *Femina Politica*, 1/2022, 9-33.

Bramley, G.; Hirsch, D; Littlewood, M.; Watkins, D. (2016): Counting the cost of UK poverty. Download: <https://core.ac.uk/download/pdf/288371442.pdf>

Brodesser, D. (2023): Armut. Wien: Kremayr & Scheriau.

Bude, H. (2004): Das Phänomen der Exklusion. Der Widerstreit zwischen gesellschaftlicher Erfahrung und soziologischer Rekonstruktion. Download: [https://forschungsnetzwerk.ams.at/dam/jcr:c17d1f1f-2892-4613-a43d-4fd744cfdcc/exclusion\\_phaenomen\\_bude.pdf](https://forschungsnetzwerk.ams.at/dam/jcr:c17d1f1f-2892-4613-a43d-4fd744cfdcc/exclusion_phaenomen_bude.pdf)

Bundeskanzleramt (2025): Jetzt das Richtige tun. Für Österreich. Download: [https://www.bmb.gv.at/dam/jcr:95e2299d-dd9d-472b-8224-e16230058bea/regierungsprogramm\\_2025.pdf](https://www.bmb.gv.at/dam/jcr:95e2299d-dd9d-472b-8224-e16230058bea/regierungsprogramm_2025.pdf)

Bundeskanzleramt Österreich (2025): Arbeitslosengeld – Höhe und Auszahlung. Download: [https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/steuern\\_und\\_finanzen/unterstuetzungen\\_beihilfen\\_und\\_foerderungen/unterstuetzungen\\_bzw\\_beihilfen\\_fuer\\_arbeitsuchende\\_sowie\\_arbeitgeber/1/1/Seite.3610013](https://www.oesterreich.gv.at/de/themen/steuern_und_finanzen/unterstuetzungen_beihilfen_und_foerderungen/unterstuetzungen_bzw_beihilfen_fuer_arbeitsuchende_sowie_arbeitgeber/1/1/Seite.3610013)

Bundesministerium Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2024): *Sozialbericht 2024 – Band 1: Ressortaktivität*. Download: <https://www.sozialministerium.gv.at/Themen/Soziales/Soziale-Themen/Allgemeine-Sozialpolitik/Sozialberichte.html%20Band%201>

Butterwegge, C. (2016): *Armut in einem reichen Land. Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird*. 4., aktualisierte Auflage 2016: Campus Verlag, Frankfurt/New York

Caritas (2025, Juli 29): *Armut in Österreich - Zahlen & Fakten*. Download: <https://www.caritas.at/ueberuns/medienservice/armut-zahlen-und-fakten>

Caritas Österreich (2025, Juli 29): *FAQs zum Thema Flucht und Asyl*. Download: <https://www.caritas.at/hilfe-angebote/flucht-integration/faqs-zum-thema-flucht-und-asyl>

DieSubstanz.at (2025): *Familien eher armutsgefährdet* (Blogbeitrag Huber J. auf diesubstanz.at). Download: <https://diesubstanz.at/gesellschaft/familien-eher-armutsgefahrdet/>

Dimmel, Fuchs (2014): *Im toten Winkel des Wohlfahrtsstaates. Am Beispiel der Nichtinanspruchnahme von Sozialhilfeleistungen*, in: Dimmel/Schenk/Stelzer-Orthofer (Hrsg.) 2014: *Handbuch Armut in Österreich*. (Sekundärquelle)

Dreer, E. & Schneider, F. (2012): *Verstärkte Investitionen in frühkindliche Bildung: Kosten und Nutzen für Oberösterreich*. Linz: Trauner

Foresight (2024): *Schulkostenstudie 2023/24*. Download: <https://tirol.arbeiterkammer.at/beratung/bildung/Schule/AKSchulkostenstudie-2023-24.pdf>

Gäbler, B (2020): *Armutzeugnis. Wie das Fernsehen die Unterschichten vorführt*. Otto Brenner Stiftung. Download: [https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user\\_data/stiftung/02\\_Wissenschaftsportal/03\\_Publikationen/AP40\\_Armutzeugnis.pdf](https://www.otto-brenner-stiftung.de/fileadmin/user_data/stiftung/02_Wissenschaftsportal/03_Publikationen/AP40_Armutzeugnis.pdf)

Gesundheit Österreich GmbH (2024), *Ernährungsarmut in Österreich als Barriere für eine gesunde und klimafreundliche Ernährung*. Download: [https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3695/1/Ern%C3%A4hrungsarmut%20in%20%C3%96sterreich\\_bf.pdf](https://jasmin.goeg.at/id/eprint/3695/1/Ern%C3%A4hrungsarmut%20in%20%C3%96sterreich_bf.pdf)

Golightley, M., & Holloway, M. (2016). Editorial. *British Journal of Social Work*, 46(1), 1–7. Sekundärquelle

Halman, Loek; van Oorschot, Wim (2000): *Blame or Fate, individual or social?* In: *European Societies* 2(1). 1-28. Taylor & Francis Ltd.

Hartmann-Tews, I. & Rulofs, B. (2003): *Sport in den Medien – ein Feld semiotischer Markierung von Geschlecht?* In Hartmann-Tews, Stüber, Klein, Kleindienst-Cachay, Petry – *Soziale Konstruktion von Geschlecht im Sport (2003)* - Opladen: Leske+Budrich.

Heitzmann, K. & Badelt, C. (2024): *Die traditionelle Armutsberichterstattung erfasst Armut bzw. die Armutspopulation nicht (mehr) ausreichend*. In: Dimmel, Nikolaus; Heitzmann, Karin; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine (Hg.): *Armut in der Krisengesellschaft*, S. 134-156. Verlag Erhard Löcker. Wien.

Huber, J. (2025): *Familien eher armutsgefährdet* (Blogbeitrag auf diesubstanz.at). Download: <https://diesubstanz.at/gesellschaft/familien-eher-armutsgefahrdet/>

Jeene, Marjolein; van Oorschot, Wim; Uunk, Wilfred (2013): Popular Criteria for the Welfare Deservingness of Disability Pensioners: The Influence of Structural and Cultural Factors. In: *Social Indicators Research*, Vol. 110, No. 3.

Jordan, B. (1996). *A theory of poverty and social exclusion*. Polity Press.

Koordinationsstelle zur Bekämpfung von Energiearmut (kea) (2025, Juli 29): Allgemeine Infos zu Energiearmut. Download: <https://kea.gv.at/infothek/infos-zu-energiearmut/#:~:text=Dieser%20Faktencheck%20liefert%20Antworten%20auf%20die%20h%C3%A4ufigsten%20und,Wohnung%20angemessen%20warmzuhalten.%20Das%20sind%20etwa%20358.000%20Personen.>

Link, B. G., & Phelan, J. C. (2001). Conceptualizing stigma. *Annual Review of Sociology*, 27, 363–385. <https://doi.org/10.1146/annurev.soc.27.1.363>

MediaAffairs (2018): Medienstudie über sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche und Kinderarmut in österreichischen Massenmedien. Download: [https://www.mediaaffairs.at/module/downloadfile.php?download=contentdatei22099\\_5.pdf&filename=Medienstudie%20Kinderarmut%202018](https://www.mediaaffairs.at/module/downloadfile.php?download=contentdatei22099_5.pdf&filename=Medienstudie%20Kinderarmut%202018)

Molander, Anders; Torsvik, Gaute (2021): In Their Own Best Interest. Is There a Paternalistic Case for Welfare Conditionality? In: *Journal of Social Policy*. 2022, 51, 1, S. 191–208. Doi: 10.1017/S0047279420000768

Modood, T., & Thompson, S. (2022). Othering, alienation and establishment. *Political Studies*, 70(3), 780–796. Download: <https://doi.org/10.1177/0032321720986698>

OECD (2023): *Indikatoren der Integration von Zugewanderten 2023*. Download: [https://www.oecd.org/de/publications/indikatoren-der-integration-von-zugewanderten-2023\\_13226de3-de.html](https://www.oecd.org/de/publications/indikatoren-der-integration-von-zugewanderten-2023_13226de3-de.html)

ÖIF (2025): Integrationsbarometer - Befragung unter österreichischen Staatsbürger/innen 01/2025. Download: [https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user\\_upload/OEIF\\_Integrationsbarometer\\_2025-01\\_WEB.pdf](https://www.integrationsfonds.at/fileadmin/user_upload/OEIF_Integrationsbarometer_2025-01_WEB.pdf)

Oorschot van, W., & Roosma, F. (2017). The social legitimacy of targeted welfare and welfare deservingness. In W. van Oorschot, F. Roosma, B. Meuleman, & T. Reeskens (Eds.), *The social legitimacy of targeted welfare: Attitudes on welfare deservingness* (pp. 3-35). Cheltenham: Edward Elgar. (Sekundärquelle)

Oorschot van, W. (2000). Who should get what, and why? On deservingness criteria and the conditionality of solidarity among the public. *Policy and Politics: Studies of local government and its services*, 28(1), 33-48. (Sekundärquelle)

Österreichischer Integrationsfonds (ÖIF) 2025: Integrationsbarometer 01/2025. Download: <https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/oeif-studie-integrationsbarometer-01-2025-25858/>

Pennerstorfer, A. (2024): Mit Geld allein kann Armut nicht bekämpft werden. In: Dimmel, Nikolaus; Heitzmann, Karin; Schenk, Martin; Stelzer-Orthofer, Christine (Hrsg.): *Armut in der Krisengesellschaft*, S. 196-213. Verlag Erhard Löcker. Wien.

Pöschl, M. (2016): Armut und Gleichheit. In: *Journal für Rechtspolitik* 24, 121-134.

Presserat (2019): Grundsätze für publizistische Arbeit. Ehrenkodex. Download: [https://www.presserat.at/show\\_content.php?hid=2](https://www.presserat.at/show_content.php?hid=2)

Przybylska, J. (2021): Deservingness in social policy. The concept, criteria and (un)deserving groups. *Research Papers of Wrocław University of Economics and Business*, 65(2), 127-137.

Richter, L. (2018): Arm, alt, ausgegrenzt. Ein Streifzug durch die österreichische Sozialberichterstattung. In: Achtung. Abwertung hat System (2018) – Armutskonferenz (Hrsg.) – Wien: oebgverlag

Sandel, M. J. (2020). The tyranny of merit: What's become of the common good? Farrar, Straus and Giroux.

Schenk, M. (2024): Brot und Rosen. Über Armut, oder: Den Unterschied zwischen Hungern und Fasten macht die Freiheit. Wien. Kanten, Edition Konturen

Smith, Kevin (1985, revised 2010): Seeing justice in poverty: The belief in a just world and ideas about inequalities. Sociological Spectrum, 5(1–2), 17–29. Download: <https://doi.org/10.1080/02732173.1985.9981739>

Solas, John (2018): Deserving to Deserve: Challenging Discrimination Between the Deserving and Undeserving in Social Work. In: Journal of Social Work Values and Ethics, Volume 15, Number 2.

Statistik Austria & Bundesministerium für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz (2025): Menschen mit Behinderungen in Österreich, 1. Teil. Download: [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/2068/Menschen\\_mit\\_Behinderungen\\_in\\_OEsterreich\\_I\\_Leichte\\_Sprache\\_2025-05-20.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/2068/Menschen_mit_Behinderungen_in_OEsterreich_I_Leichte_Sprache_2025-05-20.pdf)

Statistik Austria & SILC (2025): Tabellenband EU-SILC 2024 und Bundesländertabellen mit Dreijahresdurchschnitt EU-SILC 2022 bis 2024. Download: [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband\\_EUSILC\\_2024.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/Tabellenband_EUSILC_2024.pdf)

Statistik Austria (2018): Vererbung von Bildungschance. Download: [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/1865/statistics\\_brief\\_-\\_vererbung\\_von\\_bildung.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/1865/statistics_brief_-_vererbung_von_bildung.pdf)

Statistik Austria (2023): Pressemitteilung: 336 000 Personen konnten sich 2023 Ausgaben des täglichen Lebens nicht leisten. Download: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/04/20240425Armut2023.pdf>

Statistik Austria (2024): Armut. Download: <https://www.statistik.at/statistiken/bevoelkerung-und-soziales/einkommen-und-soziale-lage/armut>

Statistik Austria (2024): Presseinformation - Geringe Bildungsmobilität zwischen Generationen, Download: [https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/05/20240521BiZ2022\\_23.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2024/05/20240521BiZ2022_23.pdf)

Statistik Austria (2025): Armut und soziale Eingliederung – FAQs, EU-SILC 2024. Download: [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs\\_zum\\_Thema\\_Armut\\_und\\_soziale\\_Eingliederung.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs_zum_Thema_Armut_und_soziale_Eingliederung.pdf)

Statistik Austria (2025): Presseaussendung „2024 erreichten 3,7 % in Österreich nicht den Mindestlebensstandard“. Download: <https://www.statistik.at/fileadmin/announcement/2025/04/20250429Armut2024.pdf>

Statistik Austria (2025): Wohnen 2024: Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik. Download: [https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wohnen\\_2024\\_Web-barrierefrei.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/publications/Wohnen_2024_Web-barrierefrei.pdf)

Statistik Austria (2025), Armut und soziale Eingliederung – FAQs, URL: [https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs\\_zum\\_Thema\\_Armut\\_und\\_soziale\\_Eingliederung.pdf](https://www.statistik.at/fileadmin/pages/338/FAQs_zum_Thema_Armut_und_soziale_Eingliederung.pdf)

UNRIC 2024: Allgemeine Erklärung der Menschenrechte - Vereinte Nationen - Regionales Informationszentrum für Westeuropa <https://unric.org/de/allgemeine-erklaerung-menschenrechte/> abgerufen am 31.07.2025

Verband Wiener Wohnungslosenhilfe (2025): Eine Moderne Wohnungshilfe muss... Situationsbericht 2025. Download: <https://www.verband-wwh.at/Situationsbericht%20VWWH%202025.pdf>

Volkshilfe (2018): KINDERARMUT.ABSCHAFFEN, DAS VOLKSHILFE-MODELL DER KINDERGRUNDSICHERUNG. Download: [https://www.kinderarmut-abschaffen.at/fileadmin/user\\_upload/Media\\_Library/PDFs/Positionspapiere\\_/Beschreibung\\_politischesModellKiGru.pdf](https://www.kinderarmut-abschaffen.at/fileadmin/user_upload/Media_Library/PDFs/Positionspapiere_/Beschreibung_politischesModellKiGru.pdf)

Volkshilfe (2024): Betroffen von der Klimakrise: Ein Projekt zur Perspektive von Armuts- und Ausgrenzungsgefährdeten Menschen auf die Klimakrise und deren Folgen. Download: [https://www.volkshilfe.at/wp-content/uploads/2024/05/Bericht\\_Betroffen\\_von\\_der\\_Klimakrise\\_VH.pdf](https://www.volkshilfe.at/wp-content/uploads/2024/05/Bericht_Betroffen_von_der_Klimakrise_VH.pdf)

Walgenbach, K. (2017). Heterogenität - Intersektionalität - Diversity: In der Erziehungswissenschaft (2., durchgesehene Auflage). Verlag Barbara Budrich.

WKO, WIFO (2025): Wirtschaftslage und Prognose Inflation. Download: <https://www.wko.at/statistik/prognose/inflation.pdf>

Zhang, Mei; Wu, Haotian; Huang, Yang; Han, Ruibing; Fu, Xinyuan; Yuan, Zhizhi; Liang, Shuer (2024): *Negative news headlines are more attractive: negativity bias in online news reading and sharing*, Current Psychology in Springer Nature (2024), Download: <https://link.springer.com/article/10.1007/s12144-024-06646-6> Seite 30160 – 30162

## Impressum

MediaAffairs GmbH  
Altgasse 20/8  
1130 Wien

Studie in Kooperation mit Arbeiterkammer Wien, Armutskonferenz, Lebensgroß

Studienleitung:	Pernegger Maria
Studienautorin:	Pernegger Maria
Inhaltliche Mitarbeit:	Alavi Marjam Brandner Sarah Brody Lena
Datenauswertung:	Schwaiger Gustav
Grafische Aufbereitung:	Köster Judith, Siedler Daniela
Lektorat:	Schindler Gerhard